Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

Einzelverkaufspreis: 1,50 DM incl. 6 % MWSt.

D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 222 25. MÄRZ 1978
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

Kurzes von Seite 1 und 2: *Hamburger Frauenbuchladen "Von heute an"/ Ereignix nach Tunix/ Sozialistische Aktion im Fürsorgebereich/ Spenden für die Verteidigung von Irmgard Möller/ Berliner Schwulen-Zeitung/*

VOR FRÜHLING

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 koln
der andere buchladen
zulpicherstr. 197
0221/420214

7400 tubingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23393

8000 munchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel. 089 / 280 95 22

eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je Heft. Mindestbetrag 18 dm fur 12 Hefte (vierteljahr) auf
postscheckkonto
52 52 28 - 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)
bitte stichwarter angeben: „neuabo", „verlangerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse
noch besser: die abonummer

FRAUENBUCHLADEN "VON HEUTE AN"

HAMBURG 14. März

In Hamburg soll es ab 15.4.78 einen Frauenbuchladen geben. Einen, in dem nur Frauen arbeiten und kaufen, in dem Belletristik nur von Frauen steht und Sachbücher nur zu für Frauen wichtigen Themen. Darüberhinaus bestellen wir jedes Buch innerhalb von 24 Stunden.
Es ist ein ziemlich großer Laden mit Platz zum Tee-/Kaffeetrinken, klönen, lesen, ..., der hoffentlich auch zur Kommunikation genutzt wird.

Wir haben zu fünft eine GmbH gegründet und wollen zu dritt vom Laden leben, möglichst noch mit einer angeschlossenen rollenden "Filiale".
Der Laden liegt recht zentral in Eimsbüttel, gut zu erreichen von U-Bahn Hoheluft, Bus 113 und der Straßenbahn 2.
Es wäre schön, wenn ihr uns ankündigen könntet, Spenden oder zinslose Darlehen können wir natürlich auch sehr gut gebrauchen...

Kontaktadresse:
Frauenbuchladen 'Von heute an' GmbH, Bismarckstr. 98, 2 Hamburg 5o, Tel. 040/491 47 48 (ab April)
Konto: PSchA Hamburg 2944 40 - 209, Bettina Pogge

EREIGNIX NACH TUNIX

BERLIN 9. März

Auf der Demonstration beim Treffen in TUNIX wurde ein Stück Stoff in den Farben Schwarz-Rot-Gelb mit der Aufschrift „Modell Deutschland" mitgeführt. Wegen dieses Vorfalls wurde jetzt ein Ermittlungsverfahren gegen den Anmelder der Demonstration wegen „Verunglimpfung der Bundesflagge (Delikt mit kriminologischer Bezeichnung)" eingeleitet. Offensichtlich wird eine Verunglimpfung in der Tatsache gesehen, daß dieser Stoff nicht in der Luft wehte, sondern über die „Tatörtlichkeit: öffentliches Straßenland" gezogen wurde.

ÜBERSCHRIFTENSAMMLUNG

der bundesrepublik zum trutz
ziehn sie die fahne durch den schmutz
zum schutze vor der republik
ziehn sie die fahne durch den schlick
welcher gottverdammte tunix
beschmutzt die bundesrepublix?



VORBEREITUNGSTREFFEN ZUR BILDUNG EINER "SOZIALISTISCHEN AKTION" IM FÜRSORGEBEREICH

HAMBURG 14. März

Im November 1978 findet in Köln der Deutsche Jugendhilfetag statt.
In der BRD gibt es verschiedene Gruppen, die die Praxis der Fürsorgeerziehung konkreter untersuchen und Öffentlichkeitsarbeit machen, um den Kampf gegen die herrschende Fürsorgeerziehung weiterzutreiben. Auf dem Deutschen Jugendhilfetag soll diese Arbeit dargestellt und eine Auseinandersetzung mit den etablierten Verbänden und Kräften der staatlichen Jugendhilfe in Gang gesetzt werden.

Im Gespräch ist — wie in den vergangenen Jahren auch — die Bildung einer sozialistischen Aktion, die ein organisiertes und möglichst einheitliches Eingreifen der oppositionellen, unabhängigen Kräfte auf dem DJHT möglich machen soll. Gruppen aus den Arbeitsfeldern des Sozialisitschen Büros haben am 15. bis 16. April 1978 zu einer Arbeitskonferenz nach Köln eingeladen, um darüber ausführlich zu diskutieren.

Hierzu wird nun von dem "Bambule Plenum" (eine Gruppe von Heimjugendlichen, Erziehern, Fürsorgern etc.) ein Vorbereitungstreffen am 1. und 2. April 1978 im "Kinderhaus", Heinrichstr. 14a, 2 Hamburg 54 vorgeschlagen. Dort soll zur gleichen Zeit ein ähnliches Treffen der Initiativen aus dem Bereich der Kinderarbeit stattfinden.

KONTAKTADRESSE:
Kurt Werner Hamann, Paulsenplatz 11, 2 Hamburg 50, Tel. 040/439 53 35

SPENDENKONTO FÜR DIE VERTEIDIGUNG VON IRMGARD MÖLLER

BREMEN 14. März

Seit einem halben Jahr gibt es einen Rechtshilfefonds zur Unterstützung der Verteidigung von Irmgard Möller. Für die Verteidigung bestehen erhebliche Schwierigkeiten, die entstehenden Unkosten zu decken. Daher hier noch einmal die Kontonummer des Spendenkontos:

Sparkasse Bremen, Konto-Nr. 10 28 6334, Evelyn Maino, Stichwort: Rechtshilfe

Von der Verteidigung Irmgard Möllers ist eine Dokumentation über Irmgard Möller herausgegeben worden. Themen sind die Stammheimer Ereignisse, Beschlüsse der Anstaltsleitung, ausländische Stellungnahmen u. a. Zu beziehen ist die Broschüre über

Rechtsanwältin Jutta Bahr-Jendges, Osterdeich 53, 2800 Bremen 1

BERLINER SCHWULEN ZEITUNG

BERLIN 14. März

Im April erscheint voraussichtlich die Nummer 1 dieser neuen Zeitung, die zum Benutzen gedacht ist: mit Nachrichten + Geschichten aus dem schwulen Alltag, der Schwulenbewegung, der (Sub-)Kultur -- sowie Kleinanzeigen (kosten 5 Mark), Veranstaltungsprogrammen, Kurzgeschichten + Gedichten und „einigem Netten + Schrecklichen mehr". Schwerpunkt ist Berlin, aber auch Schwule von anderen Stätten sind aufgefordert, Beiträge zu schicken.
Das Redaktionskollektiv bittet um Unterstützung:

„ — schickt uns Eure Artikel, Photos, Gemälde, Tips, Literatur, Meinungen, Erfahrungen, und Tratsch

- tragt Alltägliches und Skandalöses an die Öffentlichkeit – **mit der BSZ**
- gebt Kontakt- oder andere Kleinanzeigen auf
- zur Vorfinanzierung der ersten Nummer nehmen wir auch Kleinkredite und Spenden wohlwollend entgegen
- unterstützt die **BSZ** durch Eure Abos."

BERLINER SCHWULEN ZEITUNG - Postfach 31 15 64 - 1000 Berlin 31, Tel. 030/215 37 42, erscheint 1-2mal monatlich, kostet 1,50, wird in der ganzen Republik vertrieben; PschKto: Andreas Pareik - Sonderkonto 69 890 - 100 PschA Berlin (W).



EIN JAHR DANACH

FRANKFURT/KITZINGEN 12. März

Machst du ein Projekt, so wirst du irgendwann die Realität mit deinem Anspruch, den du bei Beginn hattest, vergleichen. Nicht immer muß das so enden, wie bei einer gewissen bekannten Persönlichkeit, die – gebeutelt un geschüttelt – die nächste Kneipe aufsuchte, um sich in Bier und Whisky zu ertränken.
Auch Alternativ-/Stadtzeitungen ziehen immer irgendwann ein Resümee. Oberflächlich betrachtet sieht das recht positiv aus: es gibt immer mehr neue Zeitungen und kaum welche, die das Handtuch schmeißen. Aber nur wenige sprechen so ehrlich aus, wie sie in der Realität mit ihrem Anspruch umgegangen sind, wie die „Mülltonne - Provinzblatt Kitzingen":

„In Kitzingen sitzen nun ein paar Leute seit einem Jahr zusammen und versuchen eine alternative Zeitung zu machen.

Nun ja, wir haben bisher viermal zugeschlagen und eine Zeitung gemacht, die, wie wir glauben, eigentlich gut war und auch von euch mit Interesse gelesen wurde. Aber wie sieht es wirklich aus, haben wir in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit das erreicht, was wir erreichen wollten ?

Ich glaube, hier sagen zu können, daß wir eigentlich genau so weit sind wie am Anfang - zumindest was wir uns für Kitzingen vorgestellt haben.
Ich meine, es liegt aber auch an uns, versucht zu haben, einen Anspruch zu stellen, den wir selber nicht erfüllen konnten und vielleicht auch nicht versucht haben zu erfüllen.

Aber so kann es nicht weitergehen! In vielen von uns steckt eine tiefe Depression, die uns veranlaßt, nun aus uns selbst heraus zu denken.

Jeder ist sich näher als dem anderen und so geht auch niemand auf den anderen ein, und somit greifen Depression, Frust und Resignation immer weiter um sich.
Wir haben versucht, uns in die Öffentlichkeit zu begeben, um auch einen besseren Kontakt unter uns zu bekommen; seit einigen Monaten treffen sich eigentlich immer viele Leute, es klappt auch teilweise miteinander, aber meistens bleibt das Ganze an der Oberfläche und es scheint auch schon wieder abzuklingen, der Höhepunkt scheint schon wieder überschritten zu sein.

Es kann aber nicht so weiter gehen, wenn wir nicht - jeder auf seine Weise - vor die Hunde gehen wollen. Deshalb haben wir beschlossen, endlich was zu unternehmen. Leider müssen wir erst einmal uns selber helfen, bevor wir mit verschiedenen Gruppenarbeit anfangen können, wir konnen nicht anderen Leuten helfen, wenn wir selber noch am Krückstock gehen.

Wir wollten uns selbst darstellen und anderen die Möglichkeit zur Selbstdarstellung geben. Kein Blatt vor den Mund und keine Zensur üben; außerdem Informationen geben, was „in unserer lieben (?) Heimat" so passiert.
Leider ist nicht allzu viel daraus geworden, wir haben es zwar versucht und werden es weiterhin versuchen, uns selber darzustellen, aber bei der Darstellungsmöglichkeit für andere haben wir größtenteils versagt, ich kann leider nicht sagen, ob das an uns liegt oder an euch, aber es wäre schön, es zu erfahren.
Wir haben am Anfang beschlossen, kein Blatt vor den Mund zu nehmen, aber wir haben es ständig vorgehalten und uns bisher niemals wirklich getraut es abzunehmen, vor lauter Angst, uns könnte irgendetwas passieren, und wir haben uns ständig selbst betrogen, uns was vorgemacht von Freiheit; auch in punkto Zensur sieht es ähnlich aus.

So haben wir das Jahr 1977 begraben und zugleich beschlossen, endlich wieder was Handfestes auf die Beine zu stellen: Das hauptsächliche Übel für uns Jugendliche in der „lieblichen" Kleinstadt ist einfach Borniertheit der Stadtväter und ihrer Verwaltung, keine öffentlichen Räume zur Verfügung zu stellen, aber wir werden versuchen, diesem Dilemma im nächsten halben Jahr ein Ende zu bereiten, um dann zu einer unabhängigen Gruppenarbeit in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften oder -initiativen zu gelangen, angefangen bei der Jugendhausinitiative bis zu unseren eigenen Redaktionssitzungen, die bis jetzt immer noch privat abgehalten werden müssen.

Sobald die Räumlichkeiten vorhanden sind, können wir auch endlich eine positive Arbeit leisten und uns nicht nur darauf beschränken, dies und jenes zu kritisieren. Wir hoffen natürlich auch, daß mindestens ein paar Leute dann zu den einzelnen Arbeitsgruppen kommen und dort dann im Laufe der Zeit aktiv mitarbeiten.
So laufen z.B. momentan in Kitzingen 'n Hauf'n Leute mit 'nem Anti-Atomkraft-Abzeichen herum. Wenn dies keine Modeerscheinung bei uns ist, weil es für sie gerade „in" ist - das wäre auch ziemlich beschissen von den Leuten - wäre es doch möglich, eine Umweltschutzinitiative bzw. Anti-Atomkraft-Initiative zu gründen. Arbeitsmöglichkeiten auch und gerade in unserer Gegend gibt es weiß Gott genug (z.B. Nordheim-Truppenübungsplatz).
Sobald die Sachen in punkto Umweltschutz und Jugendhaus einigermaßen im Laufen sind, werden wir versuchen, mit ein paar Leuten aus Würzburg eine Selbsthilfegruppe zu gründen, die vielleicht mit einer Drogenberatungsstelle gekoppelt werden kann, da der Frust und das „ÄTSCH" in Kitzingen immer mehr in jüngere Kreise ziehen.
In diesem Zusammenhang wäre es eventuell möglich, für die Leute, dies aus Kitzingen wegen Drogensachen im Knast sitzen, eine Art Gefangenenhilfe zu organisieren – mit Briefeschrei-

ben, Päckchen schicken und ähnliches – aber natürlich nur, wenn sich welche von Euch dafür interessieren.

Wir haben uns für unsere Verhältnisse ziemlich viel vorgenommen, aber wenn wir einen steigenden Ast erreichen wollen und und entschlossen sind, in Kitzingen was gegen die Stagnation zu tun, dann sind wir gezwungen, konkrete Arbeit zu machen, und wir rechnen mit Eurer Hilfe. Denn was nützt eine Zeitung, die nur von zehn Leuten oder weniger vertreten und als Alibi benutzt wird und die anderen konsumieren der Einfachheit halber weiterhin. (So sind z.B. aus Kitzingen bisher zwei anonyme (!) Leserbriefe eingetroffen – sonst nichts – ein starkes Stück, oder?)





Das Leben besteht ja nicht nur aus Arbeit, deswegen wird es im Frühjahr und im Sommer auch einige "Müll-Feten" in frischer Luft und unter glänzendem Sternenhimmel geben und wenn uns jemand mitteilen kann, wo wir in der Gegend einen günstigen Saal herkriegen, könnten wir auch einige Rocksessions steigen lassen.

Ich hätte noch ne kleine Bitte: wenn Ihr uns etwas zuschickt, schreibt Eure Adresse drunter, es dreht Euch niemand einen Strick daraus.

Kontakt: „Mülltonne" , Provinzblatt Kitzingen, Postfach 1, 8711 Mainstockheim





‚OH WIE SCHÖN' GIBTS NICHT MEHR

TÜBINGEN 15. MÄRZ — *Von einem Mitarbeiter der ‚Oh wie schön':*

Alternativzeitungen wie das Info-BUG, Blatt (München) und das Kölner Volksblatt waren die Vorreiter eines Booms an Alternativzeitungen in der ganzen BRD und West-Berlin, in Großstädten wie in der tiefsten Provinz. Sie sind u. a. der Versuch, angesichts einer massiven bürgerlichen Presse Gegeninformationen zu bringen, also im weitesten Sinne linke Gegenöffentlichkeit herzustellen und dabei nicht wie ML-Parteiorgane Erfolgsmeldungen, durch die Organisationsbrille gefiltert, zu bringen.

Begeistert von diesen Ansätzen bildete sich in Tübingen im Sommer 1976 eine Gruppe unorganisierter undogmatischer Linker, die die Initiative für eine Tübinger Alternativzeitung ergriff. Die ‚Oh wie schön' war geboren. Von Anfang an bestand für uns der Widerspruch, als lokale Alternativzeitung alles abzudrucken, was uns von Individuen oder Gruppen zugeschickt wurde, und andererseits unsere eigene politische Identität nicht durch die sogenannte journalistische Überparteilichkeit zu unterdrücken. Diese Parteilichkeit von ‚Oh wie schön'-Genoss/inn/en, die sowohl in einigen Artikeln als auch bei Aktivitäten wie z. B. Hausbesetzung Münzgasse 13 oder Brokdorf-Demonstration zum Ausdruck kam, konnte allerdings die Konkurrenzsituation in der linken Scene nicht aufknacken und die Zeitung längerfristig zum Sprachrohr unterschiedlichster Initiativen werden lassen.

Ein weiterer Widerspruch war die relativ schnelle, oft technische Herstellung durch die monatliche Erscheinungsweise, die oft eine intensive Diskussion der verschiedensten Themen und Beiträge verhinderte und uns zu einer zeitlich unregelmäßigen Herausgabe veranlaßte. Diese Entwicklung war begleitet von einer Verkleinerung des Redaktionskollektives und einem teilweise verständlichen Rückgang der Leserzuschriften.

In dieser Phase konnten wir mit dem Begriff „alternativ" nicht mehr viel anfangen, weil er konkret zu wenig aussagt. Der Bruch war da. Wir wollten dann die ‚Oh wie schön' zu einer Zeitung machen, in der Beiträge zu Schwerpunktthemen veröffentlicht werden sollten, offen für alle interessierten Mitarbeiter/innen, allerdings von einer autonomen Betrachtungsweise aus. Die Entwicklung der ‚Oh wie schön' zur ‚Zeitschrift der Autonomie' war Ausdruck unseres Entwicklungsprozesses. Autonomie war für uns nun nicht mehr nur eine formale Angelegenheit, also die Gleichsetzung mit Selbstorganisation, sondern dies bedeutete auch eine inhaltliche Betrachtungsweise und Stellungnahme, die sich weder im Bürosozialismus noch im traditionellen Anarchismus wiederfindet.

Die positiven Reaktionen aus anderen Städten auf die Italien-Nummer, die wir über Tübingen hinaus verbreiteten, zeigten uns, daß ein Interesse am autonomen Diskurs besteht, in Tübingen hingegen kaum eine Resonanz zu verzeichnen war. Dieser Widerspruch zwischen einer allgemeinen Theorie-Zeitschrift und einem lokalen Blatt brachte uns u. a. dazu, das Erscheinen der ‚Oh wie schön' einzustellen.

Wer näheres erfahren will oder ähnliche Erfahrungen gemacht hat, kann ja mal schreiben an:

Autonome Initiative, c/o Buchladen Aktion, Nauklerstr. 20, 7400 Tübingen 1.

KINO IN DER PROVINZ

HASLACH 13. März 78 — Wir sind eine Gruppe von 5 Leuten (Jugendliche) und haben vor, einen – wie wir es nennen – "FIRMLING" auf die Beine zu stellen, um durch eigene Planung, Organisation, Programmerstellung und Vorführung dem normalen Sex-Karate–Heimatfilmprogramm eine Alternative entgegensetzen zu können.

Zu unserer Situation

Im mittleren Kinzigtal befinden sich eine Reihe von Kleinstädten mit durchschnittlich 5000 Einwohnern und viele kleinere Dörfer im jeweiligen Einzugsbereich der Städte. Politisch und kulturell ist unsere Lage katastrophal: wie fast überall in Baden-Württemberg ist unser Raum absolute Domäne der CDU, mit der entsprechenden reaktionären Kommunalpolitik. Kulturelle Veranstaltungen gibt es wenige, abgesehen von Heimatabenden für Kurgäste, von Theaterstücken der Land- oder Kolpingjugend und Kirchenkonzerten wird offiziell nicht viel geboten. Vor allem nicht für die Jugend, obwohl diese Gruppe einen prozentualen Anteil an der Bevölkerung hat, der höher als der Landesdurchschnitt liegt. Schon vor 5 Jahren hat sich eine Initiative "Aktion Jugendzentrum" gebildet, die aktiv für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung kämpft: bis jetzt ohne Erfolg, vor al-

lem aufgrund der sturen Hinhaltetaktik der Verwaltungen und deren Exponenten. Abhilfe aus einer solchen Situation schafft nur Eigeninitiative, das hatten wir erkannt und begannen zu handeln. Wo wurde aus dem Jugendzentrumsverein ein wichtiges Sammelbecken für politisch engagierte Jugendliche, von dem einige Impulse ausgingen und noch ausgehen.

Zu unserer Konzeption

Aus diesem Jugendzemtrumsverein hat sich unser FIRMLING gebildet. Wir wollen die Kulturszene in unserem Raum durch ein alternatives Filmangebot beleben und verstehen es als durchaus politische Arbeit, in einer solchen Situation Filme zu zeigen, die selbst Alternativen aufzeigen, die unterhaltend und politisch zugleich sind, Filme also, die in künstlerischer Weise sich als Medium von fortschrittlich-politischen Aussagen verstehen.

Ein solches Vorhaben stößt bei seiner Realisation, bzw. dem Versuch fraglos auf Schwierigkeiten. Woher die Räumlichkeiten nehmen? Woher die Filme bekommen? Woher sich Geldmittel beschaffen? Wie die Leute ansprechen? Die Schwierigkeiten schrecken uns jedoch nicht. Was tun wir?

Wir haben mit einem hiesigen Kinobesitzer, der im mittleren Kinzigtal ein Monopol hat (3 Kinos), abgesprochen, daß es uns einmal in der Woche das Kino und die technische Ausstattung überläßt. Der Mietpreis soll sich nach unseren Kosten richten, aber das muß erst in der nächsten Zeit noch geklärt werden.

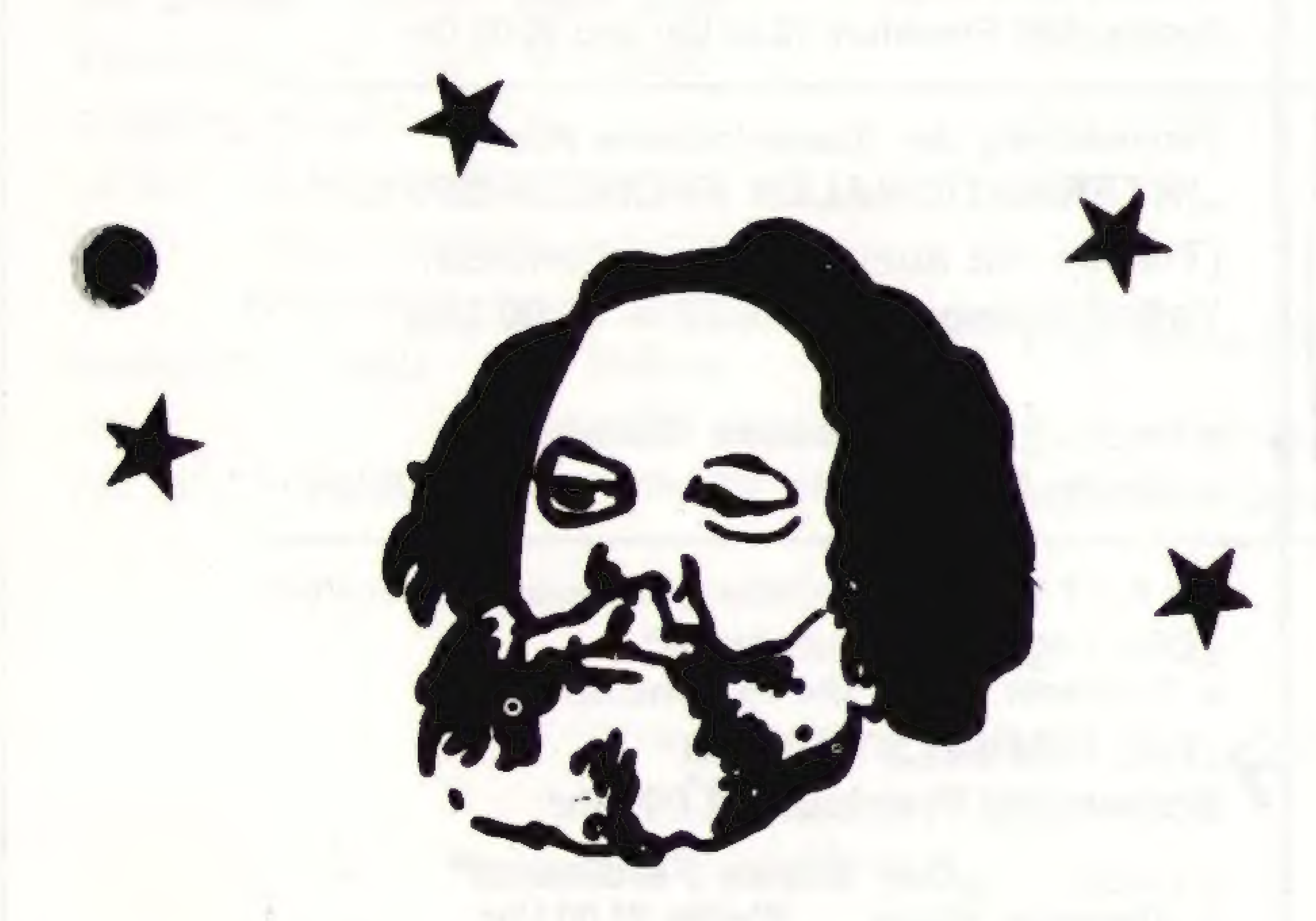
Wir haben uns Adressen von Filmverleihen besorgt und warten nun auf die dort bestellten Kataloge, um ein vorläufiges Programm aufstellen zu können.

Wir nehmen Kontakt zu ähnliches Initiativen auf, so zB. in Offenburg und Oberkirch.

Wir werden versuchen, über die örtliche Volkshochschule an Gelder zu kommen.

Wir rufen alle ähnlichen Initiativgruppen auf, sich mit uns in Verbindung zu setzen, uns Erfahrungsberichte, Adressen von Filmverleihen, theoretisches Material usw. zu schicken.

Kontakt: Filmring Mittleres Kinzigtal, c/o Wolfgang Neumaier, Otto-Göllerstr. 36, 7612 Haslach



TREFFEN FÜR KONSUMVERWEIGERER, HOMOSEXUELLE JUGENDLICHE, PÄDOFILE UND PÄDERASTEN

HEIDELBERG
20. März 78

"Ein paar Nichtraucher aus der Indianerkommune schlagen vor, vom 5. bis 9. 4. 78 ein Treffen zu machen für oben beschriebene Minderheiten. Pädophilie ist eine bürgerliche, gerichtspsychiatrische Bezeichnung für Menschen, die sich besonders (auch sexuell) hingezogen fühlen zu jüngeren Menschen, Kindern usw. Pädofile werden ebenso wie z.B. offen auftretende homosexuelle Jugendliche (wie auch konsequente Konsumgegner z.B.) täglich diskriminiert, verleumdet, zusammengeschlagen, verfolgt, bestraft oder psychiatrisiert. Sie sind verfemtes Freiwild für Jedermann. Von der Menschenrechtsdebatte der Uno, sogar vom Russell-Tribunal überhaupt nicht erwähnt.

Unser Treffen soll allen oben bezeichneten Betroffenen die Möglichkeit geben, ein paar Tage ohne Ängste zusammenzuleben, sich kennenzulernen. Aktuelle Informationen könnten mitgebracht werden, ausgetauscht werden und Erleichterung schaffen. Auf jeden Fall möchten wir uns Zeit nehmen, auf unsere starken Ängste, Vorurteile und Tabus in unseren Beziehungen einzugehen. Vielleicht schaffen wir es, aus unserer Isolation herauszukommen, wenn wir erfahren von anderen, auch von viel Älteren, wie es ihnen erging und welche Ideen sie haben.

Der Gesetzgeber spricht indes immer noch von 'Unzucht' oder von 'kriminellen, sittenwidrigen' Handlungen, z.B. an 'Minderjährigen' — er bestraft die vielleicht natürlichste Beziehung, die man überhaupt haben kann, die Liebe zu Kindern mit bis zu 10 Jahren Gefängnis. Dieses, obwohl in solchen Beziehungen grundsätzlich keine Gewalt vorkommt, und diese auch nur möglich sind aufgrund gegenseitiger freiwilliger Entscheidungen. Die momentanen Gesetze lassen dem Jugendlichen keine Chance, als Mensch mit freier Entscheidung über den eigenen Körper zu bestimmen. Wo, wie und wann erleben, lieben und lernen will, darf er nicht selbst entscheiden.

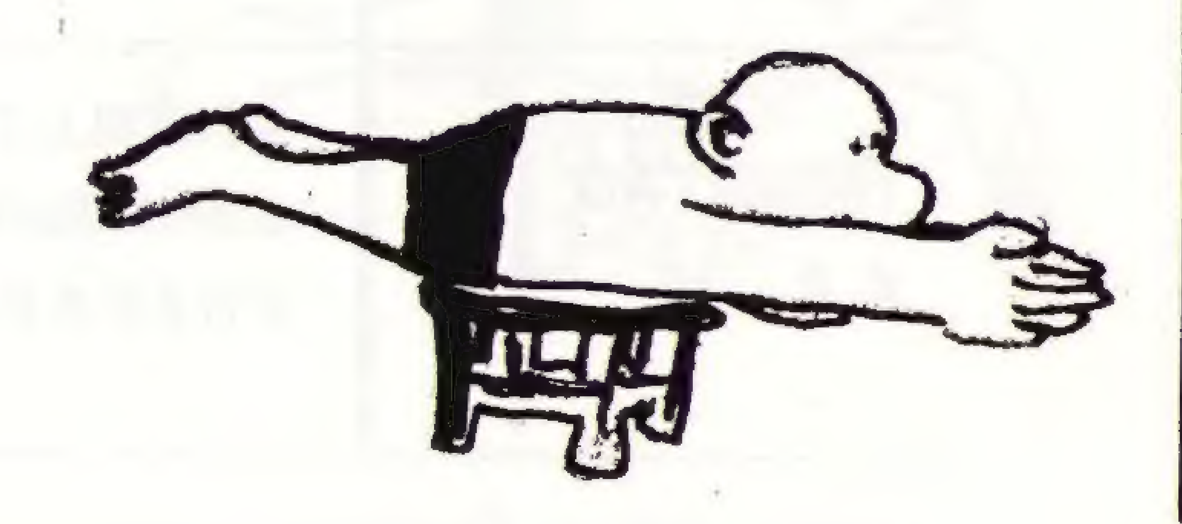
Ziel des Treffs könnte sein, weiteren (bundesweiten) Kongreß für derart Betroffene vorzubereiten. Es könnten gemeinsame Überlegungen angestellt werden, wie man den verlogenen, unmenschlichen Unzuchtsparagraphen und die grausamen, längst überholten Schutzalterbestimmungen usw. abschaffen kann.

Dringend gesucht werden fortschrittliche Sozialarbeiter, Heimerzieher, Lehrer, Psychologen, Anwälte und Politiker, die uns nicht bevormunden, sich aber in der BRD für dementsprechende Gesetzesänderungen und z.B. für die Aufnahme von Jugendlichen in Wohngemeinschaften usw. einsetzen.

Interessierten Menschen (auch Eltern von) homosexuellen Schülern, die von ihrer Umwelt fertiggemacht werden, wollen wir mitteilen, daß es uns gibt und sie fragen, ob sie (außer dem Treffen) im November zum Jugend-'Hilfetag' (!) einen Massenhungerstreik mitmachen wollen, auf dem wir für unsere Rechte auf freie Wohnungs- und Elternwahl, für die Einführung freiwilligen Lernens, für Volljährigkeit auf Verlangen und für freie Liebesbeziehungen demonstrieren wollen. Wer vom 5. bis 9.4. 78 zu dem Treffen kommen will, schreibe bitte vorher an:

Indianerkommune, Brunnengasse 8, 6900 Heidelberg

P.S.: Dringend gesucht werden Quellen über zur Zeit gültige Schutzalterbestimmungen in anderen, besonders außereuropäischen Ländern.



RUSSELL-TRIBUNAL

Veranstaltungskalender 28. 3. - 4. 4. 1978, in Frankfurt

TAG	OFFIZIELLE VERANSTALTUNGEN VON JURY UND BEIRAT (RT)	RAHMENPROGRAMM DER FRANKFURTER UNTERSTÜTZUNGSINITIATIVE
DIENSTAG 28. 3.		Veranstaltung der Russell-Initiativen Frankfurt, Köln, GOG Bochum: **„Gewerkschaftsausschlüsse vor's Russel-Tribunal"?** Bürgerhaus Nordweststadt 20.00 Uhr KINO: **„Ein Deutscher Herbst"** – eine politische Show – Pupille Unikino) 20.00 Uhr THEATER: **„Mamas Marihuana ist das Beste"** Mobiles Theater Wiesbaden (Staatstheater) von Dario Fo Haus Dornbusch 20.00 Uhr
MITTWOCH 29. 3.	**RUSSELL-TRIBUNAL (RT) BÜRGERHAUS HARHEIM 9.30 – 18.00 Uhr**	KINO: **„Tuto a posto e niente in ordine"** von Lina Wertmüller, Italien 1975 Pupille 21.00 Uhr
DONNERSTAG 30. 3.	**RUSSELL-TRIBUNAL (RT) BÜRGERHAUS HARHEIM 9.30 – 18.00 Uhr**	Veranstaltung ASTA UNI Frankfurt: **Modell Deutschland – Internationalismus** Uni H VI 20.00 Uhr *(auf Sonntag verschoben)* THEATER: Theater Collage: Deutsche Tradition **„Die Verfolgung Andersdenkender"** Club Voltaire, Kl. Hochstraße 20.00 Uhr KINO: **„Gelegenheitsarbeit einer Sklavin"** v. Alexander Kluge, BRD 1973 Pupille 21.00 Uhr
FREITAG 31. 3.	**RUSSELL-TRIBUNAL (RT) BÜRGERHAUS HARHEIM 9.30 – 18.00 Uhr**	Veranstaltung des Komitès gegen die politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands: **„Solidarität mit der Opposition in der DDR"** mit H. Brand, R. Dutschke u. a. Volksbildungsheim 19.30 Uhr Veranstaltung von ASTA, PUPILLE und der Initiative für die Freiheit der Theaterarbeit: Theater, Musik, Montagen mit Karl Napps Chaos Theater, sog. Linksradikales Blasorchester, Theaterwerkstatt Hannover, Mobiles Rhein-Main-Theater und .... Pupille, Uni Frankfurt 15.00 Uhr und 20.00 Uhr
SAMSTAG 1. 4.	**RUSSELL-TRIBUNAL (RT) ZELT HARHEIM 9.30 – 18.00 Uhr** **Veranstaltung des Deutschen Beirats des Russell-Tribunals (RT) ZELT HARHEIM 19.30 Uhr** mit Jurymitgliedern, Biermann, Pannach u. a.	Veranstaltung der Russel-Initiative Ffm. **„INTERNATIONALER FRÜHSCHOPPEN"** (Treffen mit ausländischen Komités) **Volksbildungsheim 10.00 – 13.00 Uhr** KINO: **„Der grosse Diktator"** v. Charlie Chaplin, USA 1938-40 Pupille 21.00 Uhr
SONNTAG 2. 4.	**RUSSELL-TRIBUNAL (RT) ZELT HARHEIM 9.30 – 18.00 Uhr**	THEATER: Veranstaltung Schauspiel Frankfurt: **„Die Tage der Commune"** v. B. Brecht 18.45 Uhr im Schauspielhaus **„DIE HIMMELSTÜRMER" Schauspiel Frankfurt 11.00 Uhr** KINO: **„Der Starke Ferdinand"** v. Alexander Kluge Pupille 21.00 Uhr
MONTAG 3. 4.	**RUSSELL-TRIBUNAL (Jury intern) (RT) BÜRGERHAUS HARHEIM**	Veranstaltung der Russell-Initiative Frankfurt **„Die Polizeigesetze"** mit Jürgen Roth, Falko Werkentin u. a. Bürgerhaus Nordweststadt 20.00 Uhr KINO: **„Die Verlorene Ehre der Katharina Blum"** v. Volker Schlöndorff Pupille 21.00 Uhr
DIENSTAG 4. 4.	**RUSSELL-TRIBUNAL (RT) BÜRGERHAUS HARHEIM PRESSEKONFERENZ 11.00 Uhr**	Veranstaltung des ASTA: **„Linke und Russell-Tribunal"** Universität Frankfurt H VI 19.00 Uhr KINO: **„Mourir à Madrid"** Dokumentarfilm über den Bürgerkrieg in Spanien Frankreich 1962 von F. Rossif Pupille 21.00 Uhr

Verantwortlich: Frankfurter Russell-Initiative Hartmut Bäumer, Hausener Brückenweg 8, Frankfurt

KINDERLÄDEN – KINDERGRUPPE – KINDERFEST

HANNOVER 20. März Vor ca. 1/2 Jahr haben sich in Hannover 11 Kinderläden und eine Kindergruppe aus dem UJZ Glocksee zusammengesetzt, um über ihre Probleme zu diskutieren. Ursprünglich war es eine Initiative mehrerer Erzieher aus Kinderläden, sich mit pädagogischen Problemen in der Kila-Arbeit auseinanderzusetzen.

Wir sind zur Zeit dabei ein großes Kinderfest (am 9.4.78 am Raschplatzpavillon) vorzubereiten, um der Öffentlichkeit zu zeigen, was Kila und Kilaarbeit ist. Außerdem wollen wir bei der Gelegenheit von einigen Politikern Stellungnahmen zu unseren Forderungen haben.

Uns interessiert nun noch, ob Kinderläden außerhalb Hannovers ähnliche Probleme haben und wie sie die angegangen haben. Weiter würden wir gern mehr über andere Kilas wissen, wie sieht die inhaltliche Arbeit aus, wie ist die Mitarbeit der Eltern, wie stellt sich Kila politisch dar usw.
Schreibt bitte an
Werner Wolf, Am Taubenfelde 19, 3 Hannover 1

ERGÄNZENDE MITTEILUNG DES RUSSELL-SEKRETARIATS

BERLIN 13. März *Nach harten Debatten sah sich das Sekretariat des Russell-Tribunals genötigt, folgende Passagen in den letzten offiziellen Rundbrief Nr. 10 aufzunehmen:*

„Das Russell-Tribunal ist nicht zu vergleichen mit einer studentischen Vollversammlung oder Großveranstaltungen von Parteien und Organisationen. Beiträge, Zwischenrufe und Kundgebungen von seiten des Publikums würden den Ablauf des Tribunals stark beeinträchtigen, da in verhältnismäßig kurzer Zeit eine große Anzahl von für das spätere Urteil wichtigen Zeugen und Sachverständigen gehört werden müssen. Es würde den Zeitplan daher erheblich durcheinanderbringen, wenn aufgrund von Störungen die Sitzungen unterbrochen werden müssten. Die offiziellen Tribunalsmaterialien werden im Bürgerhaus bzw. im Zelt auf einem vom Sekretariat aufgestellten Stand erhältlich sein. Weitere Büchertische sind nicht zugelassen – nicht allein aufgrund mangelnden Platzes, sondern auch aus erwähnten prinzipiellen Erwägungen: sich gegenseitig überschreiende Zeitungsverkäufer passen nicht ins Bild eines Russell-Tribunals."

VERSPÄTET EUCH NICHT BEIM RUSSELL-TRIBUNAL!

Um pünktlich mit der Verhandlung beginnen zu können, haben sich findige Organisatoren eine Belohnung für zeitiges Erscheinen ausgedacht. Die hier abgebildete Einlaßkarte (Farbton Orange) berechtigt zum bevorzugten Einlaß, wenn man eine Viertelstunde vor Verhandlungsbeginn auftaucht.
Leider wurde sie nur an einen unbekannten Kreis von Aktivisten verteilt. Auskunft erteilt das Sekretariat.
Tel. 0611/295713

RUSSELL TRIBUNAL
zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland

Einlaßkarte

Diese Karte berechtigt zum bevorzugten Einlaß in die öffentlichen Sitzungen des Tribunals, wenn der Karteninhaber eine Viertelstunde vor Beginn der jeweiligen Sitzung anwesend ist.

Frankfurt-Harheim

Bürgerhaus
An den Schafgärten

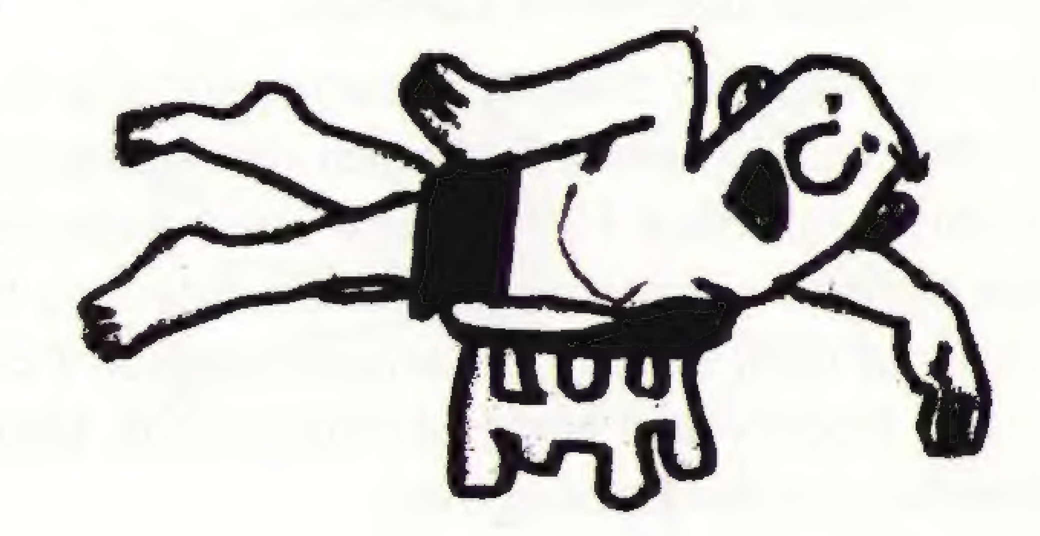
29. März bis 2. April 1978

Beginn der Sitzungen: 9.00 Uhr
15.00 Uhr

Anreise nach Harheim:

mit PKW: Autobahn Frankfurt/Kassel - Abfahrt Anschluß Bad Homburg über Anschlußautobahn Richtung Bonames - Abfahrt Bonames - durch Bonames Schildern nach Richtung Harheim - In Harheim nach Linkskurve Schild links ab zum Bürgerhaus.

mit öfftl. Verkehrsm. Ab FFM-Hauptbahnhof/Hauptwache U-Bahn A 2 bzw. A 4 nach Bonames - von dort mit Bus nach Harheim.



BETRIFFT:TAGES-ID ZUM RUSSELL-TRIBUNAL

Für alle,die den ID weiterverkaufen,noch eine wichtige Information.Nach einer letzten Kalkulation ergiebt sich für den ID ein Preis von 50 Pfennig(nicht 30 Pfennig,wie gehofft).
Die erhöhten Kosten ergeben sich einmal aus den besonders hohen Portokosten,da wir nicht den günstigen Zeitungstarif für tägliche Erscheinungsweise erhalten können.
Der zweite Grund ist das Plakat,das kostenlos weitergegeben wird,aber dessen Herstellung für uns natürlich nicht kostenlos ist und teurer wird wie erwartet. Schade,30 Pfg. wäre besser gewesen.

Wo finden Veranstaltungen und Diskussionen statt?

Für die tägliche Berichterstattung brauchen wir auch Berichte aus unserer Republik über Veranstaltungen und alle gewöhnlichen und außergewöhnlichen Ereignisse um das Tribunal. Benutzt das Telefon,da die Briefe in dieser Zeit zu langsam sein werden.

„DER NAME RUSSELL WIRD DOCH MISSBRAUCHT!"

MÜNSTER
20. MÄRZ

Mit den Bemerkungen: „Dafür soll ich Geld annehmen? Der Name Russell wird doch mißbraucht. Das Ergebnis des Tribunals steht eh schon fest!" weigerte sich zunächst ein Schalterbeamter auf dem Hauptpostamt in Münster, den Inhalt einer Spendendose entgegenzunehmen. Der AStA der pädagogischen Hochschule in Münster hatte diese Spendendose aufgestellt, um für das Russell-Tribunal zu sammeln. Als nun das Geld auf das Russell-Sonderkonto eingezahlt werden sollte (Frankfurter Informationsdienst e. V. Sonderkonto, Postscheckamt Frankfurt, Nr. 447 47-608) ,dauerte es eine lange Weile und brauchte vieler Worte,ehe der Beamte das Geld annahm. Vorher versuchte er noch vergebens, die Adresse der Einzahlerin zu bekommen (dies sei so üblich, der Absender AStA PH Münster würde eventuell nicht reichen).

AK BROKDORF FÜR RUSSELL-TRIBUNAL

KREMPE/WILSTERMARSCH
9. März 78

Der Arbeitskreis Brokdorf der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (= Zusammenschluß der BUU-Gruppen Borsfleth, Brokdorf/Wewelsfleth, Krempe und Wilster) unterstützt die Absicht der Bertrand-Russell-Peace-Foundation,die Zustände in der Bundesrepublik zu untersuchen, die gegen die Menschenrechte und gegen die im Grundgesetz verankerten Grundrechte verstoßen könnten. Gerade im Zusammenhang unseres Kampfes gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf haben wir erfahren, wie bedeutsam die Grundrechte für unserer Bewegung sind und wie einschneidend uns staatliche Maßnahmen behindern, oder, in Einzelfällen, gar existenziell bedrohen können.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang nur an:
— den willkürlichen Abbruch des wasserrechtlichen Erörterungstermins im März 1976, ohne überhaupt die anstehenden Probleme annähernd ausreichend behandelt zu haben (ganz zu schweigen von dem einschüchternden großen Polizeiaufgebot);
— die Nacht- und Nebelaktion am 26. Oktober 76 mit dem überfallartigen Baubeginn;
— die brutalen Übergriffe der Polizei bei den Demonstrationen am 30.10. und 13.11. 76, bei denen rücksichtslos von der chemischen Keule Gebrauch gemacht wurde;
— die Belästigung und Überwachung von Bewohnern der Wilstermarsch vor und nach den Demonstrationen;
— das Demonstrationsverbot am 19. Feb. 77 in Brokdorf;
— die Kriminalisierung von Atomkraftwerksgegnern in Zusammenhang mit den Brokdorf- und Grohnde-Demonstrationen;
— die sog. "Leistungsbescheide" der Polizei in Höhe von über DM 5000,-- für einige Beteiligte am Anti-Atom-Dorf in Brokdorf;
— die mit dem entschiedenen Engagement gegen AKs begründeten Berufsverbote (z.B. gegen einen Ingenieur des TÜV) und Disziplinarverfahren.

Diese Liste der uns betreffenden Grundrechtseinschränkungen ist nicht vollständig, zeigt aber doch auch zur Genüge den Zusammenhang zwischen dem Spielraum unserer AKW-Bewegung und der Notwendigkeit der Erhaltung und Verwirklichung der demokratischen Grundrechte.

Für uns ist der von Robert Jungk dargelegte Zusammenhang von "friedlicher" atomarer Aufrüstung und Einschränkung demokratischer Rechte keine spinnige Utopie, sondern teilweise schon bittere Realität.

Wir glauben, daß es dem Tribunal gelingen kann, in der breiten nationalen und internationalen Öffentlichkeit ein kritisches Bewußtsein für besorgniserregende Tendenzen in der Bundesrepublik herzustellen und damit zu einer Veränderung beizutragen.

Da das Tribunal die Zustände in der BRD an den im Grundgesetz und der Menschenrechtskonventionen niedergelegten Maßstäben messen wird und zudem noch der strukturelle Unterschied zu den beiden bisher abgehaltetenen Tribunalen (Vietnam-Krieg und Menschenrechtsverletzung in Lateinamerika) von der Bertrand-Russell-Peace-Foundation betont wird, sehen wir überhaupt keine Veranlassung von "Nestbeschmutzung" und ähnlichem zu sprechen.

Wir protestieren gegen die Versuche von CDU, FDP, SPD, Bundesregierung und DGB, das Russell-Tribunal zu diffamieren oder zu verhindern. Gegen diese "große Koalition" werden wir versuchen, die Probleme, mit denen sich das Tribunal beschäftigt, in die uns erreichbare Öffentlichkeit zu tragen.

Kontakt:
Lars Hennings, Rathausstr. 14, 2209 Krempe, Tel.: 04824/2596





MAINSCHLEIFE: VORLÄUFIGER SIEG ÜBER DIE BAUABSICHTEN DER BUNDESWEHR

NORDHEIM
3. März

Gegen den Truppenübungsplatz der Bundeswehr in Nordheim (Mainfranken) – siehe auch ID 209/210 und 215 – ist ein vorläufiger Baustop verhängt worden:

In einem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs München im Verfahren der Gemeinde Nordheim gegen den „Frei"staat Bayern wurde Recht gesprochen: der Beschluß des Verwaltungsgerichts Würzburg vom 17. 10. 1977 (1. Instanz) wurde aufgehoben und die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gegen den Planfeststellungsbescheid vom 15. 6. 1967 (!) wiederhergestellt. Damit wurde die Zerstörung dieses Teils der Mainschleife für die nächste Zeit erstmal unterbunden!

Die endgültige Entscheidung über das geplante Pionierprojekt fällt im Hauptsacheverfahren, das zur Zeit noch nicht eingeleitet ist. Einen ganzen Sack von Begründungen führen die Richter für ihre Entscheidung an: „Der in der Verfassung garantierte Schutz würde hinfällig, wenn die Verwaltungsbehörden unter Umständen irreparable Maßnahmen durchführten, bevor die Gerichte deren Rechtsmäßigkeit überprüft haben." Daraus folge, daß an der sofortigen Vollziehung des Planfeststellungsbescheids kein öffentliches Interesse bestehen kann. Darauf könne sich die Gemeinde Nordheim berufen, weil durch die Vollziehung in ihre Planungshoheit im Außenbereich eingegriffen werden kann.

Ferner sei die zeitliche Geltung des Planfeststellungsbescheids anzuzweifeln (mehr als zehn Jahre vor der Entscheidung bis zum Beginn der Bauarbeiten!). Außerdem versuche die Gemeinde Nordheim mit ihrem Kampf gegen das Pionierprojekt schädliche Auswirkungen von den Weinbergen fernzuhalten, was wiederum im Rahmen der originären Rechte der Gemeinde liege, da die Förderung des Weinbaus in einem Weinbaugebiet eine wesentliche kommunale Aufgabe darstelle.

Kontakt: H. Christ, Haus Nr. 84, 8711 Nordheim

STÖRFÄLLE IM AKW BRUNSBÜTTEL

HAMBURG
15. März

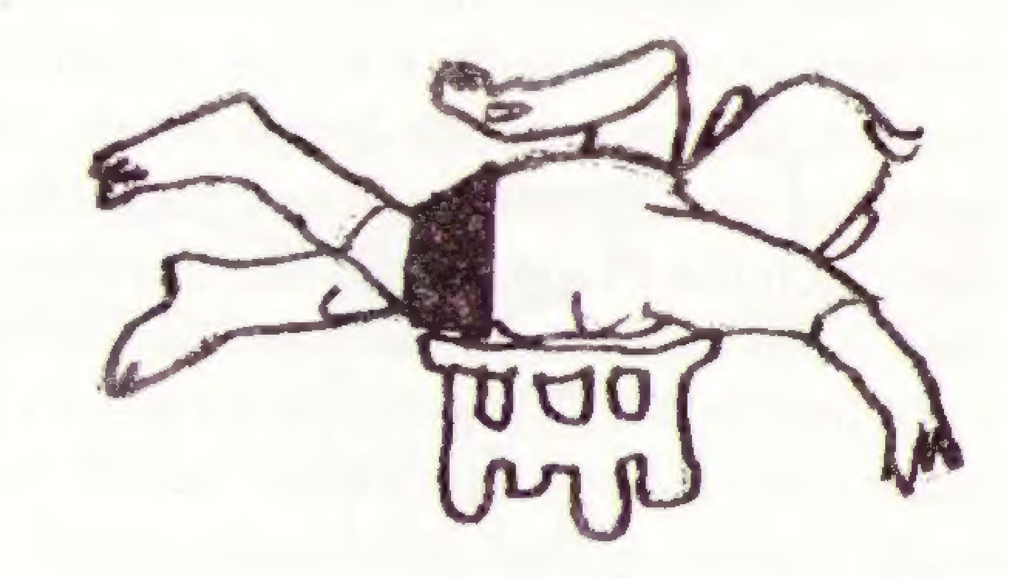
Im Atomkraftwerk (AKW) Brunsbüttel hat es Anfang Juli 1977 einen Störfall gegeben, der von den Betreibern, HEW und NWK, bis heute verschwiegen worden ist. Ebensowenig haben das Sozialministerium des Landes Schleswig-Holstein als Genehmigungsbehörde und der TÜV etwas über diesen Störfall bekanntwerden lassen. Darüber ein Bericht der Prozeßgruppe der BUU Hamburg:

WAS IST IM LETZTEN SOMMER IN BRUNSBÜTTEL GESCHEHEN ?

Das AKW Brunsbüttel wurde im letzten Sommer dreimal abgeschaltet:

1. vom 8.7. bis zum 6.8.1977,
2. ab 25.8.77 für wenige Tage und
3. vom 1.9.77 bis zum 20.1.1978.

Als Gründe gaben die Betreiber an: Die erste Abschaltung sei „planmäßig für Überholungsarbeiten" erfolgt, die zweite und dritte Abschaltung habe der Überprüfung bzw. Erneuerung von Dichtungen der internen Axialpumpen gedient. Erst Ende des Jahres rückten die Betreiber mit neuen, weitergehenden Gründen für die dritte, fast fünf Monate dauernde Abschaltung heraus: nun hieß es, wegen des Abreißens von Befestigungsteilen der innerhalb des Reaktordruckbehälters angebrachten Axialpumpen - und des Hineinfallens eben dieser Befestigungsteile in den Druckbehälter - hätte das AKW abgeschaltet werden müssen. Aus der Zeitschrift „atomwirtschaft - atomtechnik" (Heft 2/1978, S. 49 f) erfährt man: Das AKW „war am 1.9.77 abgeschaltet worden zur Behebung eines durch Schwingungserscheinungen verursachten Schadens an einem Pumpendeckel. Es wurde eine konstruktive Änderung am Deckel vorgenommen, durch die eine Wiederholung des Schadens verhindert



werden soll. Die Deckel der anderen Pumpen sollen beim nächsten Brennelementwechsel ausgetauscht werden". Bei diesen Pumpen handelt es sich um die oben erwähnten Axialpumpen, also Pumpen, die sich direkt im Reaktordruckgefäß befinden und das Kühlwasser durch den Reaktorkern hindurchpressen sollen.
Zur Bergung der in das Druckgefäß hineingefallenen Teile wurden Taucher eingesetzt, nachdem die Brennelemente aus dem Druckgefäß entladen worden waren.

Anzumerken bleibt: das AKW Brunsbüttel läuft zur Zeit mit sieben (von acht) Axialpumpen, die Konstruktionsfehler aufweisen. Es kann also *jederzeit* zu genau dem gleichen Störfall kommen wie im August/September.

Doch zurück zur ersten Abschaltung, von der die Betreiber bis heute verschweigen, daß sie aufgrund eines Störfalles erfolgt ist.

Bereits im Juli haben wir stark bezweifelt, daß die Abschaltung lange geplant gewesen sei: in keinem der acht anderen westdeutschen AKWs (Grundremmingen, Lingen, Obrigheim, Stade, Würgassen, Biblis A und B, Neckarwestheim) hat es zwischen Übergabe des jeweiligen Atommeilers an die Betreiber (das AKW Brunsbüttel wurde am 9.2.77 übergeben) und den regelmäßigen Brennelementwechseln (in Brunsbüttel hat noch keiner stattgefunden) derartige Abschaltungen mit Öffnen des Reaktordruckbehälters gegeben - es sei denn bei Störfällen.

Unser damaliger Verdacht ist jetzt bestätigt worden: In den beiden aufeinanderfolgenden Wochen vom 4. bis 10.7. und 11. bis 17.7.77 hat das AKW Brunsbüttel etwa 95% der *jährlich* für erhöhte Kurzzeitabgaben an Jod 131 zugelassenen Menge emittiert (12,4 von 13 mCi) . Genau in jenen Tagen wurde das AKW abgeschaltet (8.7.) und das Reaktordruckgefäß geöffnet (9.7.).

Welch eigenartiger Vorgang: bei einer „planmäßigen" Abschaltung entweichen - planmäßig? - 12,4 mCi Jod 131, während im Oktober bei den Reparaturarbeiten an den Axialpumpen, also beim zugegebenen Störfall, nur 0,3 mCi Jod 131 entweichen. Aufgrund der uns zugänglichen Unterlagen (lediglich wöchentliche, nicht tägliche Emissionsraten) können wir das exakte Datum der erhöhten Jodabgabe nicht auf den Tag genau feststellen. Daher bleiben für den zeitlichen Ablauf des Störfalls vorerst zwei Möglichkeiten offen:

a) Es sind große Mengen radioaktiver Substanzen *während* des Betriebs des AKW an die Umgebung abgegeben worden, woraufhin der Reaktor am 8.7. abgeschaltet werden mußte.
Oder
b) es hat beim Betrieb des Reaktors Störungen gegeben, die zur Abschaltung geführt haben. Beim Öffnen des Druckgefäßes am 9.7. sind dann große Mengen radioaktiver Substanzen entwichen.

Außer den von uns zitierten Emissionswerten für Jod 131 hat es vermutlich noch weitere erhöhte Jod 131-Abgaben gegeben: Während nach dem Öffnen des Reaktordruckgefäßes am 6.9.77 (zur Reparatur der Axialpumpen) in der Milch von Kühen, die in der Nähe des AKWs (500 Meter bzw. 2.500 Meter entfernt) geweidet hatten, ein erhöhter Jod 131-Gehalt festgestellt wurde und zur selben Zeit kurzzeitig erhöhte Mengen radioaktiver Edelgase abgegeben wurden, werden in dieser Zeit von den Betreibern in der Abluft *keine* erhöhten Jod 131-Abgaben gemessen. Da der erhöhte Jodgehalt der Milch von den Betreibern auf das Öffnen des Reaktorgefäßes zurückgeführt wird, stellt sich die Frage, wieso das Entweichen des Jod 131 aus dem AKW nicht registriert wurde. Immerhin besteht für die Betreiber jederzeit die Möglichkeit, die Meßgeräte, die die radioaktiven Substanzen in der Abluft und im Abwasser des AKW messen sollen, unbemerkt außer Funktion zu setzen. Diese Meßgeräte, die von den Betreibern des AKW bedient werden, sind nicht einmal verplombt. Der Verdacht einer Manipu- [illegible] auch deswegen nicht

so abwegig, weil der zulässige Jahreshöchstwert für erhöhte Kurzzeitabgaben an Jod 131 bereits zu 95% ausgeschöpft war.

Wir stellen fest:

1. Im AKW Brunsbüttel kann es jederzeit wieder zu einem Versagen der Axialpumpen wie im Sommer 1977 kommen, da nur an einer der acht Pumpen die bei allen vorhandenen Konstruktionsfehler beseitigt worden sind.
2. Anfang Juli 1977 hat sich im AKW Brunsbüttel ein Störfall ereignet, der von den Betreibern bis heute verschwiegen wird. Dabei ist annähernd der *Jahres*höchstwert für erhöhte Kurzzeitabgaben an Jod 131 emittiert worden.
3. Es gibt Diskrepanzen zwischen den einzelnen Meßverfahren, die die Jod 131-Emissionen des AKW Brunsbüttel feststellen sollen. Aufgrund dieser Diskrepanzen haben wir den Verdacht,
   a) daß der zulässige Jahreshöchstwert für erhöhte Kurzzeitabgaben an Jod 131 von 13 mCi im Jahr 1977 überschritten wurde und
   b) daß an den Nachweisgeräten zur Messung der Jod 131-Emissionen mit der Abluft Manipulationen vorgenommen worden sind.

Wir fordern:

AKW Brunsbüttel nur sicher durch Stillegung !
Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo !

EINIGE ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VON UNS VERWENDETEN BEGRIFFEN

Curie, abgekürzt Ci, ist die physikalische Einheit der Aktivität eines radioaktiven Nuklids: 1 Ci entspricht 3,7 mal 10^{10} Zerfällen in der Sekunde, 1 Millicurie (1 mCi), d.h. ein tausendstel Curie entspricht 3,7 mal 10^{7} (also 37 Millionen) Zerfällen in der Sekunde.

Langzeitabgaben: Von den Genehmigungsbehörden werden Jahreshöchstwerte für die Emission radioaktiver Substanzen festgesetzt (was durchaus nicht bedeutet, daß Emissionen bis zu diesem Grenzwert ungefährlich sind). Der *Jahres*höchstwert für die Emission von radioaktivem Jod 131 mit der Abluft beträgt z.B. für das AKW Brunsbüttel 260 mCi.
Doch diese 260 mCi dürfen nicht auf einmal ausgesandt werden. Denn wichtig ist primär nicht die *Menge* der emittierten radioaktiven Substanzen, sondern die biologischen *Schäden* , die sie anrichtet. Diese Schäden können aber nicht direkt gemessen, sondern nur abgeschätzt werden. Die biologischen Schäden einer bestimmten Menge ausgesandter radioaktiver Substanzen ist nun von vielen Faktoren abhängig, z.B. von der jeweils herrschenden Wetterlage. In den Abschätzungen der biologischen Schäden werden Annahmen über diese Faktoren gemacht, z.B. besonders häufig vorkommende Wetterlagen als Berechnungsgrundlage angenommen. Es werden jedenfalls nicht die jeweils ungünstigsten Annahmen hinsichtlich der zu erwartenden Schäden gemacht. Daher könnte es sein, daß z.B. bei einer relativ seltenen, aber sehr ungünstigen Wetterlage eine unterhalb des Jahresgrenzwertes liegende Emission zu größeren als vorausberechneten biologischen Schäden führt.
Aus diesem Grund ist zusätzlich ein Grenzwert für kurzzeitig erhöhte Emissionen von radioaktiven Substanzen festgesetzt, wobei von ungünstigeren Faktoren bei der Berechnung der biologischen Schäden ausgegangen wird als beim Grenzwert für Langzeitabgaben.

Als **erhöhte Kurzzeitabgaben** gelten für das AKW Brunsbüttel *stündliche* Jod 131-Emissionen im Bereich von 0,03 mCi bis 0,3 mCi. Im *Jahr* dürfen vom AKW Brunsbüttel **maximal 13 mCi Jod 131** als erhöhte Kurzzeitabgaben mit der Abluft emittiert werden.

Alles klar ?

Kontakt: Prozeßgruppe der BUU-Hamburg, Lutterothstr. 33, 2 Hamburg 19, Tel. 040 / 40 27 82

SELBSTANZEIGE AUS SOLIDARITÄT UND DANN SCHNELLPROZESS ?

HAMBURG/HANNOVER
Märzn 1978

Aus Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten verfaßte die AKW-Gegnerin Johanna-Maria Jordan (47, kaufmännische Angestellte) Anfang Januar 1978 eine Selbstanzeige, in der sie sich bezichtigt an der Grohnde-Demonstration am 19. März 77 teilgenommen zu haben. Die Staatsanwaltschaft Hannover hat gegen sie nun ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und sie zu einer "kommisarischen Vernehmung" geladen. Es sieht so aus, daß die Staatsanwaltschaft ihren Prozeß den anderen Grohnde-Prozessen vorziehen will. Johanna Jordan hat den Antrag gestellt, ihre kommisarische Vernehmung "bis zur Einstellung der laufenden Grohnde-Prozesse bzw. bis zu deren Prozeßende zurückzustellen" und fordert AKW-Gegner auf, in Protestschreiben an Staatsanwalt Borchers, Landgericht Hannover, Volgersweg 65, 3000 Hannover (Geschäftsnr. 174 Gs 42/78) den Antrag auf Zurückstellung ihres Verfahrens zu unterstützen. Wir bringen im folgenden den Text ihrer Selbstanzeige.



SELBSTANZEIGE

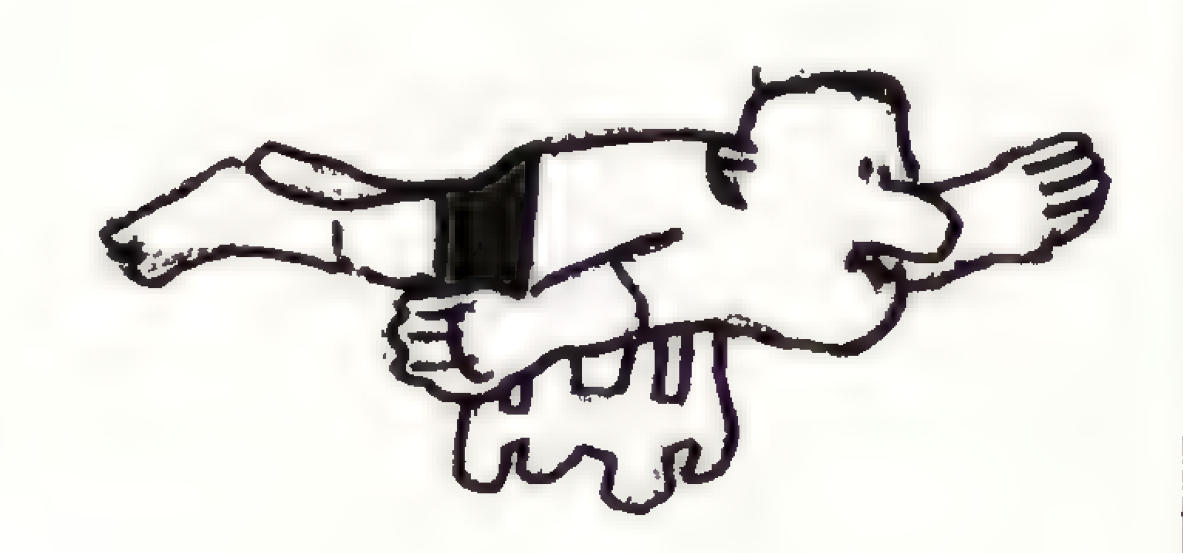
Die Unterzeichnerin Johanna-Maria Jordan, geb. 7.1.31 in Berlin, wohnhaft 2000 Hamburg 76, Eilkebeker Weg 72 Ptr. rechts, Beruf kfm. Angestellte, erstattet hiermit gegen sich selbst Anzeige in Sachen Demonstration gegen das AKW Grohnde vom 19.3.1977.

Es ist in der Tat unerträglich mitanzusehen, wie Leute festgenommen (und abgeurteilt ?) werden bloß weil sie einen "harten Gegenstand" mit sich führten, oder weil sie auch nur am Zaun sägten oder sich sonstwie handwerklich betätigten, während die Leute, die das maßgebliche Material mitbrachten wie ich frei herumlaufen ohne Anklage als wäre nichts, aber auch gar nichts gewesen. Wenn wir schon verurteilt werden sollen, DANN BITTE AUCH ICH!

Schließlich habe ich extra für Grohnde ein 50 m langes Perlonseil gekauft (10 t Tragkraft) und angeschleppt (in sich schon ein Zeichen der Entschlossenheit, bei dem langen Anmarsch und 13 kg schwer!). Es war an der Ecke Straße/nach Grohnde gerichteten Zaunseite im Einsatz und hat gleich in der 1. Minute den ganzen Maschendraht geholt, dann noch einen Pfeiler. Dann sagte jemand: "Das Seil taugt nichts." Ich: "Das kann nicht sein, ich habe es frisch gekauft". Ich ging dann zum Zaun, sah, wie der zweite Pfeiler sich oben krümmte ohne zu kommen: dann riß das Seil etwa 50 cm davor ganz plötzlich, einer der es vorn hielt hat sich noch ziemlich dran verletzt (ich hatte zwar Arbeitshandschuhe mitgebracht aber nicht genug für alle, die sich beteiligen wollten).
Danach habe ich noch mit meiner Eisensäge gesägt, bis auch dies wasserwerferhalber (hatte weder Gasmaske noch Ölhosen) nicht mehr möglich. Das war vorn.
Anschließend habe ich noch mit einem von jemand anders hingeworfenen Spaten versucht, seitlich die Fundamente des Zauns auszugraben.

Dann kam die Polizei von hinten. Ich versuchte, unsere Leute darauf aufmerksam zu machen, damit sie für alle Fälle Ketten bildeten, jedoch nicht mit sehr viel Erfolg. Anschließend habe ich den mir zunächst stehenden Polizisten gesagt, daß wir es nicht auf sie abgesehen hätten, sondern nur auf den Zaun. Auch 4 andere haben versucht, ihnen das zu erklären. Sie schienen es auch ganz gut zu verstehen, — bis sie Einsatzbefehl bekamen. Ich stand in der vordersten Kette (der Straße parallel); da man an den Kopf nicht rankam wurde auf die rechte Schulter eingedroschen (habe noch 14 Tage danach den Arm nicht richtig heben können, trotz der Schmerzen gearbeitet, — WIR können es uns ja nicht leisten, nach Demonstrationen zu fehlen ja nicht einmal uns pflegen zu lassen !!). Mir wurde dann zugerufen warum ich mich nicht trolle, ich "seid ihr denn wahnsinnig, seht ihr nicht daß ich hier 6x festhänge? " (beim Zurückfluten war ich versehentlich in eine Stacheldrahtrolle hinter mir gekommen). Anschließend bildete ich wieder in der ersten Reihe Kette, diesmal seitlich. Die Polizei hielt zuerst inne, stürmte dann mit negerstammartigem Klamauk wieder vor; ich wurde von mehreren wieder vermöbelt "Laufen Sie doch schnell", ich: "Selbst wenn ich wollte, ich kann nicht so schnell laufen, ich bin fast 50." Darauf breitete ein Polizist seine Arme schützend aus und bahnte mir damit einen Weg durch den Polizistenknäuel: nur diesem habe ich es wohl zu verdanken, daß ich nicht noch ernster verletzt und festgenommen wurde kann man wohl rückblickend sagen!

Ich ging dann zu der Hauptmasse der Demonstranten, die zu diesem Zeitpunkt fest eingekettet aber die einen Ketten nach vorn, die andern nach hinten schauend (der Reitereinsatz war schon gelaufen) auf der Straße Richtung Grohnde stand. Davor ein 15jähriges Mädchen, das irrsinnige Rückenschmerzen (von einem Pferd?) hatte und so aussah, als ob es unter den Händen sterben würde (ich vermutete Wirbelbruch). Daneben ein junger Polizist, der ganz betroffen auf das, was offensichtlich sein Werk war, sah. Ich habe ihm gesagt "Du Schwein, hast Du sie getötet? Er ging; es schien mir an der Zeit, angesichts dieser Verletzten die Demonstration abzubrechen (obwohl ich gerüchteweise wußte, daß wir vorne den großen Durchbruch geschafft hatten und wir uns bei Brokdorf I nicht von Pferden hatten vertreiben lassen!!!). Wir haben etwa zu sechst die Verletzte zu einer Sanistation nach hinten getragen, unterwegs versuchte ich immer zu erfragen wo bloß die Demoleitung sei ; denn auf meinen Ratschlag, angesichts dieser Lage sofort abzubrechen, hörte



man nicht, zuständig war ja die Demoleitung. Schließlich hörte ich ein Mädchen mit Megaphon sagen, der Beschluß der Demoleitung sei gerade gefallen: "geordneter Rückzug", und da sie mein hellwaches Interesse an dieser Entscheidung wohl registriert hatte, meinte sie dann zu mir "Du kannst ja die Leute vom Feld einsammeln!"

Das habe ich dann auch getan, zumal die Erfahrung lehrt, daß es gerade die Versprengten sind, die sonst meistens verletzt oder verhaftet werden (!). Ich habe alle eingesammelt und sie in Richtung Grohnde gewunken, außer denen die schon fast in Kirchohsen waren und auf Kirchohsen zugingen — und außer dreien hinter der Reiterstaffel: das war ein Fehler davon auszugehen, daß dort keiner von uns mehr sein könnte statt nachzusehen, die haben da noch bis um 23 Uhr in Angst und Bangen gesessen bis ein Autofahrer sie erlöste!!!

Es war da auch eine Gruppe von etwa 10 Leuten dabei, die ich apostrophierte als ich vielleicht ganze 2 m vom äußersten Flügel der Reiterstaffel entfernt war, und die also auch ziemlich nah an diese herankam. Aber obwohl keiner dieser Staffel etwas antat, mußte ich mitansehen, wie man jemand (einen jungen Mann in Ölzeug?) plötzlich aus der Gruppe heraus verhaftete. Ich rief sofort "was machen Sie da? geben Sie den sofort wieder raus, der gehört zu uns! Sie sehen doch, daß ich die Leute die ganze Zeit schon einwinke nach Richtung Grohnde, weil die Demoleitung geordneten Rückzug beschlossen hat, oder? "
Es wurde mir zugegeben, daß in der Tat an meinen Armbewegungen unverkennbar war, daß die Leute zum Rückzug eingewunken wurden schon seit geraumer Zeit; trotzdem hieß es, man werde ihn nicht herausrücken, er habe "einen harten Gegenstand" auf sich (!). Ein erwachsener Bürger aus der Gruppe fragte daraufhin den Verhafter nach seinem Namen, um sich über ihn beschweren zu können. "Den können Sie gerne haben. Ich heiße WIEDER, wie ALLE JAHRE WIEDER, und bin Leiter der Hunde- und Reiterstaffel Hannover." Er war auch noch stolz auf sich! Und das nach den Verletzungen, die es durch seine Staffel gegeben!!!)

In Grohnde erst, als wir beim Kirchhügel lagerten, traf ich den Vertrauensmann unserer Gruppe wieder, ORFI, (man kann den Namen nennen denn er ist inzwischen tot). Zwei Monate danach, am 25. Mai, hat er sich das Leben genommen weil er sich so für seine Arbeitskreise im Kampf gegen die Atomenergie (Agitpropgruppe, Diskussionsgruppe) eingesetzt hatte, daß sein 1. Geschichtsreferat nicht mehr termingerecht fertig werden konnte zum 31.5.!!! — ORFI war, in gewissem Sinn, der (jedenfalls von den mir bekannten) erste Tote der Bewegung, noch vor Vital MICHALON und vor Hartmut GRÜNDLER: Letzterer war übrigens auch in Grohnde gewesen!!!). Er kam so direkt auf mich zu, daß er fast anderen ihr Butterbrot zertreten hätte und fragte wo ich gewesen sei, er war maßlos ent-



täuscht. Ich hatte ihm einmal gesagt, er könne mich als "Kugelfang" in den Kampf mitnehmen - - - und einen Schutz hätte er an dem Tag gebraucht! Er war an der Kirchohsen zugekehrten Zaunseite fast ohne Pause mit seinem Bolzenschneider am Zaun tätig gewesen und mit Eisenstangen immer wieder in den Unterleib gerammt worden vom AKW-Gelände drinnen aus, ohne daß ich bei ihm gewesen wäre; weil er mich nicht im gleichen Auto hatte mitfahren lassen, wollte ich mich ihm nicht aufdrängen... Es war alles ein Mißverständnis gewesen und wir waren beide furchtbar traurig...

Die Leute, die in Pkws gekommen waren, mußten dann noch den ganzen Weg zu Fuß zurück zu den Pkws ziehen, da wir ja inzwischen in Grohnde gelandet waren und die Pkws noch vor Emmerthal standen. Dabei bemerkten wir einen kolossalen Polizeiverkehr in beiden Richtungen. Nie habe ich an einem Tag soviel Polizei gesehen. Als wieder einmal solche Autos an uns vorüberfuhren (wir gingen ganz normal, ohne irgendetwas zu tun, auf dem Bürgersteig) flog mir etwas ins Auge, was ich zuerst für einen Funken hielt, als es sich wiederholte aber von uns allen als Chemical Mace erkannt wurde, im Vorbeifahren verspritzt. — Auch Festnahmen sind zu dieser Zeit, obwohl doch da bestimmt nicht zu sehen war, wer was getan hatte, erfolgt! —

IM ÜBRIGEN vertrat und vertrete ich die Meinung, daß uns AKW-Gegnern Gewalt NICHT vorgehalten werden kann, nicht in Frankreich und nicht in der Bundesrepublik. Ein SEABROOK ist hier nicht möglich: bei Brokdorf I sind wir wirklich, man kann sagen gewaltfrei, nur durch Entschlossenheit und Zivilcourage auf den Platz gekommen - - - aber wurden wir da weggetragen? ? ? Ich war auch in GRONINGEN dabei, ich weiß wie es in Holland zugeht: da versammeln sich 500, machen eine Infoecke, hängen ihre Losungen an eine Art Karussell daß sie lustig flattern, singen einen markigen Atomsong, sorgen für an-der-Straße-Aufreihen der Anwohner, für internationale Mischung und Anwesenheit der Presse: UND SCHON KRIEGEN SIE IHREN ATOMMÜLL NICHT! ja wenn das so einfach auch hier ginge, nichts wäre mir lieber - - - ABER WAS IST DENN HIER? ? ? Holland ist eben eine intakte Demokratie. Aber hier... Hier können Hunderttausende von Unterschriften kommen, jahrelang tausende von Klägern. Hier kann sich sogar jemand verbrennen für die Berichtigung des Umweltprogramms der Bundesregierung vom September 71 ohne daß deshalb auch nur die dortigen Unwahrheiten berichtigt werden geschweige denn das MORATORIUM erfüllt! Und dies, obwohl selbst die Atomlobby im Sommer 1976 öffentlich zugab, man habe weltweit noch keine zufriedenstellende WAA- und Endlagerungstechnologie und obwohl die Deutschen führend seien seie auch hier frühestens respektive für 1988 (1988!) und 1993 (1993!) damit zu rechnen, was mir wiederum vorkommt wie wenn einer sagen würde "bis nächstes Jahr habe ich die Ursache des KREBS gefunden" - - - wer weiß denn WANN, ja OB man die je findet? Genauso ist es mit dem Atommüll, bei der Strahlung, den — nicht zu verändernden — Halbwertzeiten — und obwohl das Bundesforschungsministerium inzwischen eingeräumt hat, daß noch nicht einmal eine Endlagerungsstätte gesichert ist!

Seit 1942 werden in verantwortungslosester Weise weltweit Atomreaktoren gebaut obwohl das dicke Ende, die Müllfrage, weder theoretisch noch praktisch gelöst ist, was bei den bekannten Halbwertzeiten — Schäden nicht nur für eine, sondern für Tausende von Generationen bedeutet, und exporthalber nicht nur für ein Volk — sondern Völker... Von dem Plutoniumirrsinn ganz zu schweigen. EIN GRAMM PU genügte, um der ganzen Menschheit, wenn es in Aerosolform ist, Lungenkrebs zu verpassen; gleichzeitig ist es das stärkste Gift der Erde, 30 000 mal stärker als Zyankali das einen in weniger als einer Minute umbringt: dieses PU wird dank des Atomenergieprogramms zehntausendetonnenweise (!) produziert, bei bekanntermaßen 1—2% Schwund (A-Bombenbau? Beseitigung zwecks Terrorakten? Grundwasserverunreinigung wie in Rocky Flats/USA wo die Bevölkerung jetzt jeden Montag für DM 40.-- vom Wassermann Wasser für die Woche bekommt? ?)

Verdammt nochmal: es gilt doch die RECHTSGÜTER ABZUWÄGEN! wenn wir "Volksvertreter" haben die eben KEINE Volksvertreter sind, sondern unser Leben, unsere und unserer Nachfahren Gesundheit und die Arbeitsplätze verraten (ja die Arbeitsplätze: die ganze Entwicklung zeigt es, und in der 1. Teilerrichtungsgenehmigung von Wyhl wurde es ganz offen zugegeben daß der Atomstrom nur gebraucht wird zur Rationali-

sierung, lies für die numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen, die nicht den Menschen Arbeit bringen, sondern die menschliche Arbeitskraft, die zu teuer ist, ersetzen...) - - - dann können wir eben nur selbst unsere Interessen in die Hand nehmen und sie, wenn es nicht anders geht, eben auch handgreiflich durchsetzen, wie die Bauern im Mittelalter in solchen Fällen ihre Mistforken ergriffen...
Jedes weitere AKW erhöht die Gefahren: Deshalb müssen AKWs verhindert werden (nicht Narrenfreiheit, ERFOLGE müssen wir haben!!!)

Bei Brokdorf I, da bin ich zwar unter den Ersten gewesen, die bei Loch III durchsickerten als erst einmal ein Loch da war - - - aber da- der eklige NATO-Stacheldraht dazu von den anderen durchgeschnitten werden mußte, erschien mir noch fast ein Sakrileg, und ich fühlte mich dem Werkschutz gegenüber nicht sicher, als der Maschendraht zwischen uns stand, weil ich noch nicht wußte, daß man diesen mit einem einzigen Griff auf die Erde legt: deswegen war ich auch so erschrocken, als ich dem Werkschutz plötzlich direkt gegenüber stand. Bei Brokdorf II hatte ich schon Schlamm als "Feuerschutz" geworfen. Und bei Grohnde hatte ich mein eigenes Seil mit und meine Eiesensäge! ABER DAZWISCHEN LIEGT BROKDORF III: Es war für mich eine der ganz großen Enttäuschungen, daß dieses, — daß nämlich trotz der Bürgerkriegsdrohungen seitens des Staates, trotzdem am Abend vorher im Fernsehen noch Maschinenpistolen gezeigt worden waren und keiner von denen, die dann trotz Demonstrationsverbot nach Brokdorf kamen, damit rechnete, abends wieder lebend nach Hause zu kommen: an der Aufbruchstimmung, z.B. bei uns auf dem Hamburger Wandsbeker Markt morgens um 5 merkte man das ganz deutlich!!! DASS TROTZ LEBENSBEDROHUNG es 40.000 waren, die FRIEDLICH NACH BROKDORF KAMEN an jenem 19.2.77 — daß das politisch nicht mit der Einstellung des Atomprogramms gewürdigt wurde, wie sich das gehört hätte, sondern daß es im Gegenteil ein Aufatmen gab, "sie sind friedlich gewesen, wir können weiterbauen" (Conrad Ahlers' Leitartikel in der Hamburger Morgenpost) ----- während Gewaltaktionen zu Abstrichen im Atomenergieprogramm führten, weil offensichtlich NUR TATSACHEN, nicht die Vernunft und die Moral, für unsere Regierung zählen !!!

DESWEGEN habe ich auch für Kalkar Gewalt empfohlen! (soweit durchsetzbar und sinnvoll) --- und mit hauptsächlich wegen diesen meinen Ausführungen hatten so viele Hamburger sich handwerklich gerüstet !!!

Trotzdem wäre es falsch zu sagen, ich wäre nur für Gewalt. Ebenso muß man inhaltlich aufklären — jetzt mehr denn je —, zu klagen versuchen, sich in der politischen Kleinarbeit gegen Atomenergie verzehren. WIR MÜSSEN MIT ALLEN MITTELN DIE ÜBERHAUPT ERFOLGVERSPRECHEND SEIN KÖNNTEN' KÄMPFEN — und die Erkenntnis über die Schwere und Tragweite sitzt so, daß es einen wohl zeitlebens nicht mehr loslassen wird, selbst wenn alle anderen abschlaffen sollten, (was Gott verhüten möge !!!). Aber: die Gewalt kann uns keiner verübeln, wenn wir anders keine Erfolge verbuchen: DIE POLITIKER haben am entstandenen Schaden schuld! Doch: WAS IST EIN DEMOLIERTER ZAUN, WAS EINE VORÜBERGEHEND "ZWECKENTFREMDETE" WIESE GEGEN DEN SCHADEN AN UNSERM VOLK, DEN WIR VERHINDERN? ---
Wie gesagt, es geht, ganz abgesehen von den schon mehr als einmal beinahe eingetretenen (Neckarwestheim 21.9.77 z.B.) oder noch drohenden (Stade z.B.) Reaktorunfällen im GAU-Format, um die Plutoniumprobleme und um die Müllprobleme die eine Frage von Tausenden von Generationen und von Nationen ... nicht einer Nation ...

In Grohnde kam als besonders empörender Umstand dazu, daß die Baugenehmigung erteilt wurde, obwohl die Weser bereits in normalen Sommern nur die Hälfte des Wassers führt, was zur Verhinderung von Reaktorunfällen zur Kühlung dringend gebraucht wird (und in heißen Sommern sogar die Schifffahrt schon erliegt!).
Ich glaube, es ist damit genügend über meine/unsere Motivation gesagt .....

"Wir wissen aber, daß denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen." Alle Dinge? Auch Plutonium?
(Hartmut Gründler)

20 Jahre Atomstrom — für 24.300 Jahre Atommüll ? ? ?
(Demonstranten-Parole)

Es gilt, "den Verantwortlichen der Atompolitik herauszuhelfen aus ihrer Selbstverstrickung in grob fahrlässige Körperverletzung mit vermutlich millionenfacher Todesfolge."
s. das von der Evangelischen Kirche Deutschlands totgeschwiegene "Arnoldshainer Manifest":

SCHLUSS MIT DER ATOMENERGIEPOLITIK!

KEINE EINZIGE NEUE GENEHMIGUNG FÜR PLANUNG, BAU, BETRIEB ODER EXPORT VON ATOMANLAGEN!

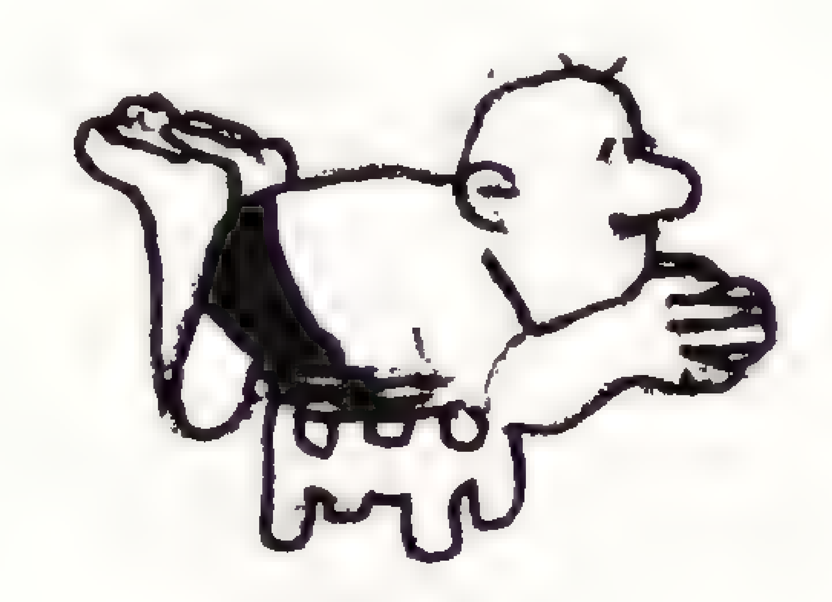
Hartmut Gründler starb für diese Überzeugung freiwillig einen qualvollen Tod. Ich bin bereit, für sie ins Gefängnis zu gehen.

Hamburg, 10.1.78 J.-M. Jordan

RADIO GRÜNES FESSENHEIM SENDET WEITER!

LÖRRACH
15. März

Wie schon bekannt gegeben (siehe ID 221) wurde am Freitag, 10. März 1978, in Lörrach ein Sender von Radio Grünes Fessenheim während der Sendezeit von der Polizei weggeholt. Damit hat sie versucht, den Umweltschützern dieser Region eine sehr wichtige Informationsquelle zu nehmen. Radio Grünes Fessenheim berichtet in seinen Sendungen über die Gefahren und Bedrohungen unserer Heimat, ohne dabei ein Blatt vor den Mund zu nehmen.
Nach Meinung von Prof. Jungk gibt nur Radio Grünes Fessenheim die Gewähr, daß die Bevölkerung dieser Region von Unfällen in Fessenheim rechtzeitig informiert wird. Robert Jungk nannte anläßlich seines Besuchs in Lörrach Radio Grünes Fessenheim den Sender der Wahrheit.
Bei den Sendungen freitags und samstags auf 101-104 Mhz (UKW) wird kein anderer Sender nennenswert gestört. Trotzdem versuchen die Polizei in der Schweiz und in Deutschland sowie die Rundfunkgesellschaft in Frankreich, den Sender zu stören, gar lahm zu legen. Sie ändern damit nichts an den Ursachen, der Notwendigkeit des Senders. Es wird dabei nur deutlich, daß er für manche Leute unbequem ist.
Das AKW Fessenheim schleppt sich von Störfall zu Störfall, Chemiefabriken, Straßen und andere Großprojekte greifen die Schönheit unserer Heimat und die Gesundheit von uns allen an. Deshalb kann auf die Sendungen von Radio Grünes Fessenheim auch bei uns nicht verzichtet werden. Kommenden Freitag wird in Lörrach und dem Markgräflerland Radio Grünes Fessenheim zwischen 19.45 und 20.45 Uhr auf UKW 101-104 Mhz zu hören sein.



Wir alle sind aufgefordert nicht zuzulassen, daß von der Polizei bzw. deren Auftraggebern unsere Informationsmöglichkeiten erstickt werden. Die Antenne Lörrach, die für Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenstellung von Sendungen, finanzielle Unterstützung des Radios sich zuständig fühlt (nicht das Senden selbst), fordert die Polizei von Lörrach im Namen der Hörer von Radio Grünes Fessenheim auf, den Sender möglichst umgehend an das Radio zurückzugeben und die Informationsmöglichkeiten nicht weiter zu behindern.

Kontakt: Antenne Lörrach, c/o s'lädeli, Rainstr. 17, 785 Lörrach



EINLADUNG ZUR KIELER WOCHE

KIEL 8.März

Hallo atomfeindliche Freunde im In- und Ausland,
Kennt Ihr die KIELER WOCHE?
Die Kieler Atomkraftgegner haben sie letztes Jahr so richtig kennengelernt!

Neben internationalen Segelregatten und Besuchen ausländischer Marineeinheiten aus -zig Nationen und dem Dabeisein des diplomatischen Corps hatte die Kieler Woche eine Art Volksfestcharakter mit kulturellen Leitthemen, wie z.B. unter anderem: Mensch und Meer; internationale Tagung des PEN-Clubs usw.
Das waren noch Zeiten!!!

Ganz anders als zur Kieler Woche 1977, wo die Verantwortlichen das Thema „Was wird aus unserer Wirtschaft" wählten. Dazu wurden die Kieler Bürger um rege Beteiligung gebeten, was wir ja auch tun wollten.

Aber oh Graus — unserer Meinung als Atomkraftgegner zu diesem Thema war nicht gefragt — geschweige denn erlaubt. Die Wirtschafts- und Industrielobby mit ihren Anhängern wollte unter sich bleiben. Nun, und damit waren wir wieder nicht einverstanden.

Die Genehmigung des Informationsstandes mußten wir uns dann ja auch vor dem Verwaltungsgericht einklagen. Als besonderen Dank bekam unser Informationsstand Polizeischutz. Inwieweit die Polizei mit der Industrie und Wirtschaft verquickt ist, kann man nur erahnen; jedenfalls war die Stadt ganz schön von der Polizei (heim)-besucht worden. An der Kieler Universität mochten sie sich besonders gern verweilen.

Jetzt kommt der große Knaller
warum wir dieses Jahr — also 1978 — noch größer, noch schöner machen wollen, denn das Motto:
„ Europa - gewinnt - an Gestalt"
unter anderem mit einigen Unterthemen, wie

— Gastarbeiter - Bürger ohne Rechte?
— Kernenergie - Alternative für Europa?
— Europa - sterben deine Städte?

klingelt in unseren Ohren, denn dazu fällt uns eine ganze Reihe mehr ein, nämlich ein
Treffen Europäischer Atomkraftgegner.

Diskutieren möchten wir mit Euch allen über folgende Punkte, die schon einmal in einem kleinen Kreis einiger Bürgerinitiativen vordiskutiert wurden, aber die es wert sind, daß wir uns alle damit auseinandersetzen. Wir stellen uns dieses in einer solidarischen und freundlichen Atomosphäre vor, wo Toleranz und Verständnis kein Fremdwort ist, ja und wo keiner genervt den Raum verläßt.

Diskussionspunkte:

— Wie werden die Atomprogramme der jeweiligen Länder (national) durchgesetzt
— Wie entwickelte sich der Widerstand
— Widerstand heute - langfristig z.B. auch die Frage der Mitbeteiligung an Wahlen
— Nationale, internationale Solidarität.

Brennt Euch ein Thema auf den Nägeln, vermerkt es kurz — wir werden versuchen, diese zu berücksichtigen. Über die Ergebnisse der Diskussionen, die wir festhalen, u[nd] überhaupt, über das ganze Treffen wird im Anschluß danach eine Broschüre erstellt mit allem Pipapo.

Als Abschluß ist eine Pressekonferenz vorgesehen und Sonntagabend-Abschiedabend mit gemütlichem Beisammensein, Musik, Liedern und so. Für Jung und Alt ist etwas dabei — ganz nach Geschmack!

Wichtig und gut ist, wenn sich Gruppen aus dem Ausland schon während der Kieler Woche, die **vom 25.Juni bis zum 2.Juli 1978** stattfindet, dabei sind und die vielen Gäste — auch die Kieler Bevölkerung, ist ja logo — über die jeweilige nationale Anti-AKW-Bewegung in Form von Informationsständen, AKW-Liedern, Theater, Aktionen und; und, und informiert.

Für Freunde, die ihre Kinder mitbringen wollen/ oder müssen: wir werden uns jedenfalls bemühen, daß sie betreut werden können. — Also Leute — ob ‚Nur'-Hausfrau, Student, Arbeiter oder Schriftsteller: schnürt Euer Bündel mit Schlafdecken und Kissen, bepackt Auto, Fahrrad oder Schlauchboot, löst eine antiatomare Kettenreaktion aus und kommt alle alle nach kiel.

Für Unterkünfte und Frühstück werden wir sorgen. Anreisetag ist für alle — außer den Vorabgruppen — der gesamte **29.Juni** bis in die Nacht, Abreise ider der**3.Juli.**
Die obige Themenwahl ist so geplant, daß auch Berufstätige ein wenig später noch zu uns stoßen können.

Ach, Ihr kennt uns noch gar nicht? Nein? Noch nie was von uns gehört? Nun, gestattet: Der Vorschlag und die Vorarbeit kommt vom Arbeitskreis Politische Ökologie Kiel und ist ein Kreis — nun, von Leuten wie Du und ich, zugehörig zur autonomen Anti-Atom-Familie. Wir sind parteipolitisch nicht gebunden. Davon halten wir nicht viel. Alles o.k.?

Unterstützt wird dieses Vorhaben von anderen Kieler Umweltschutzgruppen. Kommen Eure massigen Rückmeldungen, bilden wir eine Projektgruppe und gehen das große Treffen an. Ihr werdet sehen, es wird ganz große einsame Spitze, große Klasse oder wie noch.

Wahrscheinlich können wir schon aus Kostengründen nicht jede Bürgerinitiative anschreiben, aber Spenden oder Briefmarken würden wir gerne nehmen. Seid so lieb und reicht die Einladungen weiter, immer weiter, immer weiter.... So, dann noch einen großen Anti-Atom-Kuß und tschüs bis bald — Rückmeldungen bis zum **5.April 1978** zurück an:

Politische Ökologie, 23 Kiel 14, Poppenrade 5
Telefon 0431 / 72 72 31

NATIONALES TREFFEN VON FRAUEN AUS NATURWISSENSCHAFT UND TECHNIK

FRANKFURT
7. März

Am 6. und 7. Januar trafen sich in Hamburg Frauen, die in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen arbeiten oder ausgebildet werden. Etwa 150 waren aus der ganzen BRD zusammengekommen, um ihre Erfahrungen auszutauschen.

Es wurden fünf Arbeitsgruppen zu den folgenden Schwerpunkten gebildet:

1.) Beruf - Frauenrolle und Mutterschaft
2.) Frauengruppen
3.) Architektur
4.) Frau in Theorie und Geschichte der Naturwissenschaft
5.) Ökologie: Alternativen in und außerhalb der naturwissenschaftlichen und technischen Berufe.

Allgemeine Zustimmung fand der Vorschlag, sich wiederzusehen und die angeschnittenen Probleme weiter zu dikutieren. Das dritte Treffen wurde deshalb für den **4. bis 7. Mai** verabredet und soll diesmal in **Frankfurt** steigen.

Bisher ist geplant, an jeweils zwei Tagen unterschiedliche Fragenkomplexe zu besprechen, um den Frauen, die erst ab Samstag, den 6. Mai, am Treffen teilnehmen können, den Einstieg in die Diskussion zu erleichtern.

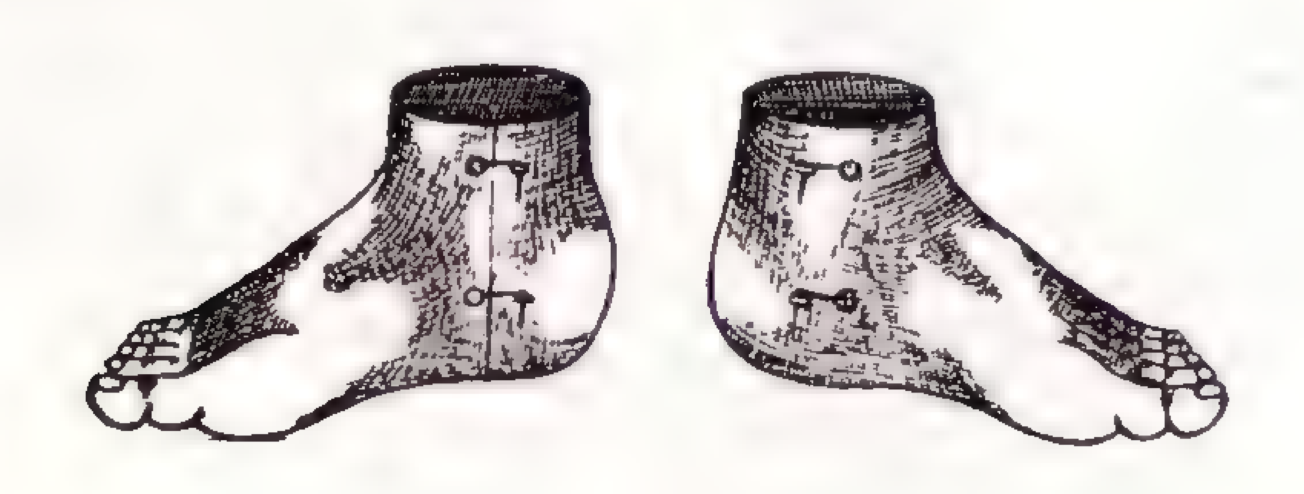
Am Donnerstag und Freitag, so wird es vorgeschlagen, stehen im Mittelpunkt Fragen wie:

> Gibt es besondere Probleme der Frauen, sich für einen naturwissenschaftlich-technischen Beruf zu qualifizieren und ihn auszuüben? Worin bestehen diese besonderen Schwierigkeiten? Die Männer dominieren diesen Bereich. Zahlenmäßig geht das aus jeder Statistik hervor. Aber wie drückt sich dies auch in den Inhalten und in der Art und Weise Naturwissenschaft zu betreiben aus? Können wir vielleicht gerade als Frauen den umweltzerstörenden und menschenfeindlichen Einsatz von naturwissenschaftlichen und technischen Kenntnissen verhindern? Welche Chancen haben wir in einer männlichen und kapitalistischen Gesellschaft, neue Gesichtspunkte in die Forschung und Anwendung einzubringen?

Am Samstag und Sonntag soll es wieder etwas konkreter werden. Dann sollen die Erfahrungen von Frauen im Beruf, mit alternativen technischen und naturwissenschaftlichen Projekten von aus Frauengruppen in diesem Bereich berichtet und besprochen werden. Und wir hoffen sehr, daß es gelingen kann, eine Grundlage für eine gemeinsame Perspektive in unserer weiteren Arbeit zu finden.

Weitere Informationen, auch das Protokoll des Treffens in Hamburg und die Anmeldeformulare für Frankfurt, gibt es bei: **Anette Lossau, Leipziger Str. 32, 6 Frankfurt 90 (Tel. 0611/ 77 16 80).**

Was nicht geboten werden kann, ist eine bis ins Detail ausgearbeitete Vortragsreihe. Ob das Treffen auch ein Treffen wird, hängt sehr davon ab, inwieweit sich alle Teilnehmerinnen für die inhaltliche Vorbereitung auch verantwortlich fühlen. Frauen, die Vorschläge zur inhaltlichen Gestaltung oder Diskussionsbeiträge haben, sollen diese doch bitte aufschreiben und der Anette schicken.



... MEIN GOTT – WALTHER

MAINZ
13. März

Aus der „Notzeitung Mainz-Wiesbaden", herausgegeben von den streikenden Mitarbeitern der Mainzer und Wiesbadener Zeitungsbetriebe, von heute:

„Viele Leser der Blätter der Zeitungsgruppe Rhein-Main-Nahe und des Wiesbadener Kuriers glauben, der als Verleger firmierende Geschäftsführer Walther Zech sei der Besitzer. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Kommanditisten der Mainzer Verlagsanstalt Will und Rothe KG, denen die Zeitungsgruppe Rhein-Main-Nahe gehört und zu denen beispielsweise der Musikverlag B. Schotts Söhne, das Modehaus Kleebach (gegenüber der Allgemeinen Zeitung/AZ) oder die Weinhandelsfirma Christ zählen, haben es vielmehr so eingerichtet, daß der von ihnen befristet eingestellte Geschäftsführer sich „Verleger" nennen darf, da er nominal und befristet für die Zeit seiner Tätigkeit einen Miniananteil der KG hält. Zech ist also kein Verleger im üblichen Sinn.

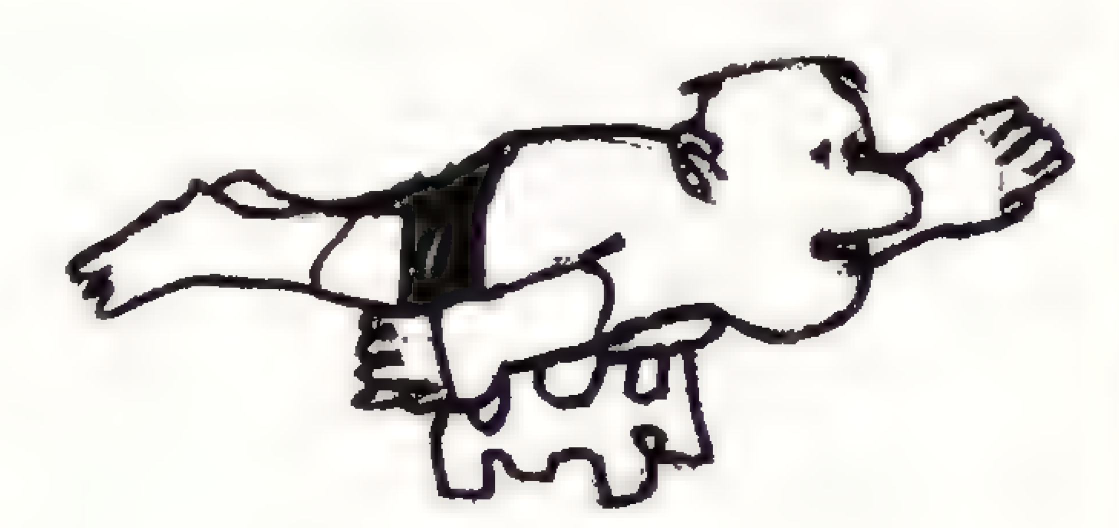
Um so erstaunlicher ist die Rolle, die er zu spielen versucht. Es dürfte noch in guter Erinnerung sein, wie Zech beispielsweise versuchte, den allseits hochgeachteten Mainzer Universitätspräsidenten, Professor Schneider, „abzuschießen", weil dieser der Dichterin Anna Seghers, gegen die Zech natürlich etwas hat, weil sie Kommunistin ist, im Rahmen der 500-Jahr-Feiern der Universtität Mainz die Ehrenbürgerwürde zugedacht hatte. Die Briefflut, die Zech damals an alle führenden Persönlichkeiten des Landes verschickte, war an Peinlichkeiten und Pressionsversuchen kaum noch zu übertreffen.

Zech hat sich natürlich auch im gegenwärtigen Arbeitskampf „profiliert": In Rheinland-Pfalz unterwarf sich kein Verleger so bedingungslos den Anweisungen der Verlegerverbände wie Zech. Kein Verlag des Landes hat die Aussperrung bislang derart radikal durchgeführt wie Zech. Während beispielsweise der Verlag der „Rheinpfalz" in Ludwigshafen den ausgesperrten Kollegen Lohn und Gehalt weiterbezahlte und auch die anderen Zeitungsverlage Konzessionen machten, um das Klima nicht noch weiter anzuheizen, ließ Zech noch am Freitag, 3. März, eine 84-Seiten-Ausgabe mittels Überstunden der Beschäftigten und Einsatz von Mitarbeitern zu berufsfremden Arbeiten herstellen. Am nächsten Arbeitstag, dem Sonntag, erhielten die Kollegen dann den Dank für ihre Einsatzbereitschaft: Sie wurden ausgesperrt und erhielten bislang keinen Lohn.

Zech brachte viele unserer Gewerkschaftskollegen in Gewissensnöte, weil sie unter Druck gesetzt wurden, während der Aussperrung, die sie nicht zu verantworten hatten, an einer Notausgabe arbeiten zu müssen. Dabei gab es keinen vernünftigen Grund, an jenem Sonntag keine Normalausgabe herzustellen." Nun hat Zech in einem Brief an die Mitarbeiter des „Kurier" zu recht darauf hingewiesen, daß es während des Arbeitskampfes zu „Übergriffen und Übertreibungen" gekommen sei. Dies gilt für Zech selbst jedoch zuerst. Wir lassen uns nicht provozieren. Aber wir meinen:

Zech schadet mit seiner Profilierungssucht als Scharfmacher der Mainzer Verlagsanstalt mehr als er ihr nützen kann. Ein Mann mit mehr Weitblick und Einfühlungsvermögen wäre für uns alle besser.

Verantwortlich für die Notzeitung für Mainz und Umgebung: Klaus Schrinher, IG Druck und Papier, Kaiserstr. 26-30, 6400 Mainz







"Brüder, zur Sonne, zur Freiheit, Brüder, zum Lichte empor!"

NACH DEM STREIK: BLUMEN UND SEKT VON SPRINGER

HAMBURG
22. März 78

Eine Angestellte bei Springer berichtet: (Siehe auch ID 221)

"In dem ganzen Streik ist Springer ziemlich außen vor geblieben. Bei der Urabstimmung hatten 86 % für Streik gestimmt, und während der Aussperrung waren immer 20 Kollegen vor dem Eingang – also das Interesse war schon da, aber die Kritik am Raster-Tarifvertragsentwurf, die im Hamburger Ortsverein stark war, ist bei Springer kaum reingekommen. Von 3000 Angestellten bei Springer sind bislang nur ca. 80 in der Gewerkschaft Druck und Papier, weitere ca. 250 in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft organisiert.

Während der Aussperrung kamen Briefe von Alleinvorstand Peter Tamm, dem Stellvertreter des Bosses: Die Gewerkschaft hätte 'Geiselbetriebe' genommen; jetzt gelte es, als 'Solidargemeinschaft' diese Betriebe 'freizukämpfen'. Dazu dunkle Drohungen: der Streik gehe an die Substanz des Unternehmens. Noch am 17. März waren bei den Angestellten Unterschriften für das Ende des Streiks gesammelt worden. Es kam auch reichlich was zusammen, denn viele hatten Angst, nicht zu unterschreiben, aber wegen des Abschlusses wurde darüber nichts mehr veröffentlicht.

Gestern gab es freies Mittagessen; zum Arbeitsbeginn stand auf allen Schreibtischen ein Blumenstrauß, und bei den Männern außerdem ein Fläschchen Sekt!

Warum Springer sich so einschmeichelt? Die neue Technik ist kräftig im Vormarsch. Mittlerweile stehen bei Springer über 70 Bildschirme. In der Buchhaltung werden 60 knapp 100 Arbeitsplätze demnächst herausrationalisiert. Dort machen sie bereits die programmierte Texterfassung; demnächst kommt sie im Anzeigenbereich – und dann im ganzen Haus.

Was mit dem Vertrieb passiert, wissen wir noch nicht. Es gibt eine amerikanische Firma (mit deutscher Tochtergesellschaft), 'Neodata'. Bei dieser Firma können 80 Kollegen 20 Millionen Abonnements bearbeiten! Gruner & Jahr mit seinen 1,2 Mio. Abonnements ist bereits darauf eingestiegen. Das aber ist für die Kapazität von Neodata, für ihr unheimliches System, das in Deutschland noch gar nicht bekannt ist, zu wenig. Also würde es sich anbieten, daß sie Springer dazunehmen. Die Geschäftsleitung bestreitet, daß sie eine solche Auslagerung plant. Wir werden sehen, was kommt. Auf jeden Fall sind die Leute aus dem Anzeigenbereich heute schon mit der IG Druck solidarisch, während die Vertriebskollegen auf die elegante Tour davonzukommen hoffen.

1980 soll Springer in einen supermodernen Neubau einziehen. Dann werden die neuen Techniken wahrscheinlich voll eingesetzt und reichlich Arbeitsplätze aufgefressen."

Kontakt: über ID – Stichwort Betrieb.



Druckerdemonstration in Frankfurt, 17. März: 6000 hörten auf dem Römerberg Detlef Hensche vom Hauptvorstand klassenkämpferisch reden und marschierten mit viel Beifall am besetzten Rundschauhaus vorbei. Die Parole "Der Boss gehört in'n Knast gesperrt, das Ferkel hat uns ausgesperrt" sollte auch an die kurze Besetzung der Frankfurter Druckerei Weisbecker erinnern, wo die Bullen geräumt hatten.









METALL: SCHWERPUNKTSTREIKS UND "LEICHTPUNKTSTREIKS"

MANNHEIM 16. März *Als die Metall-Unternehmer gestern die Aussperrung für den nächsten Montag ankündigten, nahmen sie die Angestellten aus. Sie sollten weiter in den Betrieb kommen, vielleicht mit diesem und jenem beschäftigt werden, vielleicht mit einer Flasche Schnaps unterhalten werden wie in so manchem Druckbetrieb in letzter Zeit. Nach zwei oder drei Tagen wären sie vielleicht stillgelegt worden, wegen Arbeitsmangel. – Die Angestellten beschlossen aber heute morgen in zahlreichen Betrieben Mannheims, ab Montag in den Streik zu treten.*
Wir unterhielten uns mit einem Betriebsrat bei Daimler-Benz.

"DENEN DA OBEN ZEIGEN WIR'S MAL"

ID: Wie sieht's denn hier im Betrieb mit Runterstufungen aus? Darum geht's doch im Streik.

Betriebsrat: Also hier im Betrieb, im Großbetrieb, da gibt's ja bereits die Sicherungen. Im Kleinbetrieb wäre das viel nötiger. Hier muß je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit bis zu zwei Jahren der alte Lohn weitergezahlt werden, wenn ein Arbeitsplatz verändert wurde – oder der Betrieb muß einen anderen gleichbezahlten und zumutbaren Arbeitsplatz finden. Das war nie ein Problem. Wir haben hier eine Fluktuation von 100 bis 200 Leuten im Monat, da ist immer was zu finden.

ID: Also betrieblich habt ihr das praktisch schon. Und wie ist es mit der Sicherung des Lohngefüges, d.h. mit der Forderung, daß die Arbeitsplätze des Betriebs insgesamt nicht runtergestuft werden dürfen?

Betriebsrat: Hier bei Daimler-Benz liegen sowieso die Effektivverdienste nah beieinander. In den letzten Jahren haben wir die unteren Lohngruppen weit stärker angehoben als die oberen gestiegen sind. Die untersten Lohngruppen sind praktisch leer. Unterhalb der Ecklohngruppe 6, wo der Facharbeiter anfängt, liegen nur noch 1,9 % der Belegschaft. Die wenigen Prozent der Belegschaft, die an den Bändern arbeiten (Bus- und Motorenfertigung), liegen übrigens darüber. Wir haben an den Bändern Arbeitsumfänge bis zu 90 Minuten, d.h. der Kollege geht mit dem Band ein Stück mit; wir haben keine kurz getakteten Arbeitsabläufe. (Der neue Lohnrahmentarifvertrag II von 1973 verbietet erstmals Taktzeiten von unter eineinhalb Minuten – ID). Der Daimler-Benz-Standardlohn, also das ist das Mindeste, was einer kriegt, liegt schon 43 % über dem Tarif. In den anderen Unternehmen sind viel mehr Leute in den unteren Lohngruppen eingestuft als hier.

ID: Habt ihr jetzt dequalifizierte Facharbeiter an den Bändern oder sonst auf Angelernten-Arbeitsplätzen?

Betriebsrat: Das weiß ich gar nicht, wir haben ja die analytische Arbeitsbewertung, und die bewertet die Tätigkeit, ob einer Facharbeiter ist oder nicht. In der Hochkonjunktur, da hatten sie ungelernte ausländische Arbeiter in den höchsten Lohngruppen.

ID: Heißt das, daß ihr das Problem überhaupt nicht habt, worüber der ganze Streik geht? Abgesehen von der Lohnerhöhung

Betriebsrat: Wir haben schon damit zu rechnen, daß der tarifliche Abschluß unter dem liegen könnte, was wir haben. Aber das ist nun einmal ein tarifpolitischer Dauerzustand, daß wir streiken, um tariflich nachzuholen, was in einzelnen prosperierenden Betrieben schon da ist. Macht euch deshalb keine falschen Vorstellungen von der Kampfbereitschaft der Kollegen. Es geht nicht nur darum, etwas zu erreichen, sondern die Stimmung ist: denen da oben zeigen wir's mal. 1973 war's doch genauso: es war keine Schwierigkeit, die Zeitlöhner und Angestellten zum Mitmachen zu kriegen, obwohl der Lohnrahmentarifvertrag II nur für die Akkordlöhner gilt.

ID: Die betrieblichen Regelungen sind wohl auch nicht so sicher ...

Betriebsrat: ... denn die Betriebsvereinbarungen hängen nur von der Stärke der Belegschaft ab; der Tarifvertrag ist juristisch viel mehr wert. Daher ist es uns gar nicht egal, daß unsere betrieblichen Regelungen auch tariflich abgesichert werden.

ID: Bring doch mal ein Beispiel, was ihr im Betrieb mit Arbeitsplatzveränderungen für Probleme habt.

Betriebsrat: Da gibt es laufend etwas. Am besten erzähle ich euch den Vorfall, der den Anlaß zu unserer verbesserten Betriebsvereinbarung gegeben hat, zu der Garantiezeit bis zu 24 Monaten. Anfang der 70er Jahre wurde ein neues Motorprüffeld eingerichtet. Die Lärmverringerung war enorm. Der Motor läuft jetzt in einer Kabine, der Prüfvorgang wird durch einen Kleincomputer gesteuert. Die 100 oder 120 Kollegen, die dort beschäftigt waren, verloren Geld durch die veränderte Bewertung ihrer Arbeitsplätze, etwa 70 Pfennig pro Stunde. Daraufhin haben wir für eine Absicherung gekämpft.

ID: Und was haben die Leute gemacht?

Betriebsrat: Zum Teil sind sie in dem verbesserten Motorenprüffeld geblieben und nehmen auf die Dauer einen Lohnverlust in Kauf. Zum Teil sind sie an andere Arbeitsplätze gegangen, wo sie den gleichen Lohn bekommen wie bisher.

WAS DIE BESTE ANTWORT IST

ID: Kannst du uns was darüber erzählen, wie es bei den Zulieferern und Kleinbetrieben aussieht?

Betriebsrat: Also die Kollegen in diesen Betrieben sind natürlich von der Abgruppierung noch ganz anders und viel schneller betroffen als wir hier mit unseren Betriebsvereinbarungen. Anfangs wurde deshalb auch mal diskutiert, die Schwerpunktstreiks bei einigen Zulieferern und kleineren Betriebn zu beginnen. Die Streikfront bei den Zulieferern würde absolut stehen. Gegen diesen Plan haben sich aber die Belegschaften der Großbetriebe gewehrt. 'Wir lassen uns nicht stillegen, weil der Nachschub von den Zulieferern nicht kommt, ohne daß wir selbst gestreikt haben', hat es geheißen. 'Euern "Leichtpunktstreik" könnt Ihr Euch an den Hut stecken'. So wurde beschlossen, einen Schwerpunktstreik in Stuttgart zu machen, mit Groß- und Kleinbetrieben drinnen.

ID: Weißt Du, ob es Druck gibt in Zuliefererbetrieben außerhalb von Stuttgart, in den Schwerpunktstreik einbezogen zu werden? Gibt es Warnstreiks?

Betriebsrat: Glaube ich nicht, im Moment meinen die Kollegen, der Steinkühler meint es ernst, die Organisation betrügt sie nicht; da akzeptieren sie die Taktik.

ID: Wo gab es denn Konflikte über die Taktik des Streiks?

Betriebsrat: Na ja, in der Frage, wie man auf die Aussperrung reagiert. Einige haben gesagt, die beste Antwort auf eine angekündigte Aussperrung ist überall Streik.

ID: Du auch?

Betriebsrat: Ja.

ID: Warum?

Betriebsrat: Weil die beste Antwort auf Aussperrung eben Streik ist. Da wartet man nicht ab. Aber die Organisation will da was über die Gerichte machen und über die Gesetzgebung in Richtung Verbot der Aussperrung. Die IG-Metall will auf Schadenersatz klagen wegen der Gelder, die sie an die Ausgesperrten zahlt, und einzelne Kollegen sollen Musterprozesse führen. Das wurde dann von uns akzeptiert. Na ja, und dann kann man den Punkt nennen, daß es zum Konflikt gekommen wäre, wenn das Gemauschel am letzten Wochenende in Frankfurt länger gedauert hätte. Aber jetzt, wo gekämpft wird, schließen alle zur Spitze auf.

Der Vorstand steht ganz schon unter Druck, von den Bezirksverbänden her. Besonders die Kollegen in Nordrheinwestfalen sind darauf aus, in den Streik einbezogen zu werden. Andererseits sagt man, die Unternehmer in NRW warten nur darauf, daß irgendwo ein wilder Streik beginnt, um einen Vorwand für die Aussperrung zu haben. Die Auftragsalge ist lau; und das ist eine gute Gelegenheit, der Kasse der IG-Metall empfindliche Schläge zu versetzen ohne große eigene Verluste. Auch zeigen ja die Apelle der Regierung, wieviel Druck sie gegen die Streiks ausübt. Es ist gar nicht sicher, daß der Streik lange durchhält. In diesem Streik nehmen zum erstenmal wieder Teile der Gewerkschaftsbewegung Fragen der kapitalisitschen Krise auf, die eigentlich als 'politische' Fragen gelten und um die sich bisher viele herumgedrückt haben. Der Streik wird zeigen, ob sich dieser Anfang halten konnte oder ob er ein letztes Ankämpfen war gegen die Folgen der kapitalisitschen Krise.

Zuständig für Solidaritätsadressen und nähere Information:
Zentrale Streikleitung, IG Metall-Bezirksleitung, Kanzleistr. 20, 7 Stuttgart 1, Tel. 0711/29 45 96, 29 56 72, 22 48 07

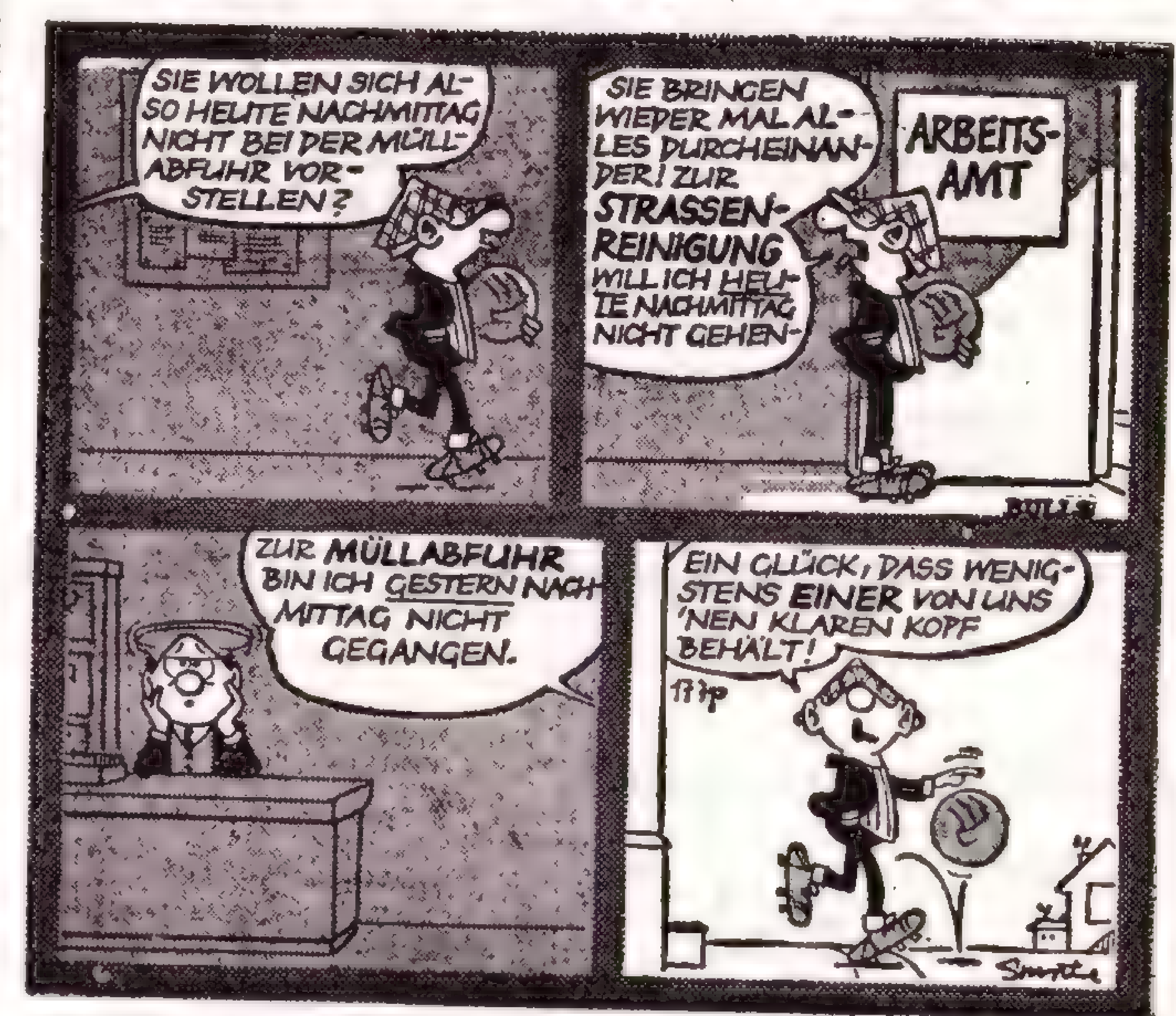
NASSKALTER STREIK

STUTTGART 22.März Es ist naß und kalt in Baden-Würtemberg. Der Streik findet zuhause statt. Es sind meist nur die Vertrauensleute der IG-Metall; stärker vertreten sind die Ausländer.

"Was sollen die Kollegen zum Werktor kommen. Weiß eh jeder von ihnen, daß kein Arbeiter kommt und Streikbrecher macht. Zuhause ist allerlei zu tun. Ein Fest gibt es bei dem Wetter am Werktor sowieso nicht," sagt der eine Kollge zum ID. Sagt ein anderer, IG-Metall-Funktionär:" Bei Daimler in Untertürkheim sind Angestellte als Streikbrecher reingekommen, weil nur so wenige Streikposten gestanden haben. Wo die DAG stärker ist als die IG-Metall gibt es viele Streikbrecher. Wo die IG-Metall stark ist, stehen viele Angestellte Streikposten, die streiken zum ersten Mal mit. Das ist wirklich ein Problem, daß die Kollegen zu Hause bleiben. Es ist schlimmer noch als '73. Die Gründe dafür müssen wir diskutieren - nach dem Streik." Der erste Kollge findet nicht, daß es es diesmal weniger sind als '73. "Man hätte eben mehr festmachen müssen für die Streiktage, als die Kollgen alle noch im Betrieb waren. An den ersten beiden Tagen waren ja auch noch mehr da. Aber dann kam das Gerichtsurteil, daß wir eine drei Meter breite Gasse lassen müssen für die Streikbrecher. Dann hats ja eh keinen Sinn, haben sich wahrscheinlich die Kollgen gesagt."

Ob sich der Abschluß bei der IG-Druck vielleicht auch auf die Lust ausgewirkt hat, etwas am Werktor zu machen? Die IG-Druck hat doch einer Regelung zugestimmt, die die Metall gerade durch die Sicherungskennzahl verhindern will. (Die Sicherungskennzahl bedeutet vereinfacht, daß das zahlenmäßige Verhältnis von Facharbeitern und Angelernten , das heute in einem Betrieb besteht, nicht zu Lasten der Facharbeiter verändert werden darf. Damit sollen die Unternehmen in ihrem Drang gehemmt werden, in den Betrieben so zu rationalisieren, daß sie nur noch die niedrigen Lohngruppen bezahlen müssen.) Wenn diese Sicherungskennzahl nicht durchkommt, brauchen sich unsere Kinder in der Schule nicht mehr anzustrengen. Warum sollen sie lernen, wenn es kaum noch qualifizierte Arbeitsplätze gibt, hat IG-Metall Bezirks-Vorsitzender Steinkühler in der Tagesschau gefragt.

Zweiter Kollege: "Na, ja, die Sicherungszahl steht sowieso nicht mehr zur Debatte. In der Tarifverhandlung am letzten Sonntag, als es nachmittags beinahe schon nach einer Einigung aussah, hat die IGM diese Forderung nicht mehr erhoben. Es ging nur noch um die kollektive. Die individuelle Absicherung soll dann in drei Phasen laufen. Erste Phase: der Betriebsrat muß informiert werden, welche Maßnahmen geplant sind, wieviele Abgruppierungen dabei rauskommen



und wer davon betroffen ist. Diese Information soll spätestens ein Jahr, bevor die Rationalisierungsmaßnahme in Kraft tritt erfolgen. Zweite Phase: die Rationalisierung beginnt. Für den betroffenen Kollegen muß nun noch mindestens ein Jahr der alte Lohn weitergezahlt werden, und zwar so, daß auch noch eventuelle Lohnerhöhungen während dieses Jahres ausbezahlt werden. Danach, in der dritten Phase, wird diese Lohnsumme nur noch absolut, d.h. nomiell garantiert. Der Kollege bekommt dann nicht mehr die Lohnerhöhungen seiner alten Lohngruppe, sondern in einem bestimmten Zeitraum werden die tariflichen Lohnerhöhungen mit seinem Nominallohn verrechnet."

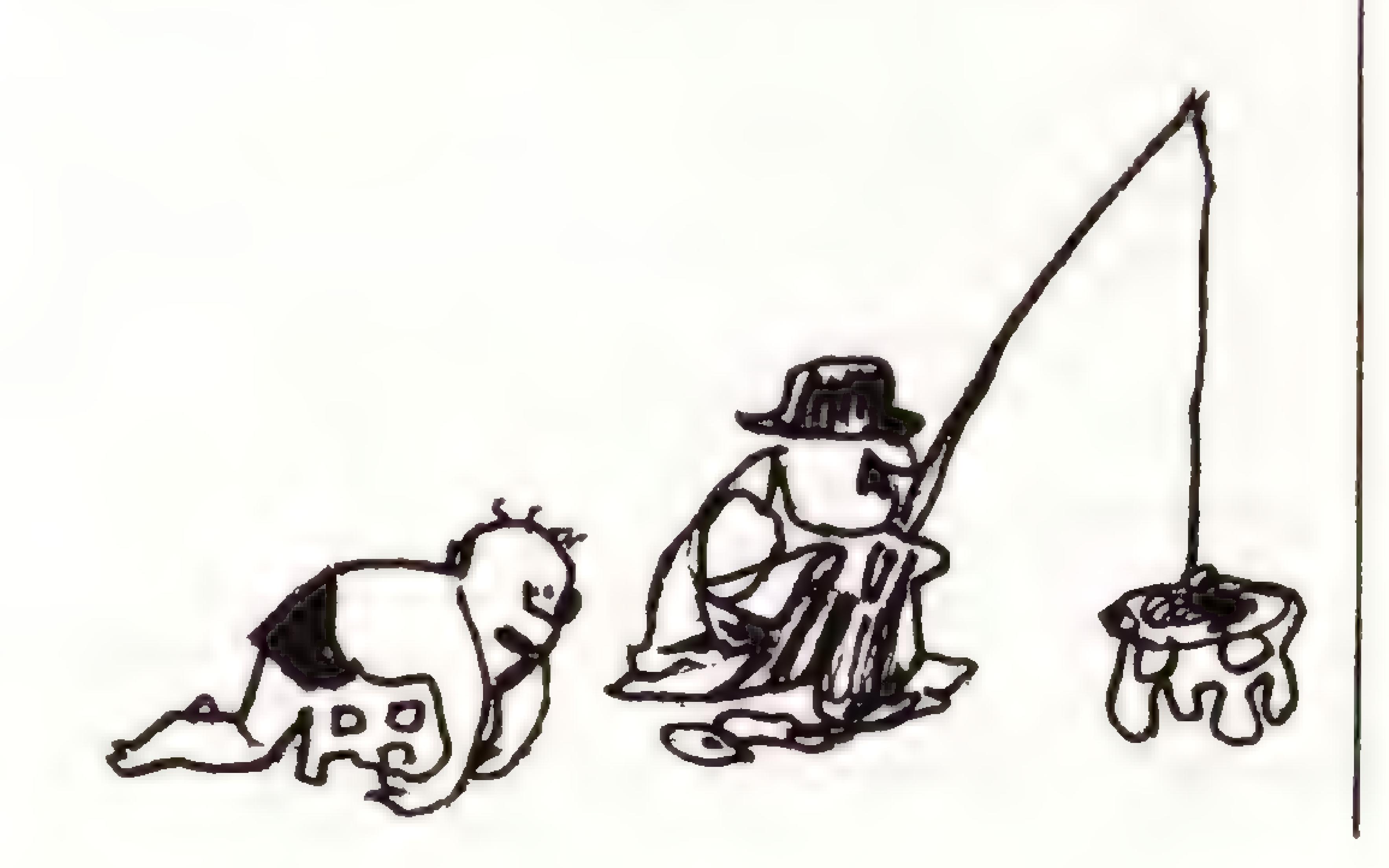
Das Bedeutet, die IGM fordert, die Abgruppierung soll erst nach einem Jahr beginnen, mehr nicht. Das ist weniger, als in manchen Betriebsvereinbarungen jetzt schon drinsteht.

Zweiter Kollege: "Das ist nicht ganz richtig. Wenn ein Kollege in der Zwischenzeit in die Alterssicherung kommt, soll da nichts mehr abgruppiert werden."

Erster Kollege: "Das war mir noch nicht bekannt, daß die individuelle Absicherung gegen Abgruppierung nur so kurz sein soll. Das wissen auch die Kollgen noch nicht, glaube ich. Das kann sich also noch nicht auf die Streiklust auswirken."

Die Kollgen in Nordrhein Westfalen wollen auch in den Streik einbezogen werden.

Zweiter Kollge: " Deswegen will die IG-Metall ja auch schnell zu einem Abschluß kommen. Die Unternehmer warten doch nur auf einen Warnstreik in NRW, um über Ostern ganz groß aussperren zu können. Das wäre sehr teuer für unsere Streikkasse. Das Problem muß grundsätzlich angegangen wer-



den."
Die Tarifverträge in den Bezirken müssen eben unterschiedliche Laufzeiten haben, dann kommt so etwas nicht vor. Was erwartet ihr von den anderen Gewerkschaften? Die ÖTV hätte doch jetzt auch Grund genug, zu streiken. Was erwartet Ihr Euch von der Bevölkerung?
Erster Kollege: "Ja mit der ÖTV und den anderen Gewerkschaften finden Veranstaltungen statt. Die Bevölkerung steht unseren Forderungen gegen Abgruppierung sehr positiv gegenüber, positiver als der Forderung nach Lohnerhöhung, glaube ich. In den Lokalausgaben der Zeitungen stehen ganz gute Stimmungsbrichte aus Streiklokalen und so, in den Leitartikeln wird gehetzt. – Was heißt "erwarten"?
Kontaktadresse: Streikleitung der IG-Metall, 7 Stuttgart

DIE BASIS WEISS ES BESSER

HEIDELBERG 22. März 78 Die Führung der IG Metall Heidelberg wollte für Gründonnerstagnachmittag einen Proteststreik ausrufen; vor allem, um die Arbeiter von Stotz-Kontakt, eine BBC-Filiale, zu unterstützen. Stotz-Kontakt ist der einzig ausgesperrte Betrieb in Heidelberg.

Trotz der großen Kampfbereitschaft der Arbeiter wurde der Gewerkschaftsführung von der Basis eine Lektion in Kampftaktik beigebracht. Die Leute der Gewerkschaftsspitze hatten offensichtlich ihren Kalender nicht dabei, als sie diesen Termin bestimmten. Sie waren sich nicht im Klaren, was eine Gründonnerstagaktion mit sich gebracht hätte, nämlich: Karfreitag und Ostermontag ausgesperrt und von den Unternehmern nicht bezahlt, Großverdienst also für die Unternehmer, kein Geld für die Streikenden wegen der Feiertage und kaum praktische Hilfe für die ausgesperrten Stotz-Leute.



HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

GENERALSTREIK? ? ?

HEIDELBERG 22. März 78 Alle 16 Einzelgewerkschaften des DGB werden am Donnerstag, den 30 März, zu Großkundgebungen aufrufen, zumindest in Württemberg/Nordbaden, sowie Nordrhein-Westfalen. Diese Kundgebungen werden im Laufe des Nachmittags stattfinden und könnten zu einem Kurz-Generalstreik werden: *Natürlich nur wenn alle Mitglieder den Aufrufen folgen.*

Der Erste Bevollmächtige der IG-Metall Heidelberg, Rudolf Bock, konnte bis zum Mittwochabend, (22. MÄrz) keine Auskunft darüber geben, ob der DGB auch in anderen Bundesländern ähnliche Veranstaltungen organisieren wird.

Auf einer Veranstaltung in Heidelberg sagte Bock am Mittwochabend, daß die IG-Metall größte Schwierigkeiten damit hat, hat, die Belegschaften nicht bestreikter und noch nicht ausgesperrter Firmen vom streiken abzuhalten. Überall bestehe die Bereitschaft, sofort in den Arbeitskampf zu treten. Er selbst sei dagegen, daß die Streiks auf wilde Streiks hinausliefen: "Ich würde das nicht begrüßen, weil ich 1969 noch in Erinnerung habe." Unter vielen Metallarbeitern besteht großer Unmut auch gegen die Gewerkschaftsführung, weil sie den Streikwillen drosselt.



Von der IG-Metall werden auf folgender Grundlage 8 % Lohnerhöhung verlangt: 4 % Inflationsrate, 4 % anerkannte Produktionssteigerung (Produktivitätsentwicklung). Bock betonte, daß nicht einmal eine Einkommensverbesserung verlangt wurde. Dennoch seien die Unternehmer nicht bereit, besonders was die Besitzstandsicherung betrifft, auch nur ermstzunehmende Vorschläge zu machen. "Es ist sinnlos, um Zehntelprozente zu kämpfen, wenn durch Rückstufung in untere Lohngruppen 10, 20 % des Gehaltes eines Arbeiters über Nacht verloren gehen."

Als Wolfgang Scheffel, der Bezirksvorsitzende der IG Druck und Papier, die (rethorische) Frage stellte, was man mit den Menschen mache, die im Produktionsprozeß nicht mehr gebraucht würden, rief ein Arbeiter dazwischen: "Ja, dafür haben sie ja die Neutronenbombe entwickelt!"

	Verstoß gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse	Gewerkschaftsschädigendes Verhalten im Zusammenhang mit Kampfmaßnahmen. Streikbruch.	Gewerkschaftsschädigendes Verhalten im Zusammenhang mit Betriebs- bzw. Personalratswahlen	Nichteinhaltung der Beitragszahlung	Keine Angabe	Versch.	Ausgeschlossene insgesamt pro Gewerkschaft
Insgesamt	411	11	15	16	82	52	587
IG Bau-Steine-Erden	3	7				2	12
IG Bergbau und Energie							Keine
IG Papier-Chemie-Keramik	20		3	16		33	72
IG Druck und Papier		2				1	3
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands						1	1
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	181				1		182
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft							Keine
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen	16				1	1	18
Gewerkschaft Holz und Kunststoff	1	2				1	4
Gewerkschaft Kunst							Keine
Gewerkschaft Leder							Keine
IG Metall					74		74
Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten	1				1		2
Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr	186		7			13	206
Deutsche Postgewerkschaft	3		5		5		13
Gewerkschaft Textil — Bekleidung							Keine

GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSE — SAUBER NACH GRÜNDEN GEORDNET

DÜSSELDORF 8. MÄRZ Die Abteilung „Organisation" im DGB gibt schon seit einiger Zeit Listen heraus, auf denen die Gewerkschaftsausschlüsse der letzten Jahre nach Ausschlußgründen aufgeschlüsselt werden. Es sind EDV-Listen. Die Listen sind allerdings nicht genau, sondern fehlerhaft. Folgende Angaben sind in diesen Listen gespeichert: Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum, Ausschlußgrund, Gewerkschaftszugehörigkeit.

Der Ausschlußgrund ist bei allen IG-Metall-Ausschlüssen nicht angegeben. Weiterhin dürften bei der IG-Metall in den letzten Jahren weitaus mehr Mitglieder als nur die angeführten 74 Mitglieder ausgeschlossen worden sein. Auch in dieser Gewerkschaft müßten eigentlich die Ausschlußgründe „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" und „Betriebsratswahlen" überwiegen.

Auch bei anderen Gewerkschaften wie etwa der Gewerkschaft Textil und Bekleidung oder der IG Bergbau und Energie sind sicherlich Ausschlüsse vorgekommen. Es kann sein, daß diese Gewerkschaften ihre Ausschlüsse dem DGB-Bundesvorstand nicht melden. Die Listen erhält jede Kreisverwaltung des DGB, um dann am Ort „Hilfsdienste" für die Einzelgewerkschaften zu leisten. Die Herausgabe dieser Listen erfolgt meist nach Bedarf, aber die Liste vom 30. 9. 1977 dürfte die neueste sein.

Kontaktadresse für alle, die die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht schlucken wollen: Kölner Russell-Initiative, c/o Kurt Holl, Werderstr. 21, 5000 Köln 1, Tel. 0221/52 38 42.

GEWERKSCHAFT UND VERFASSUNGSSCHUTZ

KIEL 8. März Zum zweiten Mal läßt sich die Zusammenarbeit der Gewerkschaft mit dem Verfassungsschutz nachweisen (siehe ID 188/89 zu DGB, Deutsche Postgewerkschaft und Verfassungsschutz). Daß der Verfassungsschutz die EDV-Listen des DGB über ausgeschlossene Kollegen hatte, war bekannt, aber nur schwer zu belegen. Daß eine Koordination im Vorgehen gegen das Russell-Tribunal in der BRD bestand, war deutlich, aber nicht nachweisbar. Jetzt aber folgender Fall:

Am 1.12.1977 war Manfred Schwanbeck als Gewerkschaftssekretär für die Bereiche Gesundheitswesen, Sozialarbeit, Wissenschaft und Forschung, Jugend und Privatwirtschaft von der ÖTV-Kreisverwaltung Kiel eingestellt worden. Am 9.2.78 wurde er mit einem sofortigen Arbeitsverbot belegt und zum 31.3. gekündigt. Die Kündigung brauchte nicht einmal eine schriftliche Begründung, da er sich noch in der Probezeit befand. Aber wenigstens mündlich wurde ihm der politische Grund mitgeteilt: Er gehöre einer Organisation an, die unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse falle. In einer persönlichen Erklärung erzählt Manfred Schwanbeck von den Umständen seiner Kündigung, denn anders als durch Briefe und Flugblätter konnte er keinen Kontakt mehr aufnehmen zu den Kollegen, an deren Arbeit er bisher immer teilgenommen hatte. Die Gewerkschaft selbst hatte es nicht nötig, ihrerseits über den Rausschmiß zu informieren.

Um die Behauptung, er falle unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, zu untermauern, wurden ihm Papiere vorgelegt, die er vor Jahren einmal verfaßt hatte. Unter anderem, erklärt er, „ein handschriftliches Konzept einer Faschismusanalyse, die ich auf Beschluß der DGB-Kreisjugendkonferenz für das DGB-Kreisjugendausschuß-Info erstellt hatte. Außerdem wurde mir vom Kollegen Schwalbach (ÖTV-Bezirksleiter Nordwest) offeriert, daß weitere 'Erkenntnisse' gegen mich vorlägen. 'Seine Leute' hätten ganze Arbeit geleistet! Die Beweise seien erdrük-

kend. Er teilte mir mit, daß ich vor meiner Einstellung überwacht worden sei; diese 'Ermittlungen' seien jedoch ergebnislos verlaufen. Man habe jedoch noch nach meiner Einstellung die Beobachtungen fortgesetzt und hier seien die bestehenden 'berechtigten Zweifel' an meinen politischen Ansichten und Tätigkeiten als begründet nachgewiesen worden.
In welcher Form hier vorgegangen wurde ist z.B. daraus ersichtlich, daß der Verfassungsschutz - vermutlich am 6.2.78 - in meiner Abwesenheit meine Wohnung aufgesucht hat, eine genaue Beschreibung anfertigte und meinen Schreibtisch durchsuchte.
Kollege Schwalbach äußerte mir gegenüber ferner, daß die 'Ermittlungen' fortgesetzt würden. Gerade, weil ich 'offensichtlich nur die Spitze eines Eisberges' sei."

Manfred Schwanbeck arbeitete über sechs Jahre in der Gewerkschaft, ehrenamtlich und mit Kollegen zusammen, deren Stimme nicht gilt, wenn er von der Gewerkschaftsführung vor die Tür gesetzt wird, und damit natürlich auch nirgendwo sonst mehr Arbeit findet. Denn der Öffentliche Dienst, das wiß schon jeder, kennt die Herren vom Verfassungsschutz mindestens ebenso gut.
Und die Drohung des ÖTV-Funktionärs Schwalbach, die Ermittlungen würden fortgesetzt, richtet sich gegen jeden Gewerkschaftler, der sich rührt. Was die Gewerkschaftsführung für gefährlich hält, das, was der Führung gefährlich werden könnte, wird verfolgt, bespitzelt, abgehört und ausgestrichen. Wer sich erkundigen möchte, ob er darunter fällt, der rufe in der alten Wohnung von Manfred Schwanbeck an, der selbst mittlerweile umgezogen ist: Es meldet sich dort, wo Manfred nicht mehr wohnt, ein Herr mit Namen Schwanbeck, zeichnet den Anruf auf und notiert sich den Anrufer. Denn: die Ermittlungen gehen weiter.

Kontaktadresse: Gewerkschaftlicher Unterstützungskreis, „Solidarität mit Manfred Schwanbeck", c/o Hans-Georg Schmidt, Holtenauer Str. 67a, 23 Kiel 1

DAS KLEINE MICKRIGE SÜSSE MÄDCHEN VON STORNO ELECTRONIC

FLENSBURG
22. März

Die Geschäftsleitung der Firma Storno-Elektrik hat wahrscheinlich fieberhaft überlegt, wie sie es nach ihrem verlorenen Prozeß vor dem Arbeitsgericht doch noch bewerkstelligen könne, die sechs linken Betriebsrätinnen loszuwerden. Nun ist ihr wieder mal ein Kündigungsgrund eingefallen.

Den sechs Frauen war schon mal im letzten Jahr gekündigt worden, nachdem sie alle in den Betriebsrat gewählt worden waren und sich dort sehr nachhaltig für die Belange der im Betrieb Beschäftigten einsetzten. Damals waren als Kündigungsgründe alle möglichen Veruntreuungen herangezogen worden, deren sich die Frauen schuldig gemacht hätten, unter anderem auch der Veruntreuung des Kantinenessens, das einige Frauen für ihre Ehemänner mit nach Hause genommen hatten: Matjeshering.
Die Frauen brachten daraufhin eine Broschüre zur Geschichte des Konflikts heraus, die sie für DM 2,-- verkauften (zu haben bei der Kontaktadresse am Ende des Artikels).

Die gekündigten Storno-Frauen (siehe ID 208) schreiben:

Am 27.2.78 sind wir sechs Frauen zum zweiten Male fristlos gekündigt worden. Zur Begründung mußten diesmal unser erstes Informationsrundschreiben und unsere Erklärung, die zur Solidarität mit uns aufruft, herhalten.
Das waren die Kündigungsschreiben:

„Hiermit kündigen wir das mit Ihnen bestehende Beschäftigungsverhältnis fristlos.

Wir haben am 14.02.1978 erfahren, daß Sie am 13.11.1977 ein Informations-Rundschreiben zur Vorgeschichte Ihrer fristlosen Kündigung unterzeichnet, verteilt und kürzlich auch mehreren Betriebsräten in Flensburger Betrieben zugesandt haben.

In diesem Rundschreiben werfen Sie unserer Geschäftsleitung bewußt wahrheitswidrig Unternehmenswillkür und undemokratisches Verhalten vor. Sie behaupten ferner bewußt wahrheitswidrig, die Geschäftsleitung habe bewußt Methoden der Terroristenhatz und Kriminalisierung angewendet. Diese ungeheuren Vorwürfe stellen eine grobe Beleidigung und Verleumdung der Geschäftsleitung sowie eine Geschäftsschädigung dar. Außerdem haben Sie in diesem Rundschreiben eine Gruppe von Mitarbeitern der Hetze beschimpft und dadurch den Betriebsfrieden gestört.

Der Betriebsrat wurde gemäß der gesetzlichen Vorschriften vor der fristlosen Kündigung angehört und hat zugestimmt.

Mit freundlichen Grüßen
Storno Electronic GmbH
- Personalabteilung -

Die Sache hat zwei Seiten. ERstens hat die Storno-Geschäftsleitung es offensichtlich nötig, einen neuen Kündigungsgrund nachzuschieben, da ihre Aussichten für die Berufungsverhandlung am 13. März in Sachen „Matjes und Erbsensuppe" wohl nicht gerade sehr rosig sind. Außerdem aber werden wir durch diese Kündigungsgründe noch weiter in die linke Ecke gedrängt. Vermutlich werden fast alle von uns sechs bis evtl. auf eine Kollegin auch gegen diese zweite fristlose Kündigung angehen.

Nun noch etwas zur Situation im Betrieb: Eine Kollegin und ein Kollege erhielten schriftliche Verwarnungen, mit der Begründung, sie hätten unsere Broschüre im Betrieb verkauft. Das sei gegen die Arbeitsordnung und würde den Betriebsfrieden stören. Im Wiederholungsfall wurde auch ihnen die fristlose Kündigung angedroht.

Wie Euch ja vermutlich bekannt, war am 25.2. unser Solidaritätsfest. Zwar blieb die Besucherzahl mit knapp 200 Personen hinter unseren Erwartungen zurück, doch vom Inhalt und von der Stimmung her war das Fest doch sehr schön. An dieser Stelle geht unser Dank nochmals an die Personen, die für unsere Prozeßkosten und die Rundbriefe gespendet haben.

Arbeitsgericht: Drei Kündigungen unwirksam !

Am 13. März hatten wir unsere Berufungsverhandlung. Drei von uns sechsen erhalten eine Abfindung in Höhe von 3.400 bis 3.500 DM. Das ist ein sehr hoher Betrag. Normalerweise würden nur 500 bis 700 DM gezahlt werden. Wir anderen drei namentlich Monika Bothsmann, Kathrin Kuphal und Gertrud Schmiedeberg haben den Prozeß gewonnen und erhalten Lohnnachzahlung. Das Gericht entschied, daß die Vorwürfe für eine fristlose Kündigung nicht ausreichen.

Wir wollen jetzt erklären, warum die drei Kolleginnen auf Abfindung gegangen sind. Da sie nicht wie die anderen drei zu den Betriebsratswahlen im Oktober 77 kandidierten, haben sie keinen besonderen Kündigungsschutz wie die anderen drei. Wer aber besonderen Kündigungsschutz genießt, kann nur aus schwerwiegenden Gründen und nur fristlos gekündigt werden. Bei diesen Dreien nun sind gleichzeitig zur fristlosen auch fristgemäße Kündigungen ausgesprochen worden. Während der Verhandlung merkte man sehr stark, daß der Richter von vorneherein, ohne daß etwa schon Zeugen gehört worden waren, davon überzeugt war, daß wir „unkorrekt" gehandelt hätten. Auch aus dem übrigen Ablauf der Verhandlung war zu ersehen, daß Storno mit einer fristgemäßen Kündigung durchgekommen wä-

re. Die drei Kolleginnen wären also sozusagen leer ausgegangen und hätten doch verloren. So ist es doch noch als Erfolg zu werten, daß Storno so tief in die Tasche greifen muß.

Zum Prozeßablauf muß man sagen, daß uns das Verhalten des Richters ziemlich befremdete. So bezeichnete er eine Kollegin, die als Zeugin geladen war, erst als klein und mickrig, dann als kleines, süßes Mädchen, daß nun aber ganz bestimmt die Wahrheit sagen müsse. Bei einer von uns Klägerinnen versuchte er im Privatleben rumzuwühlen, als sie nicht gleich sagen konnte, wie lange ihr Mann arbeitslos sei: „Man muß doch wissen, wie lange einem jemandem auf der Pelle liegt, oder leben Sie nicht mehr zusammen? " Außerdem war wie schon gesagt sehr deutlich, daß er uns von vorneherein für „schuldig" befand.

Nun wird es also so weitergehen, daß die drei, die gewonnen haben, auch gegen die zweite fristlose Kündigung angehen werden. Hierüber werden wir Euch natürlich weiter informieren.

Übrigens war bei dem Prozeß Dietmar Hambach vom Norddeutschen Rundfunk zugegen, der dann auch einen sehr schönen Beitrag in der „Umschau am Abend" brachte: „Da soll noch mal einer sagen, ein Abendessen im Maxim sei teuer! Hier kamen 2 Teller Erbsensuppe und ein Matjes auf über 2?.000 DM!" Auch in den Kieler Nachrichten und der Flens-?g Avis erschienen sehr wohlwollende Artikel.

Kontaktadresse: Gertrud Schmiedeberg, Große Str. 83, 2390 Flensburg, Tel. 0461 / 25 287

WIE KOMMEN DIE OPEL-KOLLEGEN ZU EINEM KAMPFBEREITEN BETRIEBSRAT?

BOCHUM 17. MÄRZ

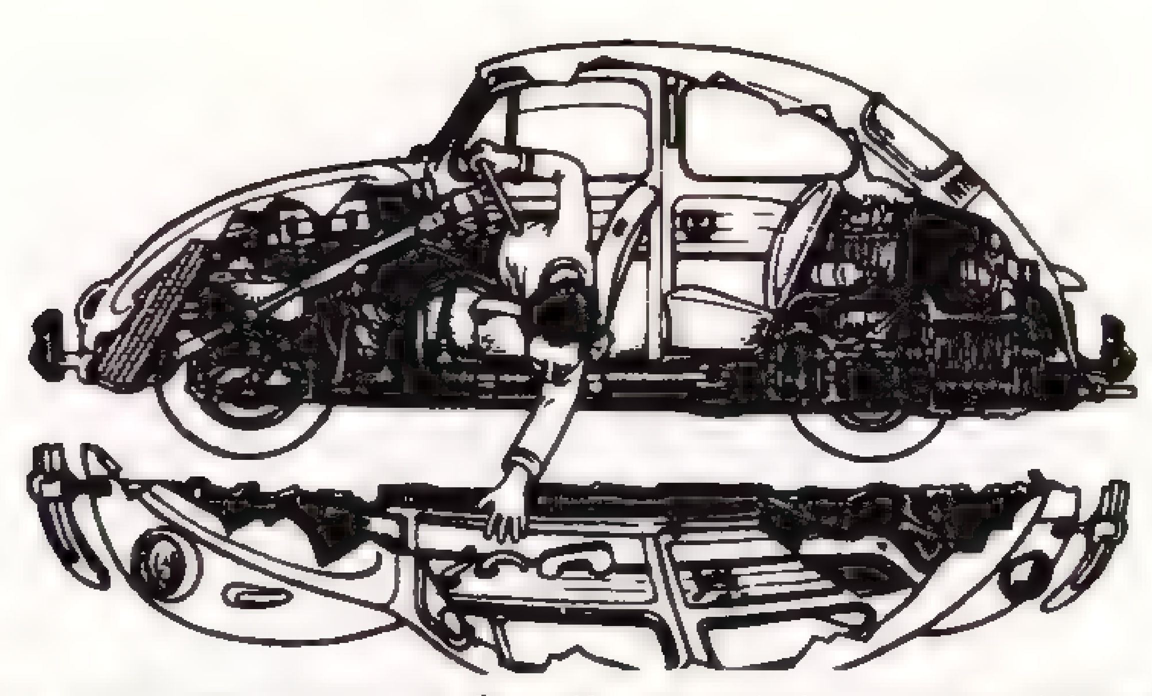
Die Gruppe oppositioneller Gewerkschaftler in der IG-Metall hat einen Diskussionsvorschlag zur Betriebsratswahl bei Opel-Bochum gemacht:

Wie können am 9. Mai aus über 16 000 Arbeitern die besten Kolleginnen und Kollegen für den Betriebsrat ausgewählt werden? Bisher wurde am meisten über die Form der Wahl diskutiert: die große Mehrheit der Belegschaft ist für die Persönlichkeitswahl, also alle Kandidaten auf einen einzigen ?ahlvorschlag, und jeder kann bis zu 34 ankreuzen.

Nachdem in der Vertrauensleute-Vollkonferenz am 26. Februar die IGM-Ortsverwaltung und Vertrauenskörper-Leitung durchgesetzt hat, daß am 19. März eine IGM-Liste aufgestellt und anschließend ausgegeben werden soll, weiß jeder: die Persönlichkeitswahl ist nur noch dadurch zu erzwingen, daß die verantwortliche Funktionäre ständig und von allen Seiten zu hören bekommen: „Wenn ihr durch Einreichen der IGM-Liste die Persönlichkeitswahl kaputt macht, kriegt ihr bei der Wahl wegen so einem Tritt gegen die Mehrheit der Belegschaft die entsprechende Packung.!"

Ob Persönlichkeitswahl oder Listenwahl - notwendig ist in jedem Fall: von jedem Kollegen und jeder Kollegin die für den Betriebsrat kandidieren wollen, müssen wir wissen, was sie im Betriebsrat erreichen wollen, für welche Forderungen sie sich einsetzen wollen und wie nach ihrer Vorstellung die Durchsetzung erreicht werden soll.

Wie vor der Wahl 1975 stellen wir euch hiermit einen Programmvorschlag zur Diskussion. Unserer Meinung nach ist es eine Verbesserung desjenigen Programms, mit dem die Betriebsräte der „Liste für die Belegschaftsforderungen" (Liste 2) 1975 angetreten sind. (Nachzulesen im ID 79. Damals gab's auf Anhieb 12 Sitze.)



Vorschlag zum Programm für die Betriebsrats-Wahl 1978

Aktuelle Forderungen der Belegschaft

1. Arbeitszeitverkürzung von 6 - 14 und 14 - 22 Uhr mit bezahlter Pause als erster Schritt zum 7-Stunden-Tag! (Entsprechende Arbeitszeit für die Normalschichtler)
2. Runter mit dem Arbeitstempo, Akkord ist Mord!
3. Keine Sonderschichten und Überstunden, stattdessen ausreichender Lohn ohne Mehrarbeit!
4. Gegen die Gesundheitsschädigung am Arbeitsplatz! Besonders ausreichende Klimaanlage und Lärmbeseitigung!
5. Keine Entlassungen! Voller Lohn bei Kurzarbeit! Gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf unserem Rücken!
6. Keine Zwangsumsetzungen! Kein Lohnverlust bei Umsetzungen! Gegen die Auswirkungen des 5,8 Mrd. Rationalisierungsprogramms!
7. Weg mit den Stempeluhren!
8. Keine Diskriminierung der ausländischen Kollegen und Kolleginnen! Menschenwürdige Wohnheime! Ausreichender Sonderurlaub für den Heimatbesuch!
9. Schluß mit der diskriminierenden Behandlung der Frauen, besonders durch Vorgesetzte!
10. Ausreichende Arbeitsplätze für Schwerbehinderte und für Kolleginnen und Kollegen mit werksärztlichen Einschränkungen ohne Lohnverlust!
11. Übernahme aller Lehrlinge in ihren Ausbildungsberuf nach Abschluß ihrer Lehrzeit!

GEWERKSCHAFTLICHE FORDERUNGEN DER GESAMTEN ARBEITERKLASSE

Über die aktuellen Belegschaftsforderungen hinaus gibt es Forderungen, die in einem Betrieb allein nicht durchsetzbar sind, sondern den Kampf der gesamten Arbeiterschaft erfordern. Wir Kollegen, die Betriebsräte werden wollen, wollen uns dafür einsetzen, daß gerade aus den Großbetrieben wie Opel der einheitliche Druck für diese dringenden Forderungen verstärkt wird.

1. 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich!
2. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, für Männer und Frauen, für deutsche und ausländische Arbeiter!
3. Für lineare Lohnerhöhungen!
4. Weg mit dem spalterischen Punktesystem!
5. Weihnachtsgeld als steuerfreies 13. Monatseinkommen!
6. 6 Wochen Mindesturlaub!
7. Erhöhung des Arbeitslosengeldes! Abschaffung der Sperrfristen! Bezahlung des Arbeitslosengeldes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!
8. Rechtliche Anerkennung aller Streiks! Streikrecht auch für Lehrlinge!
9. Gleiches Recht für deutsche und ausländische Arbeiter! Weg mit den diskriminierenden Ausländergesetzen!
10. Gegen die politische Unterdrückung! Für die volle Organisations- und Meinungsfreiheit der Arbeiterklasse!

ZUR DURCHSETZUNG DER FORDERUNGEN

„Berechtigte Forderungen,...aber wie setzen wir sie durch?" Auf diese Frage muß euch jeder Betriebsratskandidat antworten. Die Betriebsräte sollen nach dem Betriebsverfassungsgesetz arbeiten. Ist dieses Gesetz ein Hilfsmittel für die Belegschaft oder ein Hilfsmittel fürs Kapital zur Unterdrückung der Belegschaftsforderungen?

Die wesentlichen Paragraphen lauten:

§ 74: „Arbeitgeber und Betriebsrat haben Bestätigungen zu unterlassen, durch die der Arbeitsablauf oder der Frieden des Betriebes beeinträchtigt werden."

Hätten wir zum Beispiel 1970 das Weihnachtsgeld durch Verhandlungen des Betriebsrates mit der Geschäftsleitung am Grünen Tisch durchgesetzt? Nein! - Aber die Betriebsräte sollen mit diesem Paragraphen gezwungen werden, den gemeinsamen Kampf für unsere Forderungen zu verhindern! Mit Hilfe dieses Paragraphen sind schon viele kämpferische Kollegen entlassen oder verwarnt worden, die beim Streik oder bei Belegschaftsversammlungen für die Belegschaftsforderungen eingetreten sind!

Die Friedenspflicht muß weg! Keine Repressalien gegen kämpferische Kolleginnen und Kollegen!

§ 79: Hiermit sollen die Betriebsräte zur Schweigepflicht gezwungen werden.

Ist es im Interesse der Belegschaft, wenn zum Beispiel Betriebsräte in der nächsten Krise über anstehende Entlassungen unterrichtet werden und die Belegschaft nicht darüber informieren dürfen? Nein! Damit soll doch nur eine Gegenwehr der Belegschaft unterdrückt werden.

Die Schweigepflicht muß weg!

Die Verteidiger des Betriebsverfassungsgesetzes werden jetzt einwenden: „Aber der Betriebsrat hat doch auch Mitbestimmungsrechte!" - Das Beispiel der „Mitbestimmung bei Kündigungen" (§ 102) zeigt den Wert solcher Bestimmungen: Der Betriebsrat kann „Bedenken" anmelden oder „Widerspruch" einlegen, trotzdem aber kann der Unternehmer die Entlassung durchführen. Der betroffene Kollege soll sich auf das Arbeitsgericht verlassen!

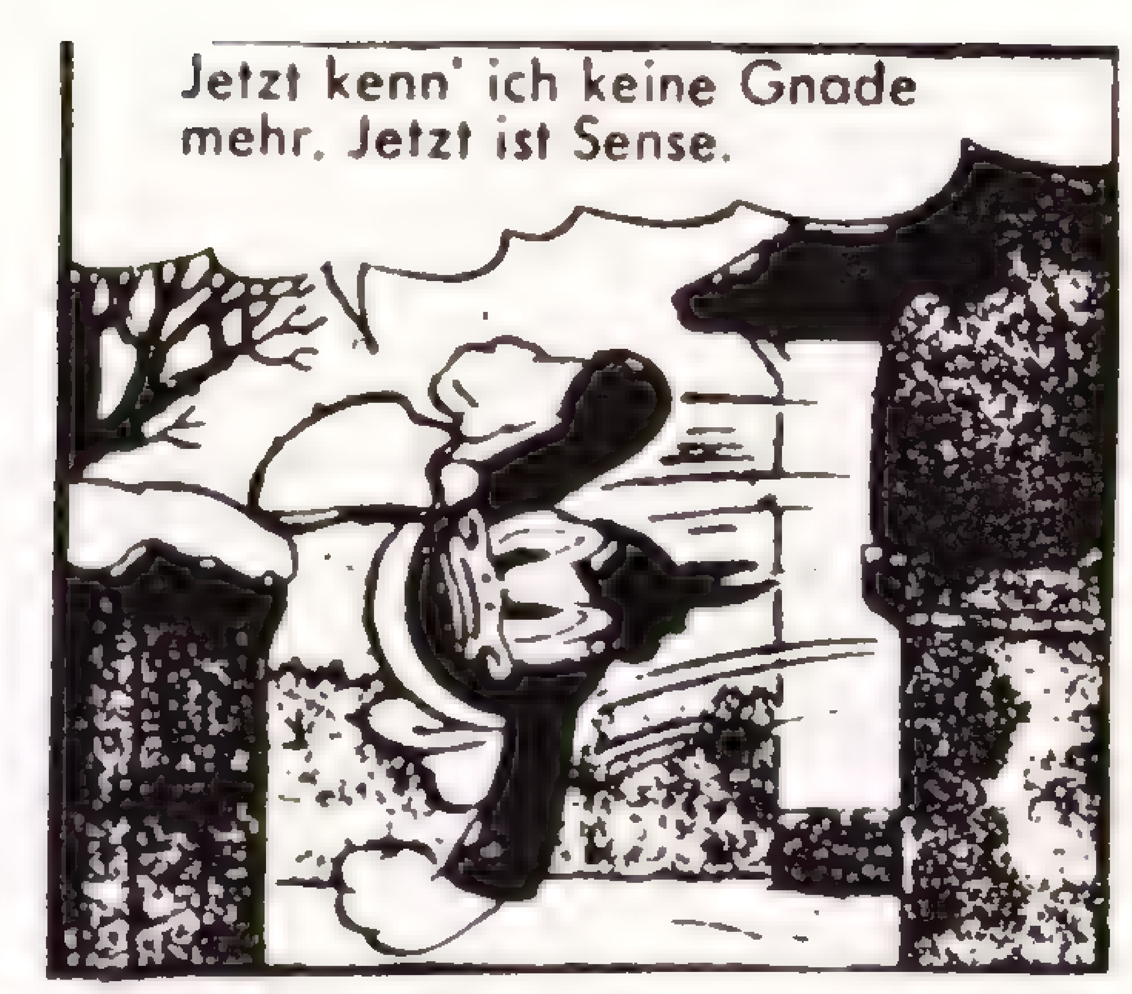
Ein kämpferischer Betriebsrat muß selbstverständlich jede gesetzliche Möglichkeit gegen den Unternehmer für die Belegschaft ausnutzen. Aber: das BetrVG legt bei allen sogenannten „Mitbestimmungsrechten" fest: „Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet die Einigungsstelle." (§ 87) Und daß die Einigungsstelle für die Durchsetzung unserer Forderungen kein Mittel ist, das hat die Belegschaft doch oft genug erfahren, zuletzt noch bei den Kantinenpreiserhöhungen.

Wollen sich aber Kollegen solidarisch gegen eine Maßnahme des Unternehmers wehren oder sich für eine Forderung einsetzen, dann soll der Betriebsrat durch das BetrVG gezwungen werden, eine solche Kampfbereitschaft abzuwürgen. Diese Verpflichtung zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit" (§ 2) des Betriebsrates mit dem Unternehmer ist der arbeiterfeindliche Kernpunkt des Betriebsverfassungsgesetzes.

Dagegen weiß jeder von uns durch Erfahrung: Das Kapital schenkt uns nichts. Die Durchsetzung unserer Forderungen hängt von unserem gemeinsamen Kampf ab. Wir brauchen Betriebsräte, die wissen: Auch eine noch so kampfbereite Betriebsratsmehrheit kann nicht stellvertretend für die gesamte Belegschaft am Grünen Tisch unsere Forderungen erzwingen. Nicht im Betriebsverfassungsgesetz sondern in der Einheit der Arbeiterklasse liegt unsere Stärke, unsere Forderungen durchzusetzen!

DER NOTWENDIGE EINHEITLICHE KAMPF ABER MUSS ORGANISIERT WERDEN!

Dazu hat sich die Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert die Gewerkschaft geschaffen. Jeder Betriebsratskandidat muß zum Kurs der Gewerkschaftsführung Stellung beziehen, wenn



er den gewerkschaftlichen Kampf voranbringen will.

Wir halten zum Beispiel bei der Tarifrunde folgenden Kurs für notwendig: Lineare Lohnforderungen, die sich in der Höhe nach den Bedürfnissen der Arbeiter und Angestellten richten! Ablehnung der Schlichtungsvereinbarungen! Kein Abschluß ohne Urabstimmung mit einfacher Mehrheit (statt der 75 % Regelung)!

Stattdessen stellt die Gewerkschaftsführung Jahr für Jahr spalterische Prozentforderungen auf, die die Ärmsten noch ärmer machen und sich in der Höhe nach der „gesamtwirtschaftlichen Lage" richten. Statt konsequenter Mobilisierung aller Gewerkschafter zum Lohnkampf erleben wir wochenlange Scheingefechte um Bruchteile von Prozenten.

Wir gehen davon aus, daß heute Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern für den 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich bereit sind zu kämpfen. Stattdessen bremst die Gewerkschaftsführung sogar den Kampf um Arbeitszeitverkürzung, indem sie zum Beispiel nicht die einheitliche Ablehnung von Arbeitszeitverlängerung durch Sonderschichten und Überstunden in allen Automobilwerken organisiert. (Bei VW, wo zahlreiche Sonderschichten genehmigt wurden, sitzt IGM-Vorsitzender Loderer im Aufsichtsrat!)

Zum konsequenten gewerkschaftlichen Kampf gehört selbstverständlich auch die internationale Solidarität.

Wer wie wir die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit der Gewerkschaftsführung mit dem Kapital angreift, und den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Angestellten gegen das Kapital mit voranbringen will, der muß heute mit dem Ausschluß aus der Gewerkschaft rechnen! Deshalb:

Gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Ausschlüsse kämpferischer Kolleginnen und Kollegen aus der Gewerkschaft! Für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kolleginnen und Kollegen!

FORDERUNGEN ZUR SOFORTIGEN VERBESSERUNG DER BETRIEBSRATSARBEIT

1. Keine Sonderzuwendungen für Betriebsräte! (Die Mitglieder des BR-Ausschusses hatten gut bezahlte Einzel-Arbeitsverträge, die Betriebsräte aus dem Zeitlohn 30 bzw. 32 Punkte, Durchschnitt ist 24 Punkte!)
2. Verbesserung der Belegschaftsversammlungen! (Zum Beispiel: schriftliche und übersetzte Rechenschaftsberichte; Mikrofone in den Saal) Die Belegschaftsversammlung muß im Werk bleiben!
3. Bessere Informationsarbeit und bessere Kontrolle der Betriebsratsarbeit! (Zum Beispiel: Teilnahme aller Betriebsräte an der Info-Stunde! Keine Verhandlung von Betriebsratsausschuß, Gesamtbetriebsrat usw. ohne vorherige Absprache mit der Belegschaft! Regelmäßige Informationsblätter!)
4. Jederzeitige Abwählbarkeit der Betriebsräte durch Stimmenmehrheit im Blockbereich! (auch die Ausschußmitglieder müssen Blockarbeit machen!)

LEITFADEN ZUR KANDIDATENWAHL

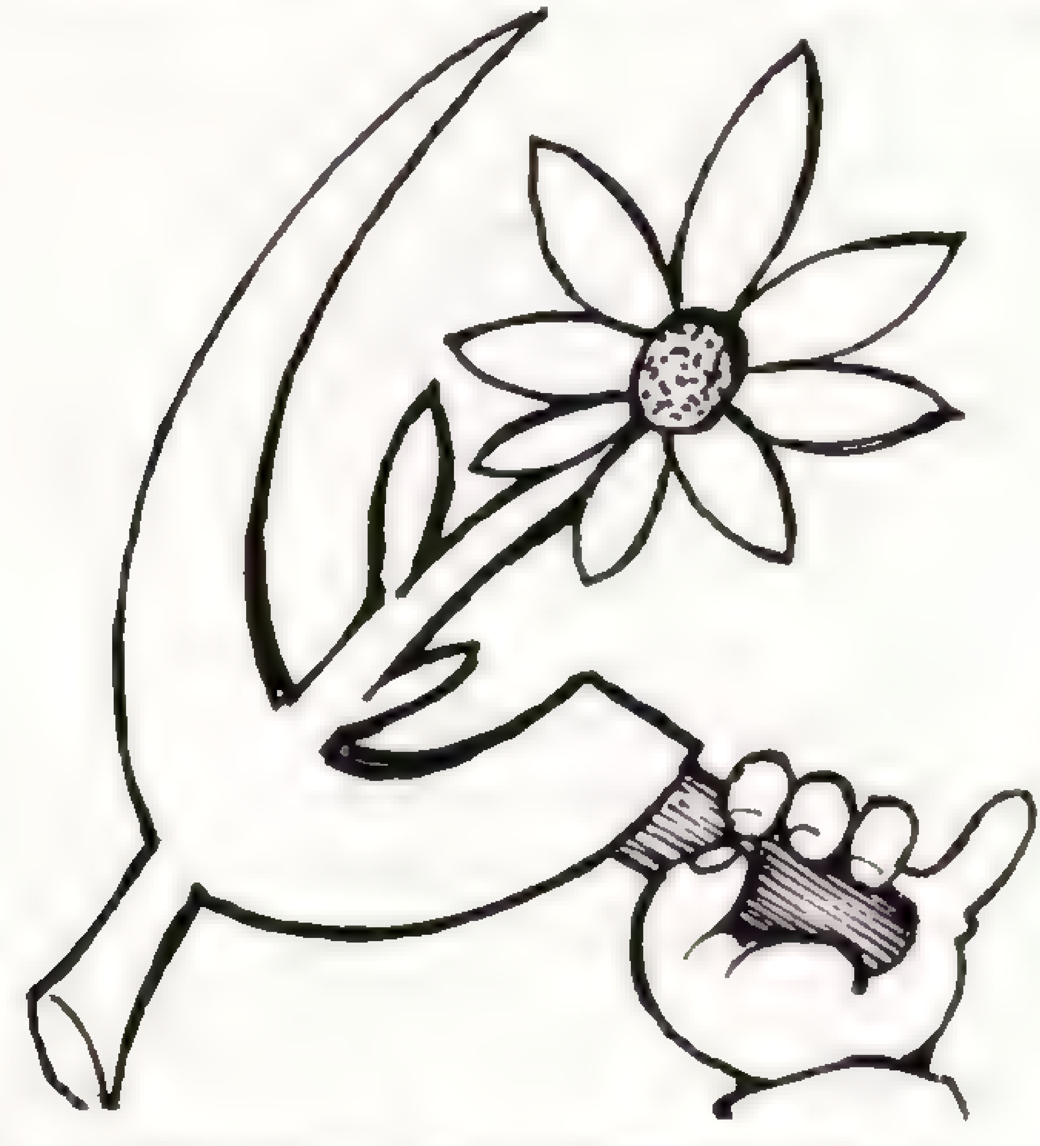
Es reicht nicht aus, daß Kolleginnen und Kollegen dieses Programm in Worten richtig finden. Gleichzeitig muß klar sein: Betriebsratskandidaten dürfen selbstverständlich das Betriebsratsamt nicht als Sprungbrett für ein bequemes Leben mißbrauchen wollen! Ganz im Gegenteil brauchen wir Betriebsräte, die sich bewußt sind, daß der Kampf für die Belegschaftsforderungen von jedem persönlichen Einsatz verlangt! Wir brauchen im Betriebsrat nicht Leute, die in erster Linie Paragraphen kennen oder Spezialisten für Tischgespräche mit Opel-Herren sind, sondern Kolleginnen und Kollegen, die in der Vergangenheit gezeigt haben, daß sie gemeinsam mit den Kollegen für die Arbeiterforderungen kämpfen wollen

Bei jedem Betriebsratskandidaten ist zu fragen:

1. wie hat er sich zum Beispiel beim Streik oder bei sonstiger Auseinandersetzungen verhalten?
2. Hat er Vorgesetzten gegenüber Mut gezeigt, für die Forderungen der Kollegen einzutreten?
3. Hat der Betriebsratskandidat das Vertrauen seiner Kollegen aus der Kolonne oder Abteilung?

Kolleginnen und Kollegen! Diskutiert unseren Programmvorschlag und macht selber Vorschläge zur Verbesserung. Ermutigt eure Kolleginnen und Kollegen zur Kandidatur auf dieser Grundlage. Sprecht die Betriebsräte der Liste 2 an!

Kontaktadresse: C. Donner Postf.: 250 221, 4630 Bochum



BUBACK-PROZESS IN GÖTTINGEN

MESCALERO VOR GERICHT

GÖTTINGEN 16. März

Am 6. März begann in Göttingen unter massivem Polizeieinsatz (vier Hundertschaften) der Buback-Prozeß. Die Staatsanwaltschaft machte den Staatsschutzcharakter des Verfahren deutlich, als sie bekanntgab, daß die ursprüngliche Anklage wegen § 189 (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener) und § 130 (Volksverhetzung) um die Paragraphen 90a (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) und 185 (Beleidigung) erweitert worden ist.

Am ersten Prozeßtag sagte der ehemalige Astavorsitzende aus, daß er den Abdruck des Artikels nicht zu verantworten habe, weil er erst drei Tage nach dem Erscheinen zum Astavorsitzenden gewählt worden sei. Er machte in seinen Einlassungen deutlich, daß der Buback-Nachruf von der Staatsanwaltschaft, Politikern und Journalisten als willkommene Einschüchterung der Massen auf der Höhe der Terroristenwelle mißbraucht worden ist. „Die öffentlich geäußerte Meinung eines namenlosen Studenten sollte vor allem benutzt werden, um die Universität Göttingen zum Zentrum des Terrors abzustempeln." Daß der Autor sich jedoch gleichzeitig vor allem gegen individuellen Terror ausgesprochen und sich für eine Gesellschaft ohne Gewalt erklärt hatte, sei von kaum einer öffentlichen Stelle registriert worden.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages wurde von einem Angeklagten der Antrag gestellt, das Polizeiaufgebot abzuziehen und die Kontrolle der Öffentlichkeit und Angeklagten einzustellen, weil der bisherige Prozeßverlauf keine Begründung für diese Maßnahmen gebe. Der Vorsitzende Richter erklärte, daß er nach wie vor von der Möglichkeit ausgehe, „daß die Angeklagten Waffen und Wurfgeschosse in den Gerichtssaal" bringen würden. Damit bestätigte der Richter die Annahme, daß er sich der Vorverurteilung der Angeklagten in der bürgerlichen Presse nicht entziehen konnte. Der folgerichtig gestellte Befangenheitsantrag wurde jedoch nach mehrstündiger Beratung abgelehnt.

Der damalige Chefredakteur der „Göttinger Nachrichten" stellte in seiner Einlassung am gleichen Tag fest, daß die Volksverhetzung nicht von dem Artikel, sondern von der gleichgeschalteten bürgerlichen Presse betrieben worden ist. Die Dokumentation mit dem vollen Wortlaut des Artikels und Analysen verschiedener Gremien, die das verdeutlichen, liegen inzwischen vor. Seiner Ansicht nach war dieser Artikel als ein nicht gerade gelungener Beitrag zur Diskussion um den Terrorismus, die als solche dringend notwendig gewesen sei, böswillig fehlinterpretiert worden und hatte so letztlich zu der Anklage geführt. Am vierten Prozeßtag äußerten die Verteidiger ihre Vorbehalte gegen das Fotografieren der Zuhörer und stellten den Antrag, dies zu unterlassen, da dies die Öffentlichkeit stark beeinträchtige. Mit der Auskunft, es handele sich um Belichtungsmessungen, wurde dieser Vorwurf zurückgewiesen. Schließlich konnte doch nachgewiesen werden, daß die Polizisten fotografiert und gefilmt hatten. Am fünften Prozeßtag mußte die Polizei alle Aufnahmen und Filme dem Richter zur Vernichtung übergeben.

Der Angeklagte Jürgen B., der zwar Mitglied der Redaktion der „Göttinger Nachrichten" gewesen ist, konnte in seiner Einlassung nachweisen, daß er bei dem Entscheidungsprozeß, der zur Veröffentlichung des Artikels geführt hatte, nicht mitgewirkt hat, weil er zu der Zeit anderweitigen Verpflichtungen nachging.

Anders der Mitangeklagte Hajo K., der als gewaltfreier Anarchist unter allen Umständen für Gewaltlosigkeit eintritt. Er sagte, daß er den Abdruck des Artikels in voller Kenntnis verantworte. Auch er äußerte Kritik an einigen Passagen des Artikels, jedoch stehe seine Position der des Mescaleros näher als der der öffentlichen Kritiker.

Nach den Einlassungen der Angeklagten stellte die Verteidigung den Antrag, fünf Gutachter zum Prozeß zuzulassen. Der erste genannte Gutachter, Prof. Gottschalch aus Bremen, wurde jedoch wegen Befangenheit abgelehnt, da ein gleichartiges Verfahren gegen ihn anhängig sei - und das, obwohl das Verfahren gegen die Berliner Herausgeber vom Landgericht in Berlin abgelehnt wurde. Auch die anderen Sachverständigen (Senator Glotz aus Berlin, Jürgen Seifert von der TU Hannover, Walter Jens, Professor für Rhetorik in Tübingen und Bernhard Achterberg, wissenschaftlicher Assistent in Göttingen) wurden von Gericht und Staatsanwaltschaft einmütig abgelehnt. Für alle wichtigen Fragen, wie Analyse, Einschätzung und Wirkung des Buback-Nachrufs betreffend, und für die Frage, ob seine Veröffentlichung im Rahmen der Informations- und Meinungsfreiheit rechtens war, erklärte sich das Gericht selbst für sachkundig genug.

Mit diesem Coup scheint Richter Staron seine in der Öffentlichkeit stark in Zweifel gezogene Souveränität wiederherstellen zu wollen. Erstaunlicher fast noch als die nahezu bedingungslose Übernahme der Argumente der Staatsanwaltschaft ist bei diesem Vorgang die Selbstherrlichkeit, mit der das Gericht wissenschaftliche Gutachten für puren Firlefanz und für die Wahrheitsfindung völlig unerheblich abstempelt. Erschreckend ist die Arroganz und die Ignoranz, mit der das Gericht all diese Probleme, die immerhin ein Jahr Gegenstand nicht nur

der universitären sondern der öffentlichen Diskussion waren und in denen weit in die bürgerlichen Parteien hinein Widersprüche aufgebrochen sind, schlichtweg für irrelevant erklärt, wohl wissend, daß unter Berücksichtigung dieser Diskussion ein Urteil gegen die Angeklagten nur sehr schwer zu holen wäre.

Dieser Skandal, mit dem das Gericht versucht, eine sinnvolle Verteidigung im Keim zu ersticken, wird ganz sicher von der Verteidigung nicht hingenommen werden, ganz abgesehen von der öffentlichen politischen Wirkung, die ein derartiges Vorgehen der Justiz haben wird.

Der Prozeß wird Dienstag nach Ostern fortgesetzt.

STRAFVOLLZUGSAMT MUSS GEFEUERTE SOZIALPÄDAGOGEN WIEDER BESCHÄFTIGEN

HAMBURG 13. MÄRZ *Pressemitteilung des Rechtsanwalts:*

Im April 1977 verweigerten Gefangene der Jugendanstalt Vierlande zehn Tage lang das Mittagessen, nachdem ein Stück Fell mit langen schwarzen Haaren im Essen gefunden worden war. Im Zuge der nachfolgenden Ereignisse wurde allen vier in der Anstalt tätigen Sozialpädagogen, die die von den Gefangenen gemeinsam getragene Essensverweigerung für berechtigt gehalten hatten, gekündigt.

Am 7. 12. 1977 stellte das Arbeitsgericht Hamburg fest, daß die Kündigungen nicht gerechtfertigt waren und verurteilte das Strafvollzugsamt, die Sozialpädagogen in Strafanstalten mit Ausnahme der Jugendanstalt Vierlande weiter zu beschäftigen. Das Strafvollzugsamt weigerte sich am 8. 12. 1977 zunächst, die Sozialpädagogen zu beschäftigen. Erst als am 12. 12. 1977 das Urteil dem Strafvollzugsamt zugestellt worden war und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen drohten, gab die Behörde den Sozialpädagogen am 13. 12. 1977 das theoretische Thema ‚Sozialarbeit in Justizvollzugsanstalten' zur Bearbeitung. Dabei stellte sie ihnen frei, diese Arbeit in Bibliotheken oder zu Hause anzufertigen. Das im Sommer 1977 ausgesprochene Verbot, die Hamburger Strafanstalten zu betreten oder Briefe an Gefangene zu schreiben, hielt sie aufrecht.

Gleichzeitig legte das Strafvollzugsamt Berufung gegen das Urteil des Arbeitsgerichts ein und beantragte beim Landesarbeitsgericht, daß die Zwangsvollstreckung aus diesem Urteil vorläufig eingestellt würde. Als unersetzlichen Nachteil, der ihr durch die Weiterbeschäftigung drohe, nannte die Behörde unter anderem:

„.....zum anderen würden die beiden Kläger Unruhe in die Gefängnisse bringen und damit die Sicherheit und Ordnung stören. Sie haben nach ihrer Entlassung versucht, über Besuchserlaubnisse in die Anstalt zu gelangen. Die Beklagte war mit Rücksicht auf die der Wiedereingliederung von Gefangenen und der Sicherheit und Ordnung in der Anstalt zuwiderlaufenden Aktivitäten der Kläger gezwungen, alle Anstaltsleitungen umfassend zu informieren und darum zu bitten, Besuchserlaubnisse zu verweigern. In den Anstalten weiß man also bereits von dem Verhalten der Kläger im Dienst, und es kann den Anstaltsmitarbeitern nicht zugemutet werden, mit den Klägern zusammenzuarbeiten....."

Dieser Antrag wurde vom Landesarbeitsgericht am 22. 12. 1977 abgewiesen.

Am 31. 1. 1978 drohte schließlich das Arbeitsgericht dem Strafvollzugsamt ein Zwangsgeld von täglich 400 DM pro Sozialpädagogen an, falls das Strafvollzugsamt auch nach dem 1. 3. 1978 die Sozialpädagogen entgegen dem Urteil nicht in einer Vollzugsanstalt beschäftigen würde. Als über die Beschwerde gegen diesen Beschluß Ende Februar noch nicht entschieden war, erklärte sich das Strafvollzugsamt bereit, die Sozialpädagogen von ihrer „Hausarbeit bei voller Gehaltszahlung" abzulösen und sie ab 1. 3. 1978 in der Jugendarrestanstalt Wandsbek bzw. der JVA Glasmoor zu beschäftigen. Dort sind sie derzeit noch tätig, ohne daß es zu den vom Strafvollzugsamt prognostizierten Konflikten mit den Mitarbeitern gekommen ist.

Das Vorgehen des Strafvollzugsamts macht deutlich, wie die Behörde ihre Fürsorgepflicht gegenüber den bei ihr immer noch angestellten Sozialpädagogen wahrnimmt. Kennzeichnend für diese Haltung ist auch, daß die Sozialpädagogen vor Antritt ihrer neuen Tätigkeit ihre Dienstausweise abgeben mußten und neue, bis zum 31. 3. 1978 befristete, erhielten, die nur zum Betreten der Anstalt berechtigten, in der sie tätig sind.

Kontakt: Rechtsanwalt Michael Alex, Friedensallee 48, 2 Hamburg 50

'HAFTKONTROLLE' BEI RONALD FRITSCH

BERLIN 20. März — Rainer Efferding, Rechtsanwalt von Ronald Fritsch, 1 Berlin 36, Cuvrystr. 33, Tel. 030/ 612 30 33, teilt mit:

"Als Verteidiger des Untersuchungsgefangenen Ronald Fritsch in zwei Strafverfahren vor dem Landgericht Berlin wegen Körperverletzung und Beleidigung zum Nachteil des Ersten Staatsanwaltes Weber bzw. des Vorsitzenden Richters am Landgericht, Dr. Seidel, teile ich folgendes mit:

Mein Mandant unterliegt der sogenannten "Haftkontrolle" des 1. Strafsenates des Kammergerichts – Vorsitzender Richter am Kammergericht Geus – in dem Strafverfahren wegen der "Lorenz-Entführung" u.a., in dem mein Mandant Mitangeklagter ist; von mir wird Herr Fritsch lediglich in zwei weiteren gegen ihn anhängigen Strafverfahren vor dem Landgericht Berlin verteidigt, von denen sich das eine im Revisionsverfahren befindet, während in dem anderen eine Hauptverhandlung am 29. März 1978 stattfinden soll.

§ 148 StPO garantiert mir – auch in diesen weiteren Strafverfahren – den jederzeitigen ungehinderten und freien Zugang und Verkehr mit meinem inhaftierten Mandanten. Der die Haftkontrolle ausübende Vorsitzende Richter am Kammergericht, Herr Geus, der sonst für die bei dem Landgericht Berlin anhängigen Verfahren nicht zuständig ist, behindert derzeit meinen freien Zugang zu Herrn Fritsch dadurch, daß er am 3. März 1978 angeordnet hat, daß Verteidiger, welche die im "Lorenz-Verfahren" Angeklagten in anderen Strafsachen vertreten, n[illegible]erdings für jeden einzelnen Besuch bei den Gefangenen einen neuen, jeweils einzeln zu beantragenden und zu erteilenden Sprechschein des 1. Strafsenats des Kammergerichts benötigen; die Ausstellung von Dauersprechscheinen wird von Herrn Geus verweigert.

Die Beamten in der Untersuchungshaftanstalt Moabit halten sich strikt an diese Anordnung und verlangen bei jedem Besuch die Vorlage eines neuen Sprechscheines; die Vorlage der Strafprozeßvollmacht, die bei anderen Gefangenen stets ausreicht, wenn einmal eine Sprecherlaubnis erteilt war, reicht hier nicht mehr. ...

Eine ordnungsgemäße Verteidigung ist wegen dieser Einmischung des Herrn Geus derzeit nicht möglich. Überdies stellt sich diese Anordnung des Herrn Geus als Diskriminierung einer Reihe von Verteidigern dar, die hiervon betroffen sind, sowie als Versuch, quasi eine Art "Verteidiger 2. Klasse" zu schaffen, für die § 148 StPO nicht ohne weiteres gilt, sondern die vor jedem Besuch bei ihrem inhaftierten Mandanten erst erneut untertänigst eine Sprecherlaubnis beantragen und auf eine entsprechende Entscheidung eines Richters, der mit "ihrem" Verfahren eigentlich gar nichts zu tun hat, sich verweisen lassen müssen.

Ich habe heute wegen dieses Verhaltens des Herrn Geus mich mit der Bitte um Unterstützung an die Rechtsanwaltskammer Berlin und an die Vereinigung Berliner Strafverteidiger gewandt. Außerdem habe ich gegen Herrn Geus Dienstaufsichtsbeschwerde beim Präsidenten des Kammergerichts erhoben. Die Rechte der Veteidiger politischer Gefangener werden bereits durch den Gesetzgeber mehr als hinnehmbar eingeschränkt; es darf nicht zu gelassen werden, daß einzelne Richter diesen Prozeß noch auf eigene Faust über das hinaus weitertreiben, was die Strafprozeßordnung heute bereits an Einschränkungen von Verteidigerrechten zuläßt."

ARBEITERWOHLFAHRT: DOLCHSTOSS FÜR SOZIALARBEIT!

KARLSRUHE 20. März Immer häufiger versucht in letzter Zeit die Arbeiterwohlfahrt (AWO) (siehe auch ID Nr. 163, 166, 183) ihren Verband gesinnungsmäßig zu säubern. Betroffen davon sind Sozialarbeiter und Praktikanten, die sich für die Interessen der "sozial Schwachen" einsetzen. Ihnen wird allen vorgeworfen, sie hätten dem Ansehen der AWO geschadet. Daß sie gute Sozialarbeit geleistet haben, wie die Betroffenen immer wieder bezeugen, wird von der AWO nicht anerkannt.

So wurde letztes Jahr kurz vor Abschluß seines Praktikums in Kleinseeäcker der Praktikant Bernd S. entlassen, weil er auf einem Plakat die Unterbezahlung der Praktikanten durch die AWO angeprangert hatte.
Am 16.2.78 wurde dem Sozialarbeiter Erich Berner zum 31.3. 1978 gekündigt. In jahrelanger mühsamer Kleinarbeit hatte er sich das Vertrauen der Bewohner von Kleinseeäcker – einer Obdachlosensiedlung hinter Bulach – erworben. Sie wissen, an ihn können sie sich vertrauensvoll wenden.
Nun versucht die AWO mit einem Sammelsurium fadenscheiniger und an den Haaren herbeigezogener Argumente den Bewohnern Kleinseeäckers ihren Sozialarbeiter zu nehmen. Diese aber wollen ihn nicht verlieren, denn "eine bessere Arbeit als die von Erich Berner können wir uns nicht vorstellen."
Was dem AWO-Vorstand wirklich stinkt, verschweigt er feige: Durch die Arbeit Erichs wurden die Bewohner befähigt, ihre Rechte gegenüber den Ämtern und der "Sozial"bürokratie wahrzunehmen. Sie ließen sich nicht mehr abwimmeln. Das ärgert die Ämterchefs natürlich. Da der AWO-Vorstand mit diesen Herren auf Du steht, ärgert er sich auch. Doch das kann er ja nicht zugeben.
Nun weiß der AWO-Vorstand nur zu gut, daß seine Vorwürfe nicht ziehen, und versucht deswegen Erich Berner aufgrund seiner politischen Einstellung zu feuern. Er soll sich zumindest als Anhänger des KBW zu erkennen gegeben haben." Zu dieser Berufsverbotspraxis meinen die Bewohner Kleinseeäckers: "Die Nazizeit ist vorbei. Wir können wählen was wir wollen. Wir lassen uns von der AWO nicht bevormunden. "

Wir, die Helfer in der Lern- und Spielstube, hatten eine dreistündige Unterredung mit den Herren von der Geschäftsleitung. Es stellte sich heraus, daß sie trotz der vielen Protestschreiben, die von Bewohnern, Mitarbeitern, ZDLs, Praktikanten, politischen Organisationen an die AWO geschickt wurden, nicht bereit sind, die Kündigung zurückzunehmen. Auch sind sie nicht bereit, diese Entscheidugn vor den Einwohnern zu rechtfertigen. Sie stellten sich schließlich stur auf den Arbeitgeberstandpunkt: "Ihr werdet uns jetzt sicher Kapitalistenschweine schimpfen, aber das soll mir jetzt auch egal sein." Besaßen aber trotzdem die Frechheit, uns zu bitten, wir sollten ihnen doch helfen, den neuen Sozialarbeiter dort einzuführen. Doch dazu waren wir nicht bereit, worauf sie dann unverblümt drohten: "Wir können ja den Laden da draußen dichtmachen. Oder wir schikken da einfach neue Leute hin, und suchen uns neue Helfer, mit denen eine Zusammenarbeit möglich ist." Wir rieten ihnen, sich doch gleich neue Bewohner zu suchen

An diesem Verhalten wird der Zweck der Sozialarbeit von AWO und dem sie unterstützenden Staat deutlich: Sie wollen keine selbstbewußten, für ihre Rechte kämpfenden Bürger, sie wollen Elend nicht beseitigen, sondern nur draußen vor der Stadt verwalten, um so ein abschreckendes Beispiel für all die zu haben, die die monotone Arbeit in den Fließbandfabriken satt haben.

Kontaktadresse:
L. Böker, Luisenstr. 12, 75 Karlsruhe

TERRORISTISCHE TEXTE

MÜNCHEN 15.März *Staatsanwalt Dr.Lösti von der Staatsanwaltschaft II am Landgericht München schickt ein allgemeines Fahndungstelex an alle Polizeistationen. Darin werden die Polizeibeamten aufgefordert, ganz allgemein (wie die Staatsanwaltschaft betont), aufzupassen, daß keine Verstöße gegen die Paragraphen 88a StGB (Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten) und § 131 StGB (Verherrlichung von Gewalt) erfolgen. Dies blieb zumindest in Penzberg in Bayern nicht folgenlos:*

Am 25.Februar erhält die Schallplattenfirma CBS in Frankfurt von einem Außendienstmitarbeiter die Nachricht, daß das Schallplattengeschäft Marksteiner in Penzberg ihm einen Stapel Biermann-Platten zurückgegeben und ihm mitgeteilt habe, sie dürften gemäß telefonischer Anordnung der Polizeistation Penzberg (Polizeiobermeister Kennerknecht) die Biermann-LP 82262 ,Der Friedensclown' wegen terroristischer Texte nicht mehr verkaufen. Der CBS-Mitarbeiter setzt sich daraufhin mit der Penzberger Polizeistation in Verbindung und bekommt die Maßnahme bestätigt mit dem Hinweis, es handele sich um einen Auftrag der Staatsanwaltschaft München, der per Telex gekommen sei, Nummer 3141.

Die Schallplattenfirma selbst hat keinerlei derartige Verfügung bekommen. Daraus schließt Rechtsanwalt Burkhart von der Rechtsabteilung der CBS, daß es sich wohl nur um ein Mißverständnis handeln könne. Er ruft in Penzberg an und bittet Herrn Kennerknecht ihm eine Fotokopie des Telex-Textes zu schicken oder ihm den Text vorzulesen. Herr Kennerknecht antwortet nur zögernd und sehr ungenau: das Telex sei nicht aufzufinden. Ein Verkaufsverbot der Biermann-Platten dementiert er bei dem Gespräch nicht.

Doch am 4.März schreibt POM Kennerknecht an Herrn Burkhart und bestreitet plötzlich, den Verkauf der Langspielplatte Nr. 82262 wegen terroristischer Texte in seinem Bezirk untersagt zu haben: „Weiter möchte ich Sie fragen, wie Sie (...) zu der nicht richtigen Annahme kommen, ich hätte den Verkauf der Wolf Biermann–Landspielplatte Nr.82262 wegen terroristischer Texte in meinem Bezirk untersagt? " Daneben weist er höflich darauf hin, daß von seiner Seite keine Vereinbarung getroffen worden sei, CBS eine Kopie des Fernschreibens der Münchner Staatsanwaltschaft zu übersenden; Auskunft könne Herr Burkhart beim Landgericht München II, Referat 12, Herrn Dr.Lösti einholen.

CBS hat wegen Verkaufsverbots Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht, bei Staatsanwalt Lösti. Dieser hat inzwischen die Schallplattenfirma wissen lassen, daß nicht er, sondern die Dienststelle von Polizeiobermeister Kennknecht der richtige Adressat für die Dienstaufsichtsbeschwerde sei.

MACHEN SIE IHRE BÜCHERVERBRENNUNG SELBER, HERR NEUMANN !

DELMENHORST 20. Januar Wenn überhaupt, soll Herr Neumann, im Bremer Rundfunkrat für die CDU tätig, seine Bücherverbrennungen allein und mit eigenem Zunder vornehmen. Der Betriebsratsvorsitzende der Delmenhorster Müllwerker, Hans Seichter, verwahrte sich

im Namen seiner Kollegen mit einer vielbeachteten Rede aut dem Delmenhorster Rathausplatz jedenfalls dagegen, für Herrn Neumann den Geh-her-da zu machen.

DIE VORGESCHICHTE:

Im Herbst vergangenen Jahres hatte eine Bremer Lehrerin in ihre Unterrichtseinheit 'Literatur gegen Gewalt' das Gedicht „Die Anfrage" von Erich Fried eingebaut. Solche Werke, hatte darauf Herr Neumann im Bremer Parlament gesagt, sähe er lieber verbrannt. Der ID berichtete darüber. Bei einer Reihe weiterer Drohungen hielt es Herr Neumann dann doch für klüger, die Bücherverbrennung auf Schreibtischniveau zu bringen: nun wollte er die Fried-Werke nicht mehr auf dem Scheiterhaufen, sondern im Papierkorb sehen. Betriebsratsvorsitzender Seichter: „Und jetzt wird es pervers, der Inhalt aus den Papierkörben landet gewöhnlich im Abfalleimer, und wir Müllwerker sollen dann die Werke vernichten. Nicht mit uns, Herr Neumann, nicht mit uns!"

Die Rede, das Gedicht Frieds, die Chronik der Ereignisse, Pressestimmen und die Diskussion zwischen Fried und Herrn Neumann im Rundfunk und alles was dazu gehört, sind in der Reihe „Dokumente" der 'Delmenhorster Rundschau' abgedruckt. Der Einzelpreis beträgt DM 1,--; die Dokumente sind zu beziehen über den Verlag der Delmenhorster Rundschau, Postfach 78, 287 Delmenhorst, Telefon: 04221/19 554, oder über das Delmenhorster Zentrum, sowie die „Initiativgruppe gegen politische Unterdrückung (IPU)", beide Orthstraße 8, 287 Delmenhorst.



ZU DEN MISSHANDLUNGEN VON FRIEDLICHEN DEMONSTRANTEN DURCH POLIZEIBEAMTE IN KÖLN

BONN
20. März

„Anläßlich des Staatsbesuches von General Geisel (Präsident von Brasilien) in der Bundesrepublik fand am Donnerstag, den 9. März 1978, in der Kölner Innenstadt eine Protestkundgebung statt, zu der die „Aktion Brennpunkt Brasilien", koordiniert und vertreten durch die AGG (Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden) aufgerufen hatte.

Die „Aktion Brennpunkt Brasilien" wurde 1974 auf einem Seminar der AGG im Anschluß an die Aktionen zugunsten des Friedensnobelpreises für Dom Helder Camara von Vertretern der Katholischen Studentengemeinden und Aktionsgruppen gegründet. Mit dieser Aktion soll die Öffentlichkeit über die soziale, wirtschaftliche und politische Situation in Brasilien informiert und zur konkreten Solidarität aufgefordert werden. Auf der Koordinierungstagung der „Aktion Brennpunkt Brasilien" im Februar dieses Jahres beschlossen die anwesenden Gruppen, gegen den Staatsbesuch des brasilianischen Präsidenten, General Ernesto Geisel, in Köln eine Protestkundgebung zu veranstalten, auf der folgende Punkte deutlich gemacht werden sollten:

1. Es geht der brasilianischen Militärdiktatur und der Bundesregierung bei diesem Staatsbesuch um die Absicherung des deutsch-brasilianischen Atomgeschäfts, das inzwischen in mehrfacher Hinsicht fragwürdig geworden war.
2. General Geisel ist Repräsentant eines Gesellschafts- und Wirtschaftssystems, in dem der Mehrheit der Bevölkerung (ca. 80% der 110Millionen Brasilianer) das Notwendigste zum Leben fehlt und das, obwohl oder gerade weil es inzwischen zum Eldorado u.a. auch der deutschen Investoren geworden ist.
3. In Brasilien herrschen auch heute noch - trotz aller gegenteiligen Behauptungen von einer Liberalisierung und trotz aller Lobhudeleien von seiten der Bundesregierung - Pressezensur, Repression gegen Oppositionelle in den Gewerkschaften, der Kirsche und den Parteien; gibt es immer noch - nur raffinierter getarnt - nach übereinstimmenden Zeugnissen z.B. der Katholischen Kirche und von amnesty international Mord und Folter an politischen Gefangenen.

Auf der Kundgebung in Köln, an der ca. 400 Teilnehmer anwesend waren, wurde die Thematik dieser drei Punkte in einleitenden Beiträgen vorgetragen.

Anschließend zogen die Teilnehmer der Kundgebung auf einem Demonstrationsweg, der von der Kölner Polizei genehmigt war, zum Walraffplatz, wo nach Beiträgen der holländischen Bürgerinitiativen (Almelo) und der „Brennpunkt Brasiliengruppe Tübingen", die in Tübingen über mehrere Tage ein „solidarisches Mithungern" mit dem brasilianischen Volk durchgeführt hatten, die Kundgebung offiziell beendet wurde. Der Einsatzleiter der Kölner Polizei bedankte sich beim Veranstalter für die korrekte Durchführung der Kundgebung.

Nach Abschluß der friedlich verlaufenen Kundgebung zog ein Teil der Teilnehmer zum Kölner Gürzenich, wo die Ankunft von General Geisel erwartet wurde. Beim Eintreffen der Regierungswagen begannen einige der dort Anwesenden, die Helme trugen und mit Wurfbeuteln ausgerüstet waren, aus dem Hintergrund auf die vorbeifahrende Wagenkolonne zu werfen. Unmittelbar nach Durchfahrt der Wagen stürmte die Polizei auf die Zuschauer zu und verhaftete nach mehreren Zeugenaussagen willkürlich sieben Personen, die nach übereinstimmenden Aussagen alle nichts mit den Werfern zu tun hatten. Dabei wurden diese Personen - darunter auch Frauen - an den Haaren gepackt, getreten, über die Straße geschleift und teilweise blutig geschlagen.

Nach Aussage der Festgenommenen wurden sie dann in einem Einsatzwagen ins Kölner Polizeipräsidium gefahren und dort aufs neue mißhandelt: Unter groben Beschimpfungen, Tritten und Stößen teilte man sie in zwei Räume auf.
Bei der Befragung und Durchsuchung der Festgenommenen wurden sie von Polizeibeamten wiederum geschlagen und getreten. Dann zogen sich Beamte Plastikhandschuhe an und schmierten den Festgenommenen eine stinkende Flüssigkeit (offenbar Jauche) ins Gesicht. Danach wurden die Festgenommenen in den Keller gebracht und dort erkennungsdienstlich behandelt und erneut befragt. Die Entlassung der Verhafteten erfolgte gegen 23.15 Uhr.

Bei einer der so Mißhandelten wurde gleich danach in der Kölner Universitätsklinik eine Nasenbeinprellung festgestellt; ausserdem waren durch einen Schlag, der ihr von einem Motorradpolizisten versetzt worden war, ihre oberen Schneidezähne bis oben hin der Länge nach gespalten.

An der Glaubwürdigkeit der Zeugenaussagen bestehen unsererseits nicht die geringsten Zweifel.

Wir halten das Verhalten der Kölner Polizeibeamten für ungeheuerlich und skandalös und wollen mit der Darstellung der Vorgänge durch die Zeugen auf das schärfste gegen die erfolgten Mißhandlungen protestieren."

OFFIZIELLE BEGRÜNDUNG FÜR DAS VERBOT EINER FASCHISTENKUNDGEBUNG

OSNABRÜCK 14. März *Die Antifaschistische Aktionseinheit Osnabrück nimmt in einer Presseerklärung Stellung zur offiziellen Begründung des Verbots einer Faschistenkundgebung, die am 4. März stattfinden sollte. Wir zitieren Auszüge aus der Erklärung:*

„Die Kundgebung wurde ausdrücklich nicht wegen der faschistischen Ideologie der NPD verboten: Wimmer (CDU) „hielt aus juristischen Gründen ein solches Verbot nicht für möglich" (Neue Osnabrücker Zeitung vom 1. 3. 1978), Stadtdirektor Dr. Heumann (SPD) sah keine rechtliche Möglichkeit für die Stadtverwaltung, die Kundgebung zu verbieten und drohte Gegendemonstranten mit dem Polizeiknüppel. Und das, obwohl der Artikel 139 des Grundgesetzes jegliche nazistische Propaganda, die Verherrlichung des Nationalsozialismus und alle nazistischen Organisationen und somit auch die NPD und deren Propaganda eindeutig verbietet.

Nicht wegen der faschistischen Ideologie der NPD wurde die Kundgebung verboten, sondern erst aufgrund einer Strafanzeige eines Osnabrücker Bürgers, weil „die geplante Kundgebung dafür genutzt werde, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik zu beschimpfen und böswillig zu verächten." Eine Begründung, mit der jede Kritik an der bestehenden Ordnung unterbunden werden könnte. Normalerweise wird der Verbotsparagraph 90 a StGB auch nur gegen „Linke" verwendet. So wurde denn auch prompt am Montag in der Neuen Osnabrücker Zeitung die Forderung erhoben, auch die Propaganda von DKP und KBW zu verbieten. Die Antifaschistische Aktionseinheit ist empört über die demagogische Gleichsetzung von „links" und „rechts" und über den Versuch, mit dem Verbot der Faschistenkundgebung auch demokratische und sozialistische Kräfte mundtot machen zu wollen.

Es hat sich am Samstag gezeigt, daß die Entscheidung richtig war, trotz des Verbotes der NPD-Kundgebung eine Demonstration durch die Osnabrücker Innenstadt und eine Gegenkundgebung auf dem Jürgensort durchzuführen. Die Faschisten von der NPD schlichen in kleinen Trupps um die Innenstadt, um vereinzelte Antifaschisten auf dem Nachhauseweg abzufangen und zusammenzuschlagen."

KONtakt: Antifaschistische Aktionseinheit, c/o Wolfgang Brinkmeyer, Koksche Straße 36, 4500 Osnabrück

ZUR ENTFÜHRUNG ALDO MOROS

FRANKFURT 22. März Die Roten Brigaden (BR) haben am 16.3. ein Kommunique herausgegeben, in dem sie nicht mehr die Freilassung Curcios oder der anderen Turiner Gefangenen fordern, sondern ankündigen, Moro vor ein "Volksgericht" zu stellen. — In der Mitteilung heißt es, ausgehend von der "nicht mehr rückgängig zu machenden Krise des Imperialismus":

"Die Transformation der überwundenen liberalen Nationalstaaten Europas in imperialistische Staaten der multinationalen Konzerne ist auch in Italien voll im Gange. Diese Staaten bereiten sich darauf vor, ... die präventive Konterrevolution zu organisieren, um alle revolutionären Bestrebungen des Proletariats auszulöschen.

Dieses ehrgeizige Projekt hat, um sich verwirklichen zu können, eine Vorbedingung: die Bildung eines politisch-ökonomisch-militärischen Personals, das es realisiert. In den letzten Jahren hat sich dieses politische Personal, das eng an die imperialistischen Kreise gebunden ist, in allen Parteien der sog. verfassungsmäßigen Grundordnung ("arco constitutionale" — geht von DC bis PCI) durchgesetzt, aber die höchste Konzentration und der hauptsächliche Bezugspunkt dieses Personals besteht in der Christdemokratie. Die DC ist so die zentrale und strategische Macht, die imperialistischen Machenschaften des Staates durchzusetzen....

Es ist notwendig, aus den verschiedentlich entlarvten Höhlen der Christdemokraten die konterrevolutionären Agenten herauszutreiben, die in der "neuen" DC den Stützpunkt für die Restrukturierung der ISM (Imperialistische Staaten der Multinationalen Konzerne) darstellen, sie überall aufzuspüren und ihnen keine Ruhepause zu gönnen. Es ist notwendig, dem Regime den Prozeß zu machen, ihn auszudehnen und zu vertiefen, womit die Kämpfenden Avantgarden mit ihrer Praxis des Kampfs schon begonnen haben. Das ist einer der Leitlinien, mit der die Bewegung des Proletarischen Offensiven Widerstands weiterkommen kann, mit der sie in die Offensive gehen und das imperialistische Projekt vereiteln kann."

In diesem Sinn begreifen die Roten Brigaden auch den "Volksgerichts"-Prozeß, den sie Moro machen wollen. Sie sehen ihn nicht als "Symbol" an, sondern als ein Schritt für das "weitere Wachsen des Klassenkriegs für den Kommunismus".

Die Reaktion der parlamentarischen Parteien auf die Entführung war einheitlich: gemeinsame Demonstrationen von Christdemokraten und Kommunisten im ganzen Land, ein gewerkschaftlicher Generalstreik gegen den Terrorismus. Eine Terroristenjagd, wie wir sie aus Deutschland kennen, hat eingesetzt. Auch Armeeeinheiten sind dabei, Belagerungszustand in Rom. Das BKA hat Anti-Terror-Spezialisten nach Rom geschickt; einer der an der Entführung Beteiligten soll angeblich ein Deutscher sein.

Die PCI-Zeitung Unita vergleicht die BR-Leute mit "Bestien" und "Tieren", die außerhalb der menschlichen Gesellschaft stünden. — Der Gewerkschaftsführer Lama fordert jeden Bürger auf, sich gegenüber den Ordnungskräften nicht nur passiv zu verhalten; wenn es Verdacht gegen Personen gäbe, die klar die Aktion der "Gegner der Demokratie" rechtfertigten, dürfe man nicht so tun, als habe man nichts gesehen ...

Auffallend ist, daß Rufe nach der Todesstrafe für Terroristen anders als in Deutschland — kaum zu hören sind. Andererseits haben sich sehr viele Leute an den Demonstrationen gegen den Terrorismus beteiligt und sitzen nicht nur vor dem Fernseher. Aus Diskussionen mit Arbeitern (wie sie z.B. im Corriere della Sera abgedruckt sind) wird deutlich, daß offenbar sehr viele erregt sind über den Tod der 5 Polizisten, daß ihnen andererseits das Schicksal Aldo Moros ziemlich egal ist.

Die Reaktion der außerparlamentarischen Linken war zunächst abwartend; von Seiten der Autonomisten kein Kommentar, von Seiten von Avanguardia Operaia nichtssagende Kommentare. Lotta Continua griff (in einem Interview mit dem Corriere della Sera) hauptsächlich die PCI an, die sich nie selbstkritisch mit dem Terrorismus und Stalinismus befaßt hätten: "Die Kommunisten haben sich noch nie grundsätzlich mit dem Stalinismus auseinandergesetzt ... und das hat dazu geführt, daß in der Vergangenheit ihre Führer Aktionen gemacht haben, die nicht sehr von denen der Roten Brigaden verschieden waren. Von Seiten der PCI ist nur aus Gründen der politischen Opportunität eine Distanzierungserklärung abgegeben worden." — Bevor es zu der Entführung kam, wollte Lotta Continua eine Debatte über eine "Generalamnestie aller politischen Gefangenen" beginnen, da dies "— über die Lösung der sozialen Fragen hinaus — die einzige Methode ist, den Terrorismus zu bekämpfen".

Zu dem Kommunique der Roten Brigaden heißt es in "Lotta Continua":

"Größenwahnsinn. Was soll man sonst von diesem Kommunique halten? Wenn Moro das Herz des Staates ist, dann haben die BR das Herz des Staates in der Hand. Und tatsächlich stellt Moro ... den Gipfel des politischen Systems in Italien dar, also das Non-plus-ultra. Nach ihm sehen wir nicht mehr viel andere Ziele: wir sehen die Atombombe, die Neutronenbombe, die totale Waffe ..." Und es wird "der Triumpf dieser Superpolitik" beklagt, die "soviele Kilometer über unseren Köpfen" stattfindet.

"WEISSER" UND "ROTER" TERROR

ADDIS ABEBA 8. März *Neben dem Krieg mit Eritrea und der Gegenoffensive gegen die Westsomalische Befreiungsfront streitet das Äthiopische Militärregime an einer dritten Front: Im Innern des Landes gegen die verschiedenen Oppositionen. Der nachfolgende Bericht, der vor allem die Situation in Addis beschreibt, geht auf mehrere Artikel der "Liberation" zurück. (v.a. 14. bzw. 18./19. Februar 1978).*

Die Absetzung Haile Selassies, des monarchistischen Herrschers des "Vielvölkerstaates" Äthiopien, veranlaßte im März 1975 viele zum Aufatmen; die rücksichtslose Ausbeutung und Knechtung durch die Feudalherren schien vorbei und die Enteignung der Fürsten und die Neuverteilung des Landes sowie andere Maßnahmen des Derg, des regierenden Revolutionsrates, schienen nicht nur das verrottete Feudalsystem weggefegt zu haben, sondern ließen auf eine Entwicklung mit Richtung auf eine sozialisitsche Neuordnung hoffen. In diesen drei Jahren hat der äthiopische Staat nicht aufgehört, Krieg zu führen: erst gegen Eritrea, nun gegen die Somali und gegen die ständig laut werdende Opposition im Lande. Der Kampf ist ein Kampf um das Überleben des Staates Äthiopien als Einheit, gegen die nationale Selbstbehauptung national eigenständiger Gruppen gegen die herrschende Minderheit des regierenden Volks der Amharer.

Was von der Hoffnung auf den selbstausgerufenen Sozialismus der Militärs geworden ist, ist schwer zu beantworten.
Der Versuch, Widerspruch gegen die Regierungspolitik zum Schweigen zu bringen, hat Tradition: was mit der faktischen Auflösung der CELU (äthiopische Arbeitergewerkschaft) 1975 begonnen hatte, findet seinen Höhepunkt in den Kämpfen zwischen den Machthabern und verschiedenen oppositionellen Gruppen, wie der marxistische/leninistischen EPRP (Äthiopische Revolutionäre Volkspartei), der stärksten Linksopposition, und der Me'ei Sone (All-Äthiopische Sozialistische Bewegung), die einst mit dem Derg zusammenarbeitete, sich aber nach einer Periode ständiger Spannungen seit Februar 77 im Sommer letzten Jahres von ihm löste und seitdem (wie die EPRP) im Untergrund arbeitet.
Berichte über die Situation erinnern an Schilderungen über die Aktivitäten der Todesschwadronen in Argentinien. Spezialeinheiten, die dem Derg unterstellt sind, verfolgen ihre Opfer auf offener Straße und erschießen sie vor aller Augen. Die Leichen läßt man liegen, manche mit dem Schild um den Hals "Ich bin ein Konterrevolutionär": Die Sprache des "Roten" Terrors. Für den Fall, daß Polizei oder Miliz hinzukommt, weisen die Attentäter eine offizielle weiße Karte vor, die sie vor weiteren Belästigungen schützt. Ohnehin gilt die Sympathie der ehemals kaiserlichen Polizei, die kaum von der Revolution berührt worden ist, weder der Regierung noch den Untergrundkämpfern.

Dieser "Rote" Terror ist eine Maßnahme gegen den Widerstand der EPRP, dem "Weißen" Terror, dessen Ziel die Vertreter der neuen Macht in Äthiopien sind. Der "Rote" Terror wird vom Staat öffentlich verkündet auf Flugblättern und auf Anschlägen: "Der rote Terror ist unsere Antwort auf den weißen Terror des Klassenfeindes", und wird von der offiziellen Presse verlautbart: "Der rote Terror ist die höchste Form des Klassenkampfes". Die Zahl der Opfer des offiziell nun schon seit dem 5. Februar letzten Jahres dauernden Vergeltungsprogramms des Derg geht in die Tausende; in den Gefängnissen der 1,1 Millionen-Stadt Addis sitzen rund 50.000 Gefangene. Zwar wird von offizieller Stelle als Erfolg angeführt, daß seit Beginn dieses Jahres kein Anschlag von seiten der EPRP stattgefunden habe, indessen schwoll die Zahl der Verhafteten an und war zwischen November 77 und Dezember 78 höher als die der Verhafteten des ganzen übrigen letzten Jahres, und es vergeht kein Tag, ohne daß jemand erschossen wird oder jemand auf unerklärliche Weise verschwindet.

Eng verknüpft mit dem "Roten" Terror sind die Kebelen: eine Art Stadtteilräte, die als sein Hauptinstrument gelten. Mit der Perfektionierung des Staatsterrors und seiner Ausdehnung auf ein breiteres Spektrum oppositioneller Strömungen sowie der zunehmenden Unkontrollierbarkeit der Vorgänge haben sich auch die Kebelen verändert. Die Stadt wurde in 293 Kebelen aufgeteilt, von denen jede rd. 4.000 Einwohner er- bzw. umfaßt. Die Organisation der Kebelen schließt nahezu alle Bereiche des alltäglichen sozialen Lebens der Stadt ein: das Kommissariat des Viertels wie den billigen Laden, die Schulen, das Sozialzentrum und das Gericht und bisweilen auch den Arbeitsplatz. Daher ist die große Rolle dieser Institution, die aus früheren Assoziationen gegenseitiger Hilfe hervorgegangen ist, unbestritten; andererseits wird sie immer mehr dem Rätedemokratischen Prinzip ihrer Bildung und Beeinflussung entzogen, indem nämlich der Einfluß der Regierung auf die Wahl der Räte wie auch deren Politik ständig zunimmt.
Schon unterstehen die Kebelen der Macht der Arondissements, die ihrerseits wiederum zentral kontrolliert werden vom Ministerium für Städtische Entwicklung und dem Büro zur Organisation der Massen, einer dem Derg beigeordnete zivile politische Institution. Von oben wird auch die Miliz gesteuert, die die Exekutive der Kebelen bildet. In den Augen der machthabenden Militärs ist eine gute Kebele jene, die die Ausübung der Repression am besten beherrscht.
Der Bevölkerung bleibt die Aufgabe, ihre Mitbürger zu denunzieren, wozu jeder einzelne ständig angehalten wird. Das Leben in einer Stadt, in der jeder von seinem Nachbarn als Kollaborateur der Opposition angezeigt werden kann, ist dementsprechend unsicher. Die Opfer dieser Tätigkeit werden in Umerziehungslager geschafft oder bleiben im Gefängnis. Dort sind sie auf die Versorgung durch ihre Verwandten angewiesen, denn Essen gibt es im Gefängnis keins. Die Heimkehrenden tragen oft Spuren der Folter: manche Krankenhäuser lehnen Pateinten ab, denen man diese Spuren allzu deutlich ansieht.

Wenn man Fidel Castro zustimmt, der die Lösung für ein sozialistisches Nordostafrika in der Konföderation Somalias, Eritreas und der autonomen Nation Äthiopiens sieht, dann ist der verzweifelte und starrsinnige Kampf des Militärs um die nunmehr nur künstliche Einheit des Staates ein denkbar schlechter Ausgangspunkt.

MEINUNGSFREIHEIT IN SPANIEN !

BARCELONA 22. März Monatelang konnte die spanische Theatergruppe „Els Joglars" (Die Jongleure) mit Erlaubnis der Zensurbehörden ungestört ihr Stück über Leben und Hinrichtung von Heinz Ches aufführen. Heinz Ches wurde vor vier Jahren zusammen mit dem Anarchisten Puig Antich zum Tode verurteilt und mit ihm am gleichen Tag hingerichtet. Anfang Dezember letzten Jahres sah ein Offizizier das Theaterstück und aufgrund seiner Anzeige werden Albert Boadella, Direktor der Gruppe, und mit ihm vier weitere Mitglieder verhaftet. Man wirft ihnen Verunglimpfung und Beleidigung des Militärs vor.

Die Gewerkschaft Espectaculos publicos (Theater, Schauspieler, Kinoleute usw.) reagierte sofort. Bereits am 19. Dezember unterbrachen die Schauspieler in Madrid ihre Vorstellungen, es gab ständig Versammlungen. Diese Aktionen wurden in erster Linie von der CNT getragen. Andere Gewerkschaften wie CCOO (Comisiones obreras) und UGT schlossen sich an und am 22.12. wurde ein Kulturgeneralstreik in Madrid und Barcelona durchgeführt. Immer mehr Parteien und Gewerkschaftsgruppen schlossen sich der Forderung „Llibertat d'expressió" (Meinungsfreiheit) an. Am 21. Januar verbot der Zivilgouverneur eine Großveranstaltung, die für diesen Tag geplant war. Am 2. Februar protestierten einige Parteien wie die CDC, PSC(C), PSOE, ED, ER, da nach ihrer Meinung diese Verhaftung dem Moncloas's Pakt widerspricht. 47 Intellektuelle und Künstler unterzeichneten ein Manifest für die Meinungsfreiheit und gründeten die Vereinigung für die Meinungsfreiheit.

Die 4. Militärabteilung, die den Prozeß gegen die verhafteten Schauspieler führte, sagte am 6. Januar, daß in dem Stück Kleidungsstücke benutzt worden seien, die in der ursprünglichen, genehmigten Fassung nicht erwähnt waren. Dies wurde von den Anwälten der Schauspieler dementiert.
Am 18. Januar forderte der Militärstaatsanwalt vier Jahre und sechs Monate für A. Boadella und je drei Jahre für die restlichen Mitglieder von „Els Joglars". Das Urteil schließlich lautete für die vier Mitglieder der Gruppe jeweils zwei Jahre Gefängnis. Zur Verurteilung des Direktors der Theatergruppe, A. Boadella, kam es nicht, denn er entkam am 25. Februar, einem Tag vor dem Prozeß, der Guardia Civil aus dem Militärhospital.
Er wollte duschen, was ihm auch gestattet wurde. Nach einer Weile wunderten sich die umsichtigen Guardia civils, warum die Dusche so lange lief. Sie sahen nur noch sein Rasiergerät und den am Boden liegenden Pyjama. Einige Zeit später meldete sich eine männliche Stimme bei der spanischen Presseagentur EFE und sagte auf katalanisch: „Ich bin nicht bereit, vor einem Militärgericht zu erscheinen, das ich weder gesucht noch provoziert habe. Wenn schon jemand erscheinen muß, so soll der Kultusminister Pio Cabanillas erscheinen, der dieses Stück ja erlaubt hat."

Während der unzähligen Demonstrationen für „Llibertat d'expressió" in Barcelona wurde u.a. auch ein junger Student festgenommen, dem jetzt Meuterei vorgeworfen wird und der sich dafür vor einem Militärgericht verantworten muß. Nach den bestehenden Franco-Gesetzen gilt noch die Bestimmung, daß derjenige, der bereits fürs Militär gemustert ist, als Kandidat gilt. Macht er sich in dieser Zeit bereits „eines Vergehens schuldig", muß er sich vor dem Militärgericht verantworten.

Am 12. März riefen alle radikalen Gruppen und Gewerkschaften, mit Ausnahme der PC und PSOE, zu einer weiteren Solidaritätsdemonstration auf. Die Demonstration wurde kurzfristig verboten, angeblich wegen Nichteinhaltung von Formalien. Trotzdem waren etwa 5.000 bis 8.000 Leute auf der Straße, die sich trotz des riesigen Polizeiaufgebots in der Stadt nicht abschrecken ließen. Den ganzen Tag über fanden kleinere und größere Demonstrationen statt, zeitweise wurde an Verkehrsknotenpunkten der Verkehr aufgehalten durch Autobarrikaden und Barrikaden aus dem Müll, den die Müllarbeiter seit ihrem Streik am 11. März haben stehen lassen.

SPANIEN: DER DIREKTOR VOM CARABANCHEL GEFÄNGNIS

BARCELONA
19. MÄRZ

Das Drama der spanischen Gefängnisse geht weiter. Die Regierung Suarez scheint ganz und gar unfähig zu sein, die notwendigen Reformen in einem Gefängnis durchzuführen, das selbst nach dem Vorbild der Diktatur aufgebaut wurde. Dieses Mal ist es der Tod eines katalanischen Militanten der anarchistischen Gewerkschaftszentrale CNT, in Folge von Foltern, die ihm von einer Gruppe von Gefängniswärtern beigebracht wurden.

Die Affaire geht auf Dienstag letzter Woche zurück. Drei Anwälten ist es gelungen, das Geschehen anhand der Zeugenaussagen ihrer Klienten zu rekonstruieren. Gegen 9.00 Uhr morgens hatten Gefängniswärter einen Tunnel entdeckt, der vermutlich dafür bestimmt war, einen kollektiven Ausbruch vorzubereiten. Unmittelbar darauf wurde die Vernehmung der Gefangenen beschlossen, die dafür am „verdächtigsten" waren, ungefähr zehn. Die Verhöre zogen sich mehrere Stunden hin, in Verlauf derer die Gefangenen Opfer verschiedener Arten von Folter wurden. Nach denselben Informationen waren der Direktor, der Vizedirektor und der Chefarzt des Gefängnisses während der ganzen Zeit anwesend und haben sich selbst an den Foltern beteiligt, die von dem Aufseherchef geleitet wurden.

Zu Beginn des Nachmittags wurden die Gefangenen in Zellen transprtiert, die für die zum Tode Verurteilten reserviert sind und im isoliertesten Teildes Gefängnisses liegen. Erst gegen Mitternacht wurde der Gewerkschaftsmilitante Augusti Rueda in einem vollkommen hoffnungslosen Zustand auf die Krankenstation gebracht. Einige Stunden später starb er.

Mittwoch abend riefen die Anwälte, nachdem sie Anzeige gegen die Verantwortlichen von Carabanchel gestellt hatten, im Madrider Sitz der Association ehemaliger Gefangener zu einer Pressekonferenz zusammen. Die Anti-Aufruhrtruppe der Polizei unterbrach die Versammlung und löste sie auf, unter dem Vorwand, sie sei ohne Genehmigung zusammengerufen worden. In einem Pressekommunique der Union demokratischer Gefängnisbeamter wird die Schwere und Brutalität des Geschehens angeklagt und die betroffenen Aufseher und die Verantwortlichen des Gefängnisses beschuldigt, die bereits von den Anwälten genannt worden waren, und die „die Ursache der Aufstände und der Malaise in Carabanchel sind".

Die Behörden, die sich eher „diskret" zu dem Fall verhielten, haben unter Leitung des Generalinspektors der Gefängnisse eine Untersuchung beschlossen. Am Donnerstag wurden der Direktor und zehn weitere Beamte von Carabanchel von ihren Funktionen suspendiert. Die Gefängnisuntersuchungskommission des Senats ihrerseits wird demnächst mit dem Justizminister über die jüngsten Ereignisse in den Gefängnissen von Madrid, Barcelona und Duelo (Baskenland) verhandeln.

Nach einer FR-Meldung vom 20. März (Aus aller Welt) wurde inzwischen gegen den Direktor von Carabanchel ein Verfahren wegen Verdachts auf Beihilfe zum Todschlag eingeleitet. Sein Stellvertreter und neun Gefängniswärter wurden in Untersuchungshaft genommen. Der Direktor selbst wurde vorläufig für eine Kaution von 5000 DM wieder auf freien Fuß gesetzt.
(Aus Liberation 18./19. 3. 78)

INTERNATIONALER ANTIMILITARISTISCHER GEWALTLOSER MARSCH IN KATALONIEN

SINDELFINGEN
7. März

in diesem Jahr findet, wie in den vergangenen beiden Jahren, wieder ein "Internationaler antimilitaristischer gewaltloser Marsch" statt. Der Marsch soll als ein besonderer internationaler Abschnitt eines Marsches in Katalonien stattfinden.
In den letzten beiden Jahren fanden solche Märsche bereits in Katalonien (vor zwei Jahren) und im Baskenland (im vorigen Jahr) statt und fanden breite Unterstützung in der Bevölkerung. Im vergangenen Jahr nahmen z.B. 100.000 Menschen an diesem Marsch teil. Der Marsch wird in Spanien von Pax Christi und den Kriegsdienstverweigerern getragen, beginnt am 8. Juli und soll zwei Monate dauern. Der internationale Teil des Marsches dauert vom 16.–23. Juli, beginnt also mit dem Ende der Dreijahreskonferenz der "Internationale der Kriegsdienstgegner". Es ist noch ungewiß, ob die spanische Regierung den MArsch genehmigen wird – allerdings war er auch in den vergangenen Jahren nicht genehmigt. Der Marsch wird die Unterstützung der Gewerkschaften, linken Parteien, der Anarchisten und vielleicht auch des Chefs der katalonischen Regionalregierung haben.
Nach dem Ende des Internationalen Marsches soll der Marsch sich aufteilen und die Teilnehmer wollen vor allem in die Dörfer gehen, um auf diese Weise eine größere Breitenwirkung zu erzielen. Die Ziele – Aussagen oder Forderungen des Marsches werden wahrscheinlich etwas enger gefaßt sein als im vergangenen Jahr. Auf dem letzten Vorbereitungstreffen am 4./5. Februar in Lyon sind darüber aber noch nicht die letzten Einzelheiten vereinbart worden. Die Koordination für die Bundesrepublik haben die Gewaltfreien Aktionsgrup-

ƦUMMER DES ABONNEMENTS **BEZAHLT ID–NUMMER** **Exemplare**

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: Montag **Nr. 222**

pen Tübingen und Sindelfingen übernommen.

Kontaktadresse: Roland Diers, Schmale Gasse 4, 7032 Sindelfingen–Maichingen, Tel.: 07031/34473

CHRISTIANITTER AUF REISEN

CHRISTIANIA
20. März

Liebe Freunde,
wir haben euch schon früher den Besuch einer Gruppe Christianitter versprochen. Diese Gruppe kann jetzt abfahren.
Wir sind 4 - 6 Leute, mit den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch und Dänisch. Wir werden 2 1/2 Monate lang durch Europa reisen und Informationen geben. Wir bringen Filme, Schallplatten, Bücher und Plakate mit. Die Organisation ist "Christiania-like", d.h. es gibt keine Organisation und wir sind sehr flexibel.
Mit diesem Brief teilen wir euch mit, wann wir in eurem Gebiet sind. Falls ihr uns treffen wollt, dann wendet euch bitte an die Kontaktadresse. Vielleicht könnt ihr zusammen etwas arrangieren. Wir hoffen, daß ihr "spontane" Treffen arrangieren könnt und würden uns freuen, wenn wir auch einen Tag früher oder später kommen könnten, ohne eure Vorbereitungen zu zerstören. Falls es erforderlich ist, daß ihr einen Raum für eine bestimmte Nacht mieten müßt, dann sind wir natürlich auf jeden Fall pünktlich.

Unser Problem ist die Finanzierung. Wir stellen uns das so vor:
a) wir verkaufen Plakate usw. bei den Treffen;
b) falls möglich erhalten wir etwas Geld (oder Lebensmittel, Zigaretten usw.) von euch.
Außerdem brauchen wir einen Platz zum Schlafen (Matratze im Keller genügt). Immer nur im Auto zu schlafen ist auf die Dauer zu viel. Das könnt ihr sicher verstehen.

REISEPLAN
(Das erste Datum ist jeweils der Ankunftstag — eventuell gegen Abend —, das zweite der letzte Tag des Aufenthalts. Da wir aber flexibel sind, können wir vielleicht auch noch ein paar Stunden dran hängen bzw. früher abreisen).

DARMSTADT	1.4. - 4.4.
FRANKFURT/MARBURG	5.4. - 9.4.
STRASSBURG bzw. Raum STUTTGART	10.4. - 11.4.
MÜNCHEN	12.4. - 17.4.
WIEN	18.4. - 20.4.
FIRENCE	22.4. - 24.4.
MILANO	25.4. - 26.4.
BASEL	27.4.- 28.4.
PARIS	30.4. - 6.5.
LONDON	8.5. - 15.5.
LA ROCHELLE	16.5. - 28.5.

Community Action Info, c/o Schupo, Frankfurter Str. 10, 6100 Darmstadt, Tel. 06151/21203.

EIGENTUMSVORBEHALT
BEI LIEFERUNG AN GEFANGENE

Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie nicht persönlich dem Empfänger ausgehändigt ist.
Zur-Habe-Nahme gilt nicht als persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehaltes.
Informationsdienst e.V.

MÜLLARBEITERSTREIK IN BARCELONA

BARCELONA
21. März

Seit Samstag, 11. März, sind die Müllarbeiter Barcelonas im Streik. Sie streiken für höhere Löhne, denn die Preissteigerung im letzten Jahr beträgt etwa 30%. Durch den Moncloa's Pakt vom Oktober 1977, abgeschlossen zwischen Regierung und parlamentarischer Opposition (Kommunistische und Sozialistische Partei) ist die Lohngrenze auf 22% für das Jahr 1978 festgelegt. Die Forderung der Müllarbeiter ist eine Lohnsteigerung von mindestens 30 %.

Unter fast unmöglichen Bedingungen müssen die Müllarbeiter jede Nacht in Barcelona den Müll beseitigen. Es gibt keine genormten Abfallbehälter, und so schaffen sie mit bloßen Händen den Abfall (Plastiktüten, Pappkartons, lose herumstehendes Sperrgut etc.) beiseite.

Zum Streik, dem tatsächlich alle Müllarbeiter gefolgt sind, hat die CNT aufgerufen.


Frühlingsanfang